Marcus Böick / Christoph Lorke

Zwischen Aufschwung und Anpassung

Eine kleine Geschichte des »Aufbau Ost«

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

Marcus Böick/Christoph Lorke
Zwischen Aufschwung und Anpassung

Schriftenreihe Band 10798

Marcus Böick/Christoph Lorke

Zwischen Aufschwung und Anpassung

Eine kleine Geschichte des »Aufbau Ost«

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch unser weiteres Print- sowie unser Online- und Veranstaltungsangebot. Dort finden sich weiterführende, ergänzende wie kontroverse Standpunkte zum Thema dieser Publikation.

Bonn 2022

© Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Redaktion bpb: Anne Seibring
Lektorat und Korrektorat: Eik Welker, Münster
Umschlaggestaltung: Michael Rechl, Kassel
Umschlagfoto: Bundesarchiv B145 Bild-F089039-0035, Fotograf: Joachim F. Thurn
Satzherstellung: Naumilkat, Düsseldorf
Druck: Zarbock GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main

Die Texte dieser Ausgabe stehen mit Ausnahme des Beitrags zu dem Videospiel unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung – NichtKommerziell – Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland.

ISBN: 978-3-7425-0798-3

www.bpb.de

Inhalt

Einleitung 9

1 Wirtschaftlicher Umbau:
Im Eiltempo vom Plan zum Markt 23

Hoffen auf ein zweites »Wirtschaftswunder«: Der schnelle Weg zu Währungs- und Wirtschaftsunion im Modus der »Schocktherapie« 24

Ökonomisches Krisenmanagement statt »blühender Landschaften«: Treuhandanstalt und Gemeinschaftswerk 31

Wirtschaftsentwicklung, Abwanderung, »Kosten der Einheit« 40

Eliten- und Institutionentransfer: Praxis und Kritik 47

2 Revolutionäre Umbrüche:
Die soziale (Des-)Integration Ostdeutschlands 61

Um-, Ein- und Abbrüche auf dem Arbeitsmarkt 62

Umbruchsarmut und ihre Effekte 69

Die gesellschaftliche Dimension des »Aufbau Ost« – Versuch einer Zwischenbilanz 80

3 Kulturelle Umorientierungen: Ost-West-Verhältnisse, symbolische Trennungen und identitäre Suchbewegungen 93

Zuschreibungen: »Jammer-Ossis«, »Besser-Wessis« und ihre Eigendynamiken 94

»Schurken-«, »Stasi-« oder »Unrechtsstaat«? Die geschichtspolitische Aufarbeitung 102

Umgang mit neuen und alten Fremdheiten 108

Fazit 125

Ausgewählte Literatur zum Thema 130

Autoren 135

Schlagbaum hoch: Aufschwung Ost!
Einblicke in das Videospiel »Aufschwung Ost« 136

Bildnachweise 140

Ge-neinschaftsw
Aufschwu.ig
Ost

Einleitung

Die Errichtung moderner Windkraftanlagen, der Bau endloser Strom- und Autobahntrassen oder die Beseitigung enormer Umweltschäden – es schien alles möglich, Geld spielte nur eine Nebenrolle. Schließlich galt es, die endemische Massenabwanderung zu bremsen und die aufgrund steigender Arbeitslosigkeit rasch wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung per Mausklick in den Griff zu bekommen. Das war das Spielprinzip von »Aufschwung Ost«, einem 1993 veröffentlichten Computerspiel.[1] In dieser Wirtschaftssimulation, die dem US-Klassiker »SimCity« nachempfunden war, kamen zentrale Herausforderungen zusammen, die auch für den »Aufbau Ost« charakteristisch waren: das Bemühen um die Etablierung tragfähiger marktwirtschaftlicher Strukturen, der Transfer von Institutionen und Eliten, die sozialpolitische Abmilderung der enormen gesellschaftlichen Umbrüche sowie letztlich auch der kulturelle Umgang mit dem Erbe des Realsozialismus. »Aufschwung Ost« war die spielerische Suche nach einer Antwort auf die Frage, die Politik, Öffentlichkeit und Wissenschaft in Deutschland in den frühen 1990er Jahren umtrieb: Wie konnte der »Aufbau Ost«, der sich so viel schwieriger gestaltete als ursprünglich noch im bewegten Umbruchsjahr 1989/90 erhofft, doch noch gelingen?

Das Jahr 2019 markiert mit dem Auslaufen des Solidarpakts II das offizielle Ende des »Aufbau Ost«. Dieses formale Datum bot Anlass, langfristige Bilanzierungsversuche zu unternehmen, die weit über die Bewertung der nach 1990 aufgelegten staatlichen Infrastruktur-, Transfer- und Investitionsprogramme hinauswiesen: War die deutsche Einheit, die plötzliche wie weitgehend unerwartete Wiederherstellung eines gesamtdeutschen Nationalstaats, nun ein »Erfolg« oder ein »Fehlschlag«? An widersprüchlichen wie emotionalen Antworten auf diese Frage hatte es bereits in den vergangenen drei Jahrzehnten nie gemangelt. Liberale Kritiker aus Westdeutschland sprachen gern polemisch vom »Milliardengrab«, während sich nicht wenige Menschen im Osten als Bewohner einer unterworfenen »Kolonie« fühlten. Der »Aufbau Ost« war in diesen meist erregten Erzählungen und kontrovers geführten Debatten immer eine Chiffre für den gesamten, übergeordneten Prozess der »Inneren Einheit«, also der – wie auch immer gearteten – »Überwindung« der zwischen 1949 und 1990 bestehenden Teilung der beiden deutschen Staaten, sei es materiell oder kulturell. Dass Ost-West-Differenzen auch noch nach drei Jahrzehnten weiter fortbestünden und zu überwinden seien, war eine oftmals unhinterfragte Prämisse der meisten politischen Diskussionen zum Thema. Der »Aufbau Ost« – eine unendliche Geschichte? Indem die Große Koalition (nicht ohne internes Knirschen) das Auslaufen des Solidarpakts als dessen zentralen fiskalpolitischen Instruments auf den Weg brachte, sollte damit nun, auch mit symbolpolitischer Absicht, endlich Schluss sein.

Im Jahr 2019, als die wenig später global ausbrechende Corona-Pandemie mit ihren »Wellen« und »Lockdowns« noch nicht die politischen und wissenschaftlichen Debatten in der Medienöffentlichkeit beherrschte, war also ein weiteres Mal der Zeitpunkt gekommen, deutsch-deutsche Bilanzen zu ziehen. Ursprünglich verbanden sich mit den Zahlungen des Solidarpakts seit dem Frühjahr 1991 die Hoffnungen auf eine rasche »Aufhebung der teilungsbedingten Unterschiede« – ein Anspruch, der mit der Überzeugung einherging, dass die »Innere Einheit« bis 2020 abgeschlossen sein würde.[2] Die hier politisch zum Ausdruck gebrachte »Beendigung« des Einheitsgeschehens ist nur ein Beispiel für viele weitere (Selbst-)Beobachtungen und (Zwischen-)Bilanzen der Transformationszeit. Über 30 Jahre nach dem rechtlich-formalen Vollzug der deutschen Vereinigung – in Form eines »Beitritts« der fünf neuen Bundesländer zum Geltungsbereich des Grundgesetzes (GG) am 3. Oktober 1990 – erscheint dieser vermeintliche Schlussstein im Prozesses zur »Herstellung« beziehungsweise »Vollendung« der deutschen Einheit gleichermaßen als Chimäre: Noch immer gebe es »unbewältigte Kränkungen und Ungerechtigkeiten«, wie die damalige sächsische Integrationsministerin Petra Köpping in ihrer durchaus kontrovers diskutierten »Streitschrift für den Osten« argumentierte. Diese würden viele ältere Ostdeutsche auch heute noch bewegen und biografische Brüche markieren, von denen Westdeutsche auch drei Jahrzehnte nach den Ereignissen oftmals »keinen Schimmer«[3] hätten. Köpping verweist in ihrem Buch auf stets sehr persönliche Geschichten voller Niederlagen, Rückschläge sowie Um- und Abbrüche und verschafft damit bislang im öffentlichen Diskurs unterpräsentierten ostdeutschen Verlusterfahrungen Gehör. Die oft kurzfristigen wie eruptiven Erfahrungen von individuellem Scheitern und westdeutscher Dominanz in den frühen 1990er Jahren hätten sich in vielen Fällen durchaus langfristig verstetigt.

In derlei zeitgenössischen Beobachtungen und Diagnosen lasse sich, folgt man einem gleichermaßen kontrovers diskutierten Buch des Historikers Ilko-Sascha Kowalczuk, ein hartnäckiges »Wutpotential«[4] erahnen, das sich nach 2015 insbesondere in einigen Regionen des Ostens deutlich in der rasch wachsenden Anzahl von Wählerstimmen für die rechtspopulistische »Alternative für Deutschland« (AfD) offenbart habe. Die heute verbreitete Proteststimmung und das von vielen Menschen auf unterschiedliche Weise nach wie vor bestehende »Fremdeln« mit »dem Westen« und seinen scheinbar nicht realisierten Versprechungen lege jahrzehntealte Verständigungsprobleme offen. Unzufriedenheit und Unbehagen an den ursprünglichen, lange vor 1989/90 gehegten Verheißungen von liberaler Demokratie und freier Marktwirtschaft sind jedoch, dies sei hier

betont, kein exklusiv ostdeutsches Phänomen. Ganz im Gegenteil haben jüngst etwa die Politikwissenschaftler Ivan Krastev und Stephen Holmes einen übergreifenden Trend zu einer weitgehenden Ernüchterung und Entfremdung vieler Menschen von klassisch-liberalen Ideen in Osteuropa diagnostiziert,[5] der zugleich auch im Westen – in verschiedenen populistischen Spielarten wie dem »Brexit« oder dem Trumpismus in den USA – auf dramatische Weise für Furore gesorgt hat.[6]

Die gesellschaftlichen Polarisierungen und kulturellen Konflikte sind also letztlich ein Phänomen, das in der deutschen Debatte eine besondere, jedoch oft auch etwas nabelschauartige Variation findet. Hierzulande werden die entsprechenden Diskussionen oft durch den Filter der internen Ost-West-Unterschiede wahrgenommen, gedeutet und diskutiert, wobei dem »Aufbau Ost«, wie angedeutet, ein besonderer Stellenwert zukommt: Dieser war kein rein »technischer« beziehungsweise administrativer Akt im Zusammenhang mit einer übergreifenden postsozialistischen gesellschaftspolitischen Umgestaltung. Vielmehr handelte es sich bei näherer Betrachtung um ein komplexes Bündel an materiellen wie kulturellen Herausforderungen und Ansprüchen, das seit den 1990er Jahren zugleich von umfassenderen gesellschaftlichen und kulturellen Wandlungsprozessen begleitet beziehungsweise überlagert wurde, die mit vielzitierten Leitbegriffen wie »Neoliberalismus«, »Globalisierung« oder »Digitalisierung« sowie spezifischen Formierungen einer »Postmoderne« verbunden waren. All diese Prozesse – die Vereinigung beider deutschen Staaten sowie transnationale und globale Dynamiken und Transformationen – waren (und sind) letztlich wechselseitig, teils widersprüchlich aufeinander bezogen und in ihren Wirkungen, ihrer Komplexität, Ambivalenz und Tiefe der jeweiligen Umwälzungen kaum voneinander zu trennen.[7]

Vor dem Hintergrund eines mehrfachen Umbruchs wurde der Osten Deutschlands von verschiedenen Historikerinnen und Sozialwissenschaftlern – und das bereits seit dem Herbst 1990 – als einmaliges »Laboratorium der Globalisierung«,[8] eine Art »Verdichtungsraum für auch andernorts zu beobachtende Verwerfungen«[9] oder ein »fragmentarisches, ambivalentes, ja widersprüchliches soziales Gebilde mit Experimentalcharakter«[10] bezeichnet. Betrachtet man die bisherigen Bilanzierungsversuche zu »Aufbau Ost« und deutscher Einheit exemplarisch im Abstand der Jahrzehnte anhand ihrer runden Jahrestage und der dabei dominanten Narrative, wird eine dynamische Gedenk- und Erinnerungsgeschichte sichtbar: Hatte man um die Jahrtausendwende noch – sicher einigermaßen erschöpft und abgestumpft von den massiven Krisen, Umbrüchen und Auseinandersetzungen – den Blick von der allerjüngsten Vergangenheit ab- und in die Zukunft

gewandt, waren die 20. Jahrestage 2009/10 weitgehend von demonstrativem Selbstbewusstsein und beinahe trotziger Zufriedenheit über das »mittlerweile Erreichte« geprägt – ein Grundton, der damals noch sehr stark von Zeitzeuginnen bestimmt wurde, die als Politikerinnen aktiv am Vereinigungsprozess beteiligt gewesen waren. 2019/20 hat dann ein merklich anderer, letztlich skeptischerer sowie kritischer Tonfall Einzug in die innerdeutschen Debatten gehalten. Finanz- und Eurokrisen, Migrationskontroversen und Populismusdebatten haben die hiesigen Sensibilitäten für bestehende Ost-West-Differenzen wieder erheblich verstärkt, während zugleich auch neue Akteurinnen aus jüngeren Generationen und anderen sozialen Kontexten das Spielfeld betraten. So hat etwa die Berliner Soziologin Naika Foroutan kontrovers diskutierte Forschungen mitangestoßen, die ostdeutsche und migrantische Erfahrungen als (Minderheiten-)Perspektiven im Blick auf die westdeutsche (Mehrheits-)Gesellschaft zueinander in Beziehung setzt.[11]

Gegenwärtige sozialwissenschaftliche Bilanzen der deutschen Vereinigung heben folglich in der Regel auf ein »Doppelbild der Entwicklung« (Steffen Mau) ab, indem sie auf das markante »Nebeneinander von Einheitserfolgen und Scheitern, von Gewinnen und Verlusten, von Hoffnung und Enttäuschung, von Eingewöhnung und Entfremdung«[12] verweisen. Erhebliche Freiheitsgewinne, Aufbrüche und Erfolge stehen in einer solchen Lesart im Kontrast zu den skizzierten Rückschlägen, der verheerenden Massenarbeitslosigkeit, Formen ökonomischer Prekarisierung, einschneidenden biografischen Entwertungen sowie millionenfacher Abwanderung.

Wendet man den Blick aus zeithistorischer Perspektive nun zurück in das Jahr 1990 selbst, könnte der Kontrast kaum schärfer ausfallen. Der rasche politisch-ökonomische Vollzug der deutschen Einheit in den Sommer- und ersten Herbstwochen des Jahres war noch begleitet von Aufbruchstimmung, euphorischen Erwartungen und Abenteuerlust – zumindest bei vielen Ostdeutschen, während die westdeutsche Gesellschaft die überraschenden wie dramatischen Vorgänge mehrheitlich wohl eher wohlwollend-distanziert am Fernsehbildschirm verfolgte. Dies traf dagegen kaum auf die damals aktiv involvierten west- wie ostdeutschen »Macher« und »Manager« der Einheit in Bundesregierung und anderen Institutionen zu, die – seinerzeit noch getragen von nationalem Pathos (»Deutschland einig Vaterland«) und überschäumendem Optimismus – beim »Aufbau Ost« tatkräftig zu- und anpacken wollten.[13]

Die westdeutschen Experten, damals zeittypisch ganz überwiegend noch männlichen Geschlechts, und die ostdeutsche Bevölkerung hofften gleichermaßen, eine sehr rasche Angleichung von Lebensverhältnissen könne,

wie sodann auch im mit großer Mehrheit in Bundestag und Volkskammer angenommenen Einigungsvertrag vermerkt, in wenigen Jahren zu verwirklichen sein. Vorausgegangen war dem eine spektakuläre Trendwende um den Jahreswechsel 1989/90, als die ursprünglich noch von vielen Oppositionsvertreterinnen gehegten Hoffnungen auf eine reformierte, eigenständige DDR (beziehungsweise einen »Dritten Weg« zwischen Kapitalismus und Sozialismus) im intensiven Volkskammerwahlkampf zunehmend in die Defensive gerieten, während sich konservative und liberale Befürworter einer schnellen »Einigung« auf dem Vormarsch befanden. Das überraschend deutliche Wahlergebnis vom 18. März 1990 entpuppte sich als Signal der Hoffnung und Bürde zugleich, offenbarte sich darin doch die von Millionen ostdeutschen Wählerinnen und Wählern gehegte Erwartung, eine schnelle Einigung würde nun auch zu einer baldigen Angleichung beider Landesteile führen. Anlässlich des Inkrafttretens des Vertrags über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion äußerte Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner berühmten Fernsehansprache am 1. Juli 1990 ein folgenschweres Versprechen: Flächendeckend würden künftig »blühende Landschaften« im Osten entstehen, »in denen es sich zu leben und zu arbeiten lohnt«. Diese Formulierung markierte fortan die enorme Fallhöhe umfassender Freiheits- wie Wohlstandsverheißungen des »Westens« und war eine wirkmächtige symbolpolitische Geste, die bald wortwörtlich interpretiert wurde – und später oft nur noch hämisch in Bezug auf das Scheitern der angekündigten Entwicklung aufgegriffen wurde.

Doch diese vollmundigen Versprechen blieben keineswegs unwidersprochen: Die vereinigungsskeptische Linke in Ost und West – von Teilen der (jüngeren) SPD über die Grünen bis hin zur Ende 1989 zur PDS transformierten SED – musste den spektakulären Siegeszug von Kohls Bundesregierung und ihrem Einheits- und Wohlstandsversprechen seit dem Frühjahr 1990 in einer Mischung aus Schrecken und Erstaunen zur Kenntnis nehmen. Unbenommen davon lautete in etlichen Wahlkämpfen des Jahres 1990 das Credo: Im Osten werde es vielen sehr rasch viel besser gehen, während es im Westen jedoch keinerlei Abstriche am überaus liebgewonnenen bundesdeutschen Erfolgsmodell geben dürfe. Erwartet wurde ein fulminanter Wachstumsschub durch die Einheit, nicht zuletzt befeuert durch immense private Investitionen und hohe Gewinne durch die anstehenden Privatisierungen, die gepaart mit dem »Fleiß« der Ostdeutschen ein zweites deutsches »Wirtschaftswunder« einleiten würden. Auf den Trümmern des diskreditierten »Realsozialismus« und der »abgewirtschafteten« Planwirtschaft sollten liberale Demokratie und kapitalistische beziehungsweise »Soziale Marktwirtschaft« rheinischer Prägung nun endlich die lange

verschütteten Potenziale des Ostens freilegen – und dies möglichst ohne Steuererhöhungen und Transfers, also buchstäblich zum »Nulltarif«.[14]

Folglich wurde das übergreifende Projekt eines »Aufbau Ost«, das im Herbst 1990 noch keineswegs den bekannten, sisyphushaften Beiklang der späteren Jahre hatte, nach außen zunächst als kurzfristiger, solidarischer Kraftakt aller Deutschen kommuniziert. Während die Bundesregierung nicht zuletzt auch aus außenpolitischen Erwägungen vor einer allzu grellen Mobilisierung des Nationalen zurückschreckte, die im Kontext einer in den 1980er Jahren weitgehend etablierten postnationalen Grundstimmung womöglich auch kaum auf breite Zustimmung gestoßen wäre, verließen sich die politisch Verantwortlichen ganz auf die Attraktivität des eigenen bundesdeutschen »Modells«. Das von oben erklärte und mehrfach von unten bestätigte Ziel, die ostdeutsche Transformation zu einer »Erfolgsgeschichte« nach westdeutschem Vorbild zu machen und ein neuerliches »Wirtschaftswunder« wie nach 1948 initiieren zu können, äußerte sich dann auch in der Wahl der Verfahren, die die Vereinigung in den folgenden Jahren begleiten sollten. Berauscht von den eigenen Erfolgen und einer blendenden Konjunktur sei die Einheit auf diese Weise schon bald zu einem »Festival der Selbstbestätigung« der Bonner Republik geworden, wie der Soziologe Wolf Lepenies bereits zeitgenössisch kritisch anmerkte.[15]

Unter temporärer Ausblendung eines eigentlich bekannten »Reformstaus West«[16] bedeutete »Aufbau Ost« in der oft kurzfristig-improvisierten Praxis allerdings vor allem Rekonstruktion oder Reproduktion, Nachahmung oder schlichtweg »Nachbau West«.[17] Die weitgehende Übertragung der altbundesdeutschen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mitsamt allen komplexen, föderal-verflochtenen oder korporatistisch-eingespielten Regelwerken, Handlungsroutinen und Sprachlogiken stellte sich vielen nach 1990 in den Osten gehenden »Machern« zunächst als »alternativlos« dar. Angesichts des horrenden Problem- und Zeitdrucks, mannigfachen innen- wie außenpolitischen Sachzwängen und unübersichtlichen Entscheidungssituationen schien es keinen anderen Weg zu geben.[18]

Von Euphorie und Selbstgewissheit zu Enttäuschung und zunehmender Entfremdung: Die massiven Probleme und die Dimensionen der bevorstehenden, zumeist nur sehr langfristig zu lösenden Aufgaben wurden wohl auch aufgrund des ungemein kurzen Zeitraums, in dem sich politische, ökonomische, soziale und kulturelle Veränderungen im Gefolge der unerwarteten Friedlichen Revolution 1989/90 ereigneten, von vielen Beteiligten zunächst noch dramatisch unterschätzt. Daher sollten sich viele der hochfliegenden Erwartungen auch schon in den Augen der Zeitgenossen sehr rasch als spektakuläre Trugschlüsse erweisen, was erklärt, warum sich

die Stimmungslage innerhalb kürzester Zeit merklich eintrübte: Angesichts einer sich bereits seit dem Sommer 1990 drastisch verschlechternden wirtschaftlichen Situation und der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt vergrößerten sich kollektiver Pessimismus und individuelle Sorgen bereits zur Jahreswende 1990/91 spürbar und kulminierten in den ersten Monaten des Jahres 1991 auch im öffentlichen Raum in Form von neuerlichen Protesten und Demonstrationen.[19] Zu dieser Zeit wurde allmählich deutlich, dass der »Aufbau Ost« wohl kein kurzzeitig wie kostengünstig zu realisierendes Unterfangen werden würde, sondern die Durststrecke länger fortwähren könnte. Statt Illusionen nun Irritationen, statt Aufbruch und Erneuerung nun Apathie und Enttäuschung, und zwar beidseitig der eben noch so rauschhaft eingerissenen Mauer: im Westen in Anbetracht der aus dem Ruder laufenden Kosten, die für die Einheit aufzubringen waren und die weitere Einbußen befürchten ließen; im Osten hingegen aufgrund von »Abwicklungen«, Arbeitslosigkeit, wirtschaftlichem Abbau und lebensweltlich-biografischen Abbrüchen.

War die unverhoffte Rückkehr des vereinigten Nationalstaates möglicherweise doch ein Danaergeschenk der Geschichte an die Deutschen? Schon bald wurden die optimistischen, ja euphorischen Stimmen überlagert von dramatisierenden und ins Boulevardeske reichenden Narrativen wie dem »Supergau Deutsche Einheit«.[20] Doch auch unter seriöseren Beobachtern dominierten das Abrupte wie Disruptive des nationalen Moments betonende Beschreibungsformeln wie »Vereinigungskrise« (Jürgen Kocka), »Freiheitsschock« (György Dalos) oder »Vereinigungsschock« (Wolfgang Schluchter/Peter E. Quint). Das medienöffentliche Leitmotiv der Einheit war allenthalben geprägt von Semantiken des Niedergangs, der Katastrophe, von Ruin, Drama, Bankrott und »Absturz Ost«, wie der *Spiegel* prominent etwa am 17. Juni 1996 titelte.

Darüber hinaus herrschte ein eigentümliches Fremdeln insbesondere der westdeutschen Eliten mit dem – auf den drängenden Wunsch einer Mehrheit der Ostdeutschen – im Jahr 1990 abrupt wiederhergestellten Nationalstaat: Während die Linke das Nationale mit großer Skepsis betrachtete, fremdelte die Rechte mit dem Staatlichen. Die Rückkehr des Nationalen ereignete sich dabei in einem Kontext, in dem sich viele Zeitgenossen vor allem aufseiten der politischen Linken zunehmend als postnational, europäisch, ja global verstanden. Viele Konservative wie Liberale erkannten zudem im überdehnten Staat seit den späten 1970er Jahren eher ein Problem und im Markt die zentrale Lösung.

Vielleicht erklärt diese weitgehend ambivalente Haltung zu Staat und Nation nach 1990 auch, warum die große nationale Anstrengung – wie

von einigen konservativen Autoren bis heute immer wieder bemängelt – weitgehend unterblieb, warum die oft geforderte Blut-Schweiß-und-Tränen-Rede von Helmut Kohl nie gehalten wurde. Der »Aufbau Ost«, so argumentieren wir in diesem Buch, war kein heroischer Aufbruch zurück in den wiederhergestellten Nationalstaat, sondern vielmehr ein defensiver Akt eines permanenten materiellen wie kulturellen Krisenmanagements. Es erscheint demgemäß stimmig, dass sich seine Anfänge und Ursprünge im engeren Sinne als institutionell-staatliches, multimilliardenschweres Förder- und Aufbauprojekt letztlich gerade nicht aus der Euphorie und den Hoffnungen der Jahre 1989/90 speisten, sondern aus den Frustrationen und Enttäuschungen in der Zeit danach.

Wir wollen in diesem Buch also einen anderen Blick auf den »Aufbau Ost« wählen, der das ganze Unterfangen als unabgeschlossenen wie offenen Prozess beschreibt, der die fragmentierte deutsch-deutsche Gesellschaft in den vergangenen Jahren nicht nur materiell intensiv umgestaltet, sondern auch mental umfassend umgetrieben hat. Der »Aufbau Ost« lässt sich dabei gleichermaßen als eine Rekonstruktion des Nationalen wie des Staatlichen unter den Bedingungen post- und transnationaler sowie parastaatlicher Dynamiken (Europäisierung, Globalisierung, Digitalisierung) begreifen. Das beständige Reden und Streiten über dieses offene Projekt ist zu einem Grundbestandteil der politischen Kultur der vereinten Bundesrepublik geworden. Das kontinuierliche Ringen um den »Aufbau Ost« war (und ist) demnach immer auch ein Ringen um – wie auch immer geartete – deutsche Identitäten in der Gegenwart.

Letztlich wäre, wie schon mehrfach angedeutet, der »Aufbau Ost« im engeren Sinne – also die politischen, ökonomischen, gesellschaftlichen wie kulturellen Anstrengungen der frühen 1990er Jahre – begrifflich von einem weiten Konzept abzugrenzen, das auch diesem Buch zugrunde liegen soll: Es verweist auf übergreifende gesellschaftliche Zielperspektiven, die etwa den Stand der »Inneren Einheit«, erreichte Angleichungen, fortbestehende Differenzen und hiermit auch immer mitverhandelte (post)nationale Identitäten in den Blick nehmen. Wir wollen uns damit in diese im Grunde seit 1990 mal mehr, mal weniger intensiv wie aggressiv geführte Debatte nicht einfach mit einem weiteren Beitrag einreihen, sondern vielmehr ein Angebot zur Historisierung eben jener gesellschaftlichen Selbstverständigungsprozesse machen.

Dabei möchten wir die unbestreitbaren Leistungen und Erfolge des »Aufbau Ost« in keiner Weise relativieren, im Gegenteil: Neben der Erringung von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sind auf zahlreichen Ebenen wichtige Meilensteine zu verzeichnen. Eine dringende wie umfäng-

liche Erneuerung der Verkehrsinfrastruktur war allein schon wegen des wachsenden Verkehrsaufkommens und befürchteter Sicherheitsprobleme, etwa aufgrund lädierter Fahrbahndecken oder teils fehlender Beschleunigungs- und Verzögerungsstreifen, vonnöten. Als die Zahl der Verkehrstoten im Jahr 1991 mit über 11 000 einen traurigen Höhepunkt erreichte, waren hiervon schwerpunktmäßig vor allem Bundesstraßen mit West-Ost-Verlauf betroffen. Am Ende des im April 1991 beschlossenen Maßnahmenbündels standen 17 »Verkehrsprojekte Deutsche Einheit« mit einem Fördervolumen von über 42 Milliarden Euro,[21] darunter neun Schienen- und sieben Autobahnvorhaben sowie ein Wasserstraßenprojekt. In puncto Städtebauförderung hat das Bund-Länder-Programm »Stadtumbau Ost« inzwischen für mehr als 400 ostdeutsche Kommunen Gelder für den Rückbau dauerhaft nicht mehr benötigter Wohnungen sowie bei der Aufwertung der Innenstädte zur Verfügung gestellt – ein Vorhaben, das später mit dem Wissen um die Erfahrungen auf ostdeutschem Boden auch auf die »alten« Länder ausgedehnt wurde.

Im Programm »Städtebaulicher Denkmalschutz« wurden zahlreiche Restaurierungen und Sanierungen in Städten wie Naumburg, Güstrow, Görlitz, Quedlinburg, Wernigerode und Wittenberg gefördert, was zu einer 1989/90 noch unvorstellbaren Aufwertung historischer Altstädte beigetragen hat und Jahr für Jahr zahlreiche Besucherinnen anlockt. Hoch symbolisch war in diesem Zusammenhang zweifelsfrei der – größtenteils durch private Spenden finanzierte – Wiederaufbau der Dresdener Frauenkirche, der 2005 zum Abschluss kam. Die Beseitigung von Umweltschäden (sogenannter ökologischer Altlasten), die Versorgung der Bevölkerung mit hygienisch einwandfreiem Trinkwasser, die Abschaltung der Atomkraftwerke Rheinsberg und Lubmin, ferner der Gewässerschutz, die Sanierung von Stätten des Uranabbaus oder des Braunkohletagebaus – all diese und noch weitere Beispiele wären unter dem Rubrum des ökologischen Umbaus aufzuführen, ebenso langfristige Projekte wie das »Lausitzer Seenland« oder das »Leipziger Neuseenland« als erste großräumige Naturschutzvorhaben. Zugleich wurden die Telekommunikation und das Gesundheitswesen, Schulen, Krankenhäuser und Altenheime grundlegend modernisiert und erreichen mittlerweile in einigen ostdeutschen Regionen einen Standard, von dem viele Menschen in Gegenden der »alten« Bundesrepublik nur träumen können.

Diese und weitere Teilprojekte des »Aufbau Ost« kontrastieren indes stark mit den vorherigen Beobachtungen samt widersprüchlicher Narrative. Dies erklärt die überaus gespaltene Bilanz des »Aufbau Ost«, die auseinandergehenden Beurteilungen über die damaligen Geschehnisse und

die daraus erwachsenen Irritationen, Auseinandersetzungen und Deutungskämpfe. Damit verbunden sind bis heute nachwirkende Konflikte, die ihre Ursprünge etwa in ökonomischen, sozialen und beruflichen, aber auch symbolisch-öffentlichen Deklassierungserfahrungen haben und auf den nach 1990 sehr abrupt vollzogenen Institutionen-, Eliten- und Ressourcentransfer zurückgehen.[22]

Diese widerspruchsreiche Gemengelage zeithistorisch zu reflektieren, ist Anspruch dieses Buches. Angesichts der ebenso unüberschaubaren wie bunten Menge an sozial-, politik-, kultur- und geschichtswissenschaftlichen Veröffentlichungen seit 1989/90 kann es im Folgenden nicht darum gehen, diese zu einer übergreifenden Synthese zusammenzufassen. Vielmehr sollen im Sinne einer innerdeutsche Beziehungs- und Verflechtungsgeschichte zeitgenössische Wissensbestände zum Gegenstand der Untersuchung gemacht und dadurch eine Historisierung des umbruchreichen wie dynamischen Transformations- und Vereinigungsprozesses mit wechselnden komplexen Problemlagen und den zentralen gesellschaftlichen Konfliktstrukturen erreicht werden. Die in diesem Buch vollzogene exemplarische Fokussierung auf wirtschaftspolitische, gesellschaftlich-sozialpolitische sowie mental-kulturelle Felder möchte die Dilemmata, Unwuchten und Paradoxien dieses Prozesses auf verschiedenen, gleichwohl miteinander verbundenen Feldern nachvollziehbar machen.[23]

Aufgrund der Komplexität der hier thematisierten politökonomischen, sozialen wie kulturellen Umbrüche mit ihren unmittelbaren und verzögerten sowie intendierten und nicht intendierten Wirkungen und Dynamiken erscheint uns eine Systematisierung unserer Beobachtungen nach drei Zeitachsen – kurz-, mittel- und langfristig – sinnvoll. Dadurch kann der »Aufbau Ost« als eine in vielen Teilen offene Suchbewegung sowie ein kontingentes Umbau- und Umbruchmanagement mit verschiedenen Zeitrhythmen begriffen werden, dem eben kein detailliert ausgeklügelter Masterplan zugrunde lag und der durch einen historisch längeren wie differenzierten Blick an zusätzlicher Kontur gewinnt: *Erstens* werden mit einer solchen zeitlichen Differenzierung die unmittelbaren und meist sehr kurzfristig getroffenen wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen sowie daraus resultierenden Entwicklungen und Nebeneffekte abgebildet, die *zweitens* die Prozesse und Strukturen in mittlerer Zeitspanne bedingten, woraus *drittens* jene oben skizzierten, voneinander abweichenden wie umkämpften Deutungen und Erinnerungen erwuchsen, die in Teilen bis in die heutige Zeit nachwirken und in ihren jeweiligen Entstehungskontexten situiert sowie entsprechend der darin artikulierten Erwartungen diskutiert werden müssen.

Anmerkungen

1 Siehe Beitrag hinten im Band.
2 Der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer (Hrsg.), Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2001, S. 25.
3 Petra Köpping, »Integriert doch erstmal uns!« Eine Streitschrift für den Osten, Berlin 2018, S. 14.
4 Ilko-Sascha Kowalczuk, Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München 2019, S. 18.
5 Vgl. Ivan Krastev/Stephen Holmes, Das Licht, das erlosch, Berlin 2019. Siehe darüber hinaus die Überlegungen in Ivan Krastev, Europadämmerung. Ein Essay, Berlin 2017.
6 Vgl. etwa Michael Dreyer, Das Phänomen »Trumpismus« – Ausdruck einer globalen Demokratiekrise?, in: Martin Sabrow (Hrsg.), Auf dem Weg nach Weimar? Demokratie und Krise, Leipzig 2020, S. 93–123; Philip Manow, (Ent-)Demokratisierung der Demokratie. Ein Essay, Berlin 2020.
7 Siehe hierfür Andreas Reckwitz, Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Berlin 2020; Philipp Ther, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin 2014.
8 Kowalczuk (Anm. 4), S. 23.
9 Steffen Mau, Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, Berlin 2019, S. 17.
10 Raj Kollmorgen, Zwischen »nachholender Modernisierung« und ostdeutschem »Avantgardismus«. Ostdeutschland und deutsche Einheit im Diskurs der Sozialwissenschaften, in: Ders./Frank Thomas Koch/Hans-Liudger Dienel (Hrsg.), Diskurse der deutschen Einheit: Kritik und Alternativen, Wiesbaden 2011, S. 57.
11 Naika Foroutan/Daniel Kubiak, Ausschluss und Abwertung. Was Muslime und Ostdeutsche verbindet, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 63 (2018) 7, S. 93–102.
12 Mau (Anm. 9), S. 13.
13 Vgl. exemplarisch Johannes Ludewig, Unternehmen Wiedervereinigung. Von Planern, Machern, Visionären, Hamburg 2015.
14 Vgl. dafür Jürgen Habermas, Die nachholende Revolution, Frankfurt/M. 1990; Michael Schneider, Die abgetriebene Revolution. Von der Staatsfirma in die DM-Kolonie, Berlin 1990.
15 Wolf Lepenies, Folgen einer unerhörten Begebenheit. Die Deutschen nach der Vereinigung, Berlin 1992, S. 31.
16 Uwe Mummert, Aufschwung Ost, Reformstau West, Baden-Baden 1998.
17 Ulrich Busch/Michael Thomas (Hrsg.), Ein Vierteljahrhundert Deutsche Einheit. Facetten einer unvollendeten Integration, Berlin 2015.
18 Vgl. Andreas Rödder, Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009.
19 Vgl. Oscar W. Gabriel/Everhard Holtmann/Tobias Jaeck u. a., Deutschland 25. Gesellschaftliche Trends und politische Einstellungen, Bonn 2015, S. 79.
20 Uwe Müller, Supergau Deutsche Einheit, Berlin 2005.

21 Gesamtüberblick Verkehrsprojekte Deutsche Einheit (VDR), www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/K/30D-Projekte/30d-ueberblick.html.

22 Vgl. auch Marcus Böick/Christoph Lorke, Aufschwung, Abbau, Anpassung? Eine kleine Geschichte des »Aufbau Ost«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 69 (2019) 46, S. 32–40.

23 Zum Weiterdenken der deutsch-deutschen Verflechtungsgeschichte nach der Wiedervereinigung: Christoph Kleßmann, »Deutschland einig Vaterland«? Politische und gesellschaftliche Verwerfungen im Prozess der deutschen Vereinigung, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, 8 (2009) 1, S. 85–104; vgl. außerdem Frank Bösch (Hrsg.), Geteilte Geschichte: Ost- und Westdeutschland 1970–2000, Göttingen 2015; Thomas Großbölting/Christoph Lorke (Hrsg.), Deutschland seit 1990: Wege in die Vereinigungsgesellschaft, Stuttgart 2017 sowie jüngst: Thomas Großbölting, Wiedervereinigungsgesellschaft. Aufbruch und Entgrenzung in Deutschland seit 1989/90, Bonn 2020. Konzeptionelle Überlegungen vor allem für die didaktische Vermittlung liefern zudem Jürgen Danyel/Doris Müller-Toovey, Alltag Einheit: Porträt einer Übergangsgesellschaft, Berlin 2015. Vgl. für die sozialwissenschaftliche Seite zudem – nebst vielen weiteren mehr – die Bilanzierungen in Jan Priewe/Rudolf Hickel, Der Preis der Einheit. Bilanz und Perspektiven der deutschen Vereinigung, Frankfurt/M. 1992; Heinrich Best/Hanjo Gergs/Raj Kollmorgen, Zehn Jahre Wiedervereinigung. Analysen und Deutungen, Bonn 2000; Stephan Weingarz, Laboratorium Deutschland? Der ostdeutsche Transformationsprozeß als Herausforderung für die deutschen Sozialwissenschaften, Münster–Hamburg 2003; Peter Krause (Hrsg.), Leben in Ost- und Westdeutschland. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990–2010, Frankfurt/M.–New York 2010; Astrid Lorenz (Hrsg.), Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. Bilanz und Perspektiven 20 Jahre nach der Wiedervereinigung, Opladen u. a. 2011.

60
GL CR 158
ESA YA 55

1 Wirtschaftlicher Umbau: Im Eiltempo vom Plan zum Markt

Hoffen auf ein zweites »Wirtschaftswunder«: Der schnelle Weg zu Währungs- und Wirtschaftsunion im Modus der »Schocktherapie«

Die Transformation der zentralplanwirtschaftlich organisierten DDR-Wirtschaft bestand zum einen in der Auflösung von am Ende über 250 Kombinaten, zum anderen war sie ein Übergang in die mit dem demokratisch verfassten Staatsgebilde der Bundesrepublik Deutschland seit 1949 eng verknüpfte »Soziale Marktwirtschaft«. Dieser Weg vom »Plan« zum »Markt« stellte mangels historischer Vorerfahrungen oder politischer Planungen hinsichtlich eines komplexen wie disruptiven Wirtschaftsumbaus einen präzedenzlosen Vorgang dar – sinnfällig beklagt von etlichen Zeitzeugen, die immer wieder einen eklatanten Mangel an entsprechender Literatur und Forschungen über mögliche »Rückwege« vom Sozialismus zum Kapitalismus monierten. Dementsprechend schienen im Hinblick auf Wirtschafts- und Währungsunion, Privatisierung oder Wirtschaftsförderung oft kurzfristige Rückbezüge auf Bekanntes oder mutmaßlich Bewährtes bereits vorgezeichnet zu sein. So hatten viele der handelnden und entscheidenden Akteure der frühen 1990er Jahre aus Politik und Wirtschaft vor allem die vermeintliche Erfolgsgeschichte der alten Bundesrepublik als im Systemwettstreit nun scheinbar endgültig überlegenes Modell vor Augen. Gewissermaßen stabilisiert und akklamiert wurden derlei Vorstellungen durch einen überraschend überwältigenden Wahlsieg der »Allianz für Deutschland«, des konservativen Bündnisses unter Führung der CDU, in den Volkskammerwahlen vom 18. März 1990. Die Ostdeutschen erteilten damit sozialistischen oder wie auch immer gearteten alternativen Zwischenstufen, Experimenten oder »Dritten Wegen« eine eindeutige Absage: Sie wollten nun mehrheitlich möglichst schnell und umfassend am westdeutschen Wohlstand teilhaben.[1]

Doch bei näherer Betrachtung hatten bereits diese einigungspolitischen Vorgänge im Frühjahr 1990, die die grundlegenden politökonomischen

Weichen bis zum Spätsommer des Jahres stellen sollten, in der Praxis einen reaktiven, defensiven Charakter. Mit der viel umjubelten Maueröffnung am 9. November 1989 war für die seit Jahrzehnten mit etlichen Mängeln und Defiziten kämpfende Planwirtschaft buchstäblich über Nacht eine neue Zeit angebrochen. In den Betrieben, Kollektiven und Brigaden wurde ohnehin seit einiger Zeit intensiv über mögliche Wege in die Zukunft diskutiert; »Leistung« solle sich, so hörte und las man oft, »endlich« wieder lohnen und die erstickende Herrschaft der Parteioffiziere sowie des fernen Industrieministeriums und der Plankommissionen gebrochen werden. Zugleich stand vielen betrieblichen Akteuren – seien es Generaldirektoren, Ingenieurinnen oder auch einfache Angestellte und Arbeiter – bereits frühzeitig die nahezu unheimliche Dimension der kommenden Herausforderungen vor Augen: Ab Mitte der 1970er Jahre hatte die unter Ägide von SED-Wirtschaftschef Günter Mittag betriebene weitere Zentralisierung der Planwirtschaft bei rigoroser Verstaatlichung der letzten Reste halbprivater Kleinunternehmen die allgemeine Wirtschafts- und Versorgungslage zunächst verschlimmert. Die Folgen der zweiten Ölpreiskrise 1979/80 wurden für die Ostblockstaaten besonders dramatisch, als die Sowjetunion – in einen neuen Rüstungswettstreit mit den USA und einen blutigen Konflikt in Afghanistan verwickelt – ihre Rohöllieferung auch an die »Bruderländer« zunehmend verteuerte. Die DDR traf diese Entscheidung umso härter, hatte sie doch mit dem Weiterverkauf des sowjetischen Öls lange Zeit gute Devisengeschäfte gemacht und damit die unter SED-Chef Erich Honecker umfassend eingeleiteten Sozialprogramme finanziert. Der Staatsbankrott in Polen im Jahr 1980 verschärfte die angespannte Situation des SED-Regimes auf den internationalen Finanzmärkten weiter, sodass nur ein ausgerechnet durch den bayerischen CSU-Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß vermittelter Milliardenkredit westdeutscher Banken die DDR vor einem Bankrott bewahren konnte.[2]

All diese wirtschaftlichen Krisenmomente schlugen im Lauf der 1980er Jahre immer deutlicher auch auf den betrieblichen wie privaten Alltag in der DDR durch. Ökologische Belastungen durch den massiven Einsatz von günstiger, weil heimischer Braunkohle, technologische Defizite durch westliche Embargos, etwa im Zukunftsfeld der Mikrochipfertigung, sowie die sich verschlechternde Versorgungslage mit Konsum- und Bedarfsgütern – gerade im scharfen Kontrast zur mittlerweile in Westfernsehen, Westpaketen wie bei Westbesuchen omnipräsenten bunten Wohlstands- und Warenwelt des Westens – drückten weiter auf die allgemeine Stimmung und erschienen als wichtige Triebfedern sowohl für Opposi-

tionsgruppen als auch für die ab Mitte der 1980er Jahre stark anschwellende Ausreisebewegung.[3]

Die Wirkungen dieser oft etwas stiefmütterlich behandelten ökonomischen wie konsumpolitischen Vorgeschichte der Friedlichen Revolution reichten jedoch weiter. Die Maueröffnung setzte die in weiten Teilen ohnehin stark kriselnde Planwirtschaft und ihre Tausenden Betriebe massiv unter Druck: Einerseits konnten nun meist junge, mobile wie hoch qualifizierte Mitarbeiterinnen quasi täglich zu Hunderten der DDR den Rücken kehren und im Westen ihr Glück suchen; andererseits strömten auf umgekehrtem Wege etliche neue oder gebrauchte Westprodukte auf die sich rasch formierenden (Schwarz-)Märkte des Ostens, die die heißbegehrten Westwaren gierig aufsogen. Es verwundert daher kaum, dass der im November 1989 kurzfristig ins Amt gelangte DDR-Ministerpräsident Hans Modrow gemeinsam mit seiner Stellvertreterin, der Ökonomin Christa Luft, eine umfassende Wirtschaftsreform als neue »Hauptaufgabe« identifizierte, um die DDR als eigenen, unabhängigen und letztlich auch »sozialistischen« Staat zu retten.[4]

Aber auch auf der anderen Seite der nunmehr geöffneten Grenze stiegen Druck und Verunsicherung über die unerwartete Lage. Die ohnehin von internen Querelen und Abwahlprognosen gebeutelte konservativ-liberale Bundesregierung unter Helmut Kohl schien auf das sich seit Oktober 1989 dynamisch entfaltende ostdeutsche wie osteuropäische Revolutions- und Umbruchgeschehen tatsächlich kaum vorbereitet. Konkrete Strategien oder Planungen für den »Tag X« einer möglichen Vereinigung, die in den 1950er wie 1960er Jahren im Bonner »Provisorium« parteiübergreifend noch omnipräsent gewesen waren, existierten auch infolge der deutschlandpolitischen Annäherungsbemühungen zwischen Bundesrepublik und DDR während der 1970er Jahre schlichtweg nicht mehr.[5] Abgesehen von sehr allgemeinen Verlautbarungen – etwa dem »Zehn-Punkte-Programm«, das Kohl am 28. November 1989 im Bundestag vorstellte –, hüllte sich die Bonner Regierung zunächst weitgehend in Schweigen, auch und gerade in ökonomischen Fragen. Im Januar 1990 spitzte sich die Situation weiter zu, als die DDR-Regierung unter Modrow zunehmend die Kontrolle zu verlieren schien und zugleich immer mehr Menschen in großer Eile in den Westen übersiedelten. Diese wurden allerdings mit wachsendem Argwohn aufgenommen. Wie die medialen Debatten dieser Zeit verdeutlichen, wurden die neuen »Landsleute aus dem Osten« dort immer häufiger als unliebsame Konkurrenten auf ohnehin dicht besetzten urbanen Arbeits- und Wohnungsmärkten betrachtet.

Kohls kurzfristige Reaktion bestand in einem seinerzeit spektakulären, Anfang Februar unter der Ägide des Bundesfinanzministeriums ausgearbei-

teten »Angebot« eines politökonomischen Paketdeals: Die Menschen in der DDR würden zeitnah die heißbegehrte D-Mark erhalten, müssten dafür aber im Umkehrschluss die Regeln der erfolgreichen westdeutschen Wirtschaftsordnung vollständig übernehmen. Dies sollte ihnen ein »Signal zum Bleiben« aussenden und letztlich eine rasche ökonomische Vereinigung herbeiführen. Diese überraschende Initiative der westdeutschen Regierung, die den gerade beginnenden Volkskammerwahlkampf maßgeblich beeinflussen sollte, war gewissermaßen eine wirtschaftspolitische Flucht nach vorn. Alle Warnungen und Kritik, die etwa führende Ökonomen oder der SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine noch im Februar an dem Modell einer sofortigen Währungsunion äußerten, verfingen letztlich im Wahlkampf bis Mitte März nicht mehr. Das Bonner »Signal zum Bleiben« stieß millionenfach auf offene Ohren, viele Menschen im Osten wollten nun endlich am westdeutschen Wohlstands- und Freiheitsversprechen teilhaben. Die Bundesregierung übte sich demgegenüber in Markt- und Zweckoptimismus: Eine Einführung der D-Mark im Osten würde, so wurde in Regierungskreisen in Anlehnung an frühere, noch aus den frühen 1950er Jahren stammende Überlegungen Ludwig Erhards immer wieder argumentiert, getragen von unternehmerisch agierenden Kräften einen raschen, dynamischen Wirtschaftsaufschwung im Osten nach sich ziehen, für den es keinerlei längerfristigen staatlichen Interventionen oder Schutzmaßnahmen bedürfe. Möglichst frei entfaltete Marktkräfte würden, so die dem marktfreundlichen wie staatsskeptischen Zeitgeist der 1980er Jahre entsprechende Hoffnung in Bonn, die ökonomischen Anpassungs- und Umstellungsprobleme im Gefolge der staatlichen Vereinigung rasch lösen können.[6]

Diese und ähnlich lautende Überlegungen aus dem ersten Halbjahr 1990 stehen für den allerorten verbreiteten und nahezu improvisierten politischen Zweckoptimismus dieser Zeit sowie die selbstbewusste Grundannahme im Westen, Wiederaufbau, Modernisierung und Überführung der ostdeutschen Wirtschaft würden sich nach möglicherweise schmerzvoller, aber zeitlich überschaubarer Übergangsphase realisieren lassen, um alsbald einen selbsttragenden Wirtschaftsaufschwung vermelden zu können. Auf diese Weise würde »1990« gleichsam ein ostdeutsches »1948« – ein zweites »Wirtschaftswunder« – werden können.[7] Auch wenn die Wirtschaftswissenschaften dem Kurs einer raschen »Schocktherapie« per Währungsunion mehrheitlich skeptisch gegenüberstanden, tat das auch deren grundsätzlichen Optimismus in Bezug auf die heilsamen Wirkungen der westlichen Marktwirtschaft im Osten zunächst keinen Abbruch. Bei aller Kritik wurden derlei hochfliegende Wachstumserwartungen auch durch frühe Analysen der fünf führenden westdeutschen

Wirtschaftsforschungsinstitute gestützt, die für 1990 und 1991 einen veritablen »Wiedervereinigungsboom« prognostiziert hatten, der die Effekte (und auch die Kosten) der zu erwartenden Arbeitslosigkeit rasch kompensieren würde. Flankiert wurden solche Prognosen von großzügigen wie selbstbewussten Ankündigungen aus der westdeutschen Privatwirtschaft: In Absichtserklärungen vom März 1990 waren bereits über Tausend Zusicherungen aus der Automobilindustrie, dem Maschinenbau, der Elektrotechnik oder dem Dienstleistungssektor erfolgt, künftig und in großem Stil in die ostdeutsche Wirtschaft in Form umfassender Joint Ventures investieren zu wollen.[8]

Am 18. Mai 1990 wurde schließlich der Staatsvertrag zwischen DDR und Bundesrepublik zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion geschlossen und damit eine zentrale Forderung der Volkskammer- und Kommunalwahlen vom Frühjahr 1990 in praktische Politik umgesetzt. Die beschriebenen, durchaus positiv gestimmten Zukunftsprognosen mitsamt ihren ökonomischen Verheißungen hatten einen wahrhaften »Wende-Rausch« befördert, in dessen Folge auch Löhne, Gehälter, Renten, Mieten und andere »wiederkehrende Zahlungen« im Verhältnis 1:1 getauscht werden sollten; für Vermögen wurden nach Alter gestaffelte Umtauschbeträge im Verhältnis 2:1 festgelegt. Die Bonner Regierung entsprach damit, auch gegen das klare Votum namhafter Ökonomen, den drängenden Wünschen vieler Ostdeutscher nach einem paritätischen Umstellungskurs. Es kam folglich zu einer raschen Entscheidung zugunsten einer auch von den Gewerkschaften befürworteten Hochlohnpolitik, einer sofortigen Privatisierung ohne längere Anpassungs- und Übergangsphasen sowie einer umfassenden Übertragung des westdeutschen Systems sozialer Sicherung.[9]

Die ökonomische Einheit wurde damit bereits Monate vor der politischen Einheit Deutschlands Realität; währungs- und wirtschaftspolitisch geschaffene Fakten sollten damit in den Augen der beiden deutschen Regierungen auch möglichen außenpolitischen Unsicherheiten entgegenwirken. Demgegenüber schien Kritik an den in schneller Folge getroffenen Entscheidungen in dieser »Stunde der Exekutive« kaum noch durchzudringen: Ungeachtet wiederholt artikulierter Befürchtungen von Finanzexperten oder Politikerinnen aus dem linken Spektrum, die sich auch aus Sorge um drohende soziale Verwerfungen ein besonneneres Vorgehen zur »Sanierung« der Betriebe und »Eingewöhnung« der Menschen gewünscht hätten, setzte man – im Unterschied zu vielen graduellen Übergängen in Osteuropa, etwa in Ungarn oder Bulgarien – auf eine relativ radikale Form der ökonomischen »Schocktherapie«, die durch sozialpolitische Transfers abgefedert werden sollte.[10]

Doch die Politik tat dies nicht nur aus purer ideologischer oder gar vermeintlich »neoliberaler« Überzeugung, sondern reagierte damit auch auf den erheblichen politischen Handlungs- und Entscheidungsdruck, der von außen auf sie einwirkte: Zu wuchtig und unaufhaltsam schien im Lichte der ersten freien Volkskammerwahl der Sog des Westens mit seinen Verheißungen von Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft. Zugleich wuchsen die Risiken einer weiteren Abwanderung aus dem Osten, mit der bei Demonstrationen auf Transparenten unverblümt gedroht wurde: »Kommt die D-Mark, bleiben wir/kommt sie nicht, geh'n wir zu ihr!« Im Frühsommer 1990 kündigte Bundeskanzler Kohl an, es werde nach dieser ruckartigen Umstellung »niemandem schlechter gehen als zuvor – dafür vielen besser«, woraufhin der *Spiegel* am 25. Juni historisch bedeutungsschwer titelte: »Die Stunde Null. D-Mark für die DDR«.

Wenig überraschend hatten der Tag der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Juli 1990 und der erste Werktag darauf den Charakter eines vielfotografierten Volksfestes mit langen Schlangen vor den Bankfilialen sowie euphorischen (Noch-)DDR-Bürgerinnen, die den zahlreichen Pressekameras stolz ihre neuen D-Mark-Scheine präsentierten. Die Wirtschafts- und Währungsunion markierte zugleich auch eine radikale Veränderung von Nachfrage- und Angebotsstrukturen in den ostdeutschen Warenhäusern und Verkaufsstellen. Über eilig von bundesdeutschen Handelsunternehmen oder auch findigen Kleinhändlern organisierte Logistik- und Lieferketten herangeschafft, waren die bunten Westprodukte im Osten plötzlich allgegenwärtig; teils weniger als zehn Prozent der verkauften Waren im Handel stammten noch aus DDR-Betrieben. Vor allem bei Röstkaffee oder Dosensuppen war der konsumpolitische Wechsel gravierend. Ostdeutsche Produkte verschwanden vielleicht nicht vollständig, aber doch weitgehend und gewissermaßen über Nacht – mit bald auch deutlich spürbaren Folgen für heimische Industrien und Arbeitsplätze.[11]

Insbesondere die rasche, auch von den Gewerkschaften befürwortete Lohnangleichung an den Westen erscheint rückblickend als ein heikler politischer Balanceakt und führte – als individueller Wohlstandssprung und ökonomischer Aufwertungsschock zugleich – zu einer dramatischen Überforderung ostdeutscher Betriebe und Unternehmen. Die plötzliche Währungsunion angesichts einer von zeitgenössischen Ökonomen geschätzten Währungsaufwertung von bis zu 300 Prozent wirkte wie eine regelrechte »Neutronenbombe«[12] auf die ohnehin mit massiven Strukturdefiziten kämpfende ostdeutsche Wirtschaft, insbesondere in ihren sehr ausgedehnten, klassischen Großindustrien im Bereich der Chemie, der Metallurgie oder der Textilindustrie – allesamt Wirtschaftszweige, die in den Jahrzehnten

zuvor im Westen durch globalen Wettbewerb längst unter erheblichen Anpassungs- und Schrumpfungsdruck geraten waren. Die Währungsunion führte letztlich zu explodierenden Löhnen und Gehältern, während sich in den ostdeutschen Betrieben zeitgleich ein immenser Umsatzrückgang einstellte, da nicht nur der ostdeutsche Binnenmarkt angesichts aggressiv expandierender Westkonkurrenten einbrach, sondern sich auch die osteuropäischen Handelsbeziehungen angesichts massiv gesteigerter Verkaufspreise für oftmals veraltete Produkte merklich eintrübten. Ein wichtiger Grund für den Umsatzeinbruch war die kriselnde Wirtschaft der (Rest-) Sowjetunion, deren Anteil am Außenhandel der DDR immerhin noch mehr als ein Drittel betrug. Von diesen Exporten waren nach Schätzungen fast eine Million Arbeitsplätze abhängig.[13]

Ökonomisches Krisenmanagement statt »blühender Landschaften«: Treuhandanstalt und Gemeinschaftswerk

Neben den optimistischen Verheißungen auf ein zweites »Wirtschaftswunder« begleitete die Umsetzung der wirtschaftlichen Transformation und die damit einhergehenden internen wie öffentlichen Diskussionen vor allem das absehbar schwierige ökonomische »Erbe der DDR«: Verschuldung, Versorgungs- und Produktivitätsmängel, ökonomische und ökologische »Altlasten«, Innovationsstau bei Institutionen und Infrastruktur, fehlende Wettbewerbsfähigkeit, der desolate Zustand etlicher Industrieanlagen (1989 waren etwa 29 Prozent der Industrieausrüstungen in der DDR zwischen 11 und 20 Jahre alt, 21 Prozent sogar mehr als 20 Jahre) – diese und weitere Verweise auf die zahlreichen ökonomischen Mängel der DDR-Wirtschaft waren ein wirksames Argument, um die Notwendigkeit, ja bald weitgehend unhinterfragte »Alternativlosigkeit« einer möglichst schnellen, notfalls kompromisslosen Verwirklichung des Wirtschaftsumbaus nach westdeutschem Strickmuster herauszustellen. Auch heute noch ist in Fortführung solcher Perspektiven die Rede von den »Flurschäden des Sozialismus«,[14] denen allein durch eine rasche (Wieder-)Belebung der (Markt-)Wirtschaft beizukommen gewesen sei. Im zeithistorischen Rückblick scheint dabei auffällig, dass die hier vermerkten Modernisierungsdefizite oftmals Teil von pauschalen und nicht selten auch ideologisch unterlegten Begründungsstrategien im Modus einer nachträglich in Anschlag gebrachten Selbstrechtfertigung waren. Diese verfolgten mal bewusst, mal subtiler und indirekt das Ziel, die als nicht zeitgemäß und dysfunktional beschriebenen Elemente des Überkommenen zu benennen und sodann grundsätzlich zu delegitimieren. Dabei dachte man teilweise nicht allein an ökonomische, unternehmerische, technisch-materielle Aspekte, sondern imaginierte wohl auch Mentalitäten und Kompetenzen »der Ostdeutschen« gleich mit. Der bis in die Gegenwart immer wieder geführte, hoch emotionale Streit um den »Wert« des »Volksvermögens« der DDR besaß und besitzt stets eine materielle und

eine ideelle Seite: Es ging und geht den widerstreitenden Lagern dabei also nicht nur um materielle Werte (von Betrieben), sondern stets auch um kulturelle Bewertungen (von Biografien): Während die DDR-Wirtschaft und ihre Betriebe in den Augen vieler liberal-konservativ gesinnter Politikerinnen und West-Experten als maroder Konkursfall galten, klammerten sich Ostdeutsche an den vermeintlichen »Wert« der von ihnen oft über viele Jahre auch unter schwierigen Bedingungen am Laufen gehaltenen Betriebe, deren umfassende Entwertung nach 1990 somit nicht nur eine rein ökonomische, sondern auch eine zutiefst biografische Dimension besaß.[15]

In der zweiten Jahreshälfte offenbarten sich die (zwangs)optimistischen Prognosen des Frühjahrs 1990 schon bald als marktwirtschaftliche Wunschträume. Die binnen weniger Wochen zwischen der Bundesregierung und der neuen, von Lothar de Maizière geführten DDR-Regierung verhandelte Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion trat zum 1. Juli 1990 in Kraft und hatte, wie gezeigt, die ohnehin in vielen Bereichen und Branchen kämpfende Wirtschaftslandschaft im Osten unter enormen Aufwertungs-, Konkurrenz- und Anpassungsdruck gesetzt. Die für weite Teile der DDR-Industrie zuständige Treuhandanstalt, die noch im März 1990 kurzfristig auf Vorschlag des Zentralen Runden Tisches zur »Bewahrung des Volksvermögens« durch die scheidende Modrow-Regierung gegründet worden war, sollte nun die angestrebten Massenprivatisierungen übernehmen. Der gigantische, mit etlichen industriellen Großbetrieben besetzte Staatssektor, den die konservativ-liberalen Politiker und Beamten in Bonn mit größtem Argwohn betrachteten, sollte im Gefolge der Währungs- und Wirtschaftsumstellung möglichst rasch »entstaatlicht« werden, wie es im noch von der Volkskammer am 17. Juni 1990 beschlossenen »Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens« formuliert war. Das bedeutete die zügige Übereignung an private Eigentümerinnen oder eben Stilllegung.[16]

Bei der Treuhand, die von ab Juli 1990 sehr hastig rekrutierten, häufig älteren westdeutschen Managern und Unternehmern geführt wurde – allen voran dem selbstbewussten Chef des Dortmunder Hoesch-Konzerns, Detlev Karsten Rohwedder –, aber auch bei den zuständigen Ministerien in Ost-Berlin und Bonn realisierte man recht bald, dass sich im Osten zwar ein marktwirtschaftlicher »Urknall« vollzogen hatte. Dessen unmittelbare Folgewirkungen erschienen jedoch weniger heilsam, sondern vielmehr für etliche Unternehmen und Betriebe akut existenzbedrohend, denn diese hatten nun Löhne, Produkte und Güter in D-Mark zu finanzieren. Gerade die noch relativ kleine Treuhand-Spitze um Rohwedder erkannte seit dem Spätsommer 1990, dass es in der ostdeutschen Wirtschaft fortan kaum, wie

kurz zuvor noch vage erhofft, um die Verteilung milliardenschwerer Privatisierungserlöse gehen würde. Vielmehr stellte man sich auf ein handfestes, ja dramatisches Krisen- und Umbruchmanagement ein. Ursprüngliche Erwartungen, mit dem Verkauf der rentablen Industriebetriebe, deren Anteil man auf ein Drittel geschätzt hatte, könne man über 1000 (Modrow/Luft im Februar 1990) oder immerhin noch 600 Milliarden D-Mark (Rohwedder im September) erlösen und mit diesen Geldern dann ein zweites Drittel der Betriebe umfassend sanieren (während das letzte Drittel wohl nicht mehr zu retten sei), entpuppten sich im Herbst 1990 als viel zu optimistisch.[17]

Die staatliche Vereinigung am 3. Oktober schien daher im wirtschaftlichen Bereich weniger einschneidend als die Wirtschafts- und Währungsunion drei Monate zuvor. Bei der von Rohwedder nun massiv personell auf- und umgebauten Treuhandanstalt und den von ihr verwalteten knapp 8500 Betrieben mit rund vier Millionen Beschäftigten stellte sich in den letzten Monaten des Jahres 1990 ein eigentümlicher Schwebezustand ein: Während die deutsche Öffentlichkeit noch ganz von den terminlich dicht gedrängten Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen absorbiert war, die mit wenigen Ausnahmen den konservativ-liberalen Parteien mit dem »Kanzler der Einheit« Helmut Kohl als Zugpferd triumphale Siege bescherten, hielt sich die Treuhand-Spitze um Rohwedder mit einschneidenden Entscheidungen noch zurück. Dennoch zeichnete sich bei den Treuhand-Managern immer stärker ab, dass der bald in die Praxis umzusetzende Umbau der früheren Planwirtschaft zu erheblichen Entlassungen und etlichen Schließungen führen würde. Während derlei »harte« Entscheidungen einige Monate aufgeschoben wurden, rang die selbst noch im Aufbau befindliche Treuhandanstalt, die seit dem 3. Oktober dem CSU-geführten Bundesfinanzministerium unterstellt war, noch um eine Privatisierungsstrategie: Sollte man möglichst schnelle Verkäufe an private Investoren anstreben – oder lieber doch kriselnde Betriebe in Eigenregie sanieren? Rohwedder gab im März 1991, wenige Tage vor seiner Ermordung, selbst eine deutliche Antwort, indem er die »Privatisierung« als »wirksamste Form der Sanierung« bezeichnete: Die Treuhand mit ihren damals knapp 2000, später über 4000 Mitarbeiterinnen könne diese Aufgabe gar nicht selbst übernehmen. In diesem Sinne müsse das Tempo der Privatisierungen und auch der Schließungen endlich in erheblichem Maße steigen.[18]

Insofern überrascht es im Rückblick nicht, dass es im Frühjahr 1991 zu einem massiven Stimmungsumschwung vor allem im Osten (aber auch im Westen) kam – ökonomisch wie psychologisch: Die Treuhand-Spitze verkündete nach dem Jahreswechsel mehrere große Entlassungs- und Schließungsrunden in ihren Betrieben, von denen über eine Million Arbeitneh-

mer unmittelbar betroffen waren. Etliche Gerüchte über umfangreiche »Todeslisten« mit angeblich zu schließenden Betrieben geisterten durch die neuen Länder und Existenzängste machten sich breit. Auch in der Politik stieg die Nervosität merklich an: Der brandenburgische Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD) warnte vor »finsterstem Manchesterkapitalismus«, IG-Metall-Chef Franz Steinkühler sprach von der Treuhand als einem regelrechten »Schlachthof« der Ostindustrie. Im Februar und März formierten sich breite Proteste in allen östlichen Bundesländern; nahezu überall setzten sich Bevölkerungen und Belegschaften mit Demonstrationen oder Fabrikbesetzungen lautstark gegen die befürchtete oder tatsächliche »Abwicklung« ihrer Standorte durch die Treuhand zur Wehr. Vorläufiger Höhepunkt waren die im März wieder aufgenommenen Leipziger »Montagsdemonstrationen«, bei denen Zehntausende Menschen auf die Straße zogen. Es waren vor allem Teile der Gewerkschaften, die PDS sowie frühere Oppositionsgruppen, die nun zum »Widerstand« gegen »Kohl und Treuhand« und deren »brutale« Abwicklungspolitik aufriefen. Gerade die Treuhand mit Rohwedder an der Spitze galt nun, wie der *Spiegel* schrieb, als »bestgehaßte« Institution im ganzen Osten,[19] ihr Präsident wurde derweil mehr und mehr zur Personifikation der Wirtschaftskrise. Seinen dramatischen Höhe- und Wendepunkt fand dieses frühe Protestgeschehen schließlich am 1. April 1991, als ein RAF-Kommando den Treuhand-Chef in der Nacht mit mehreren tödlichen Schüssen in Düsseldorf niederstreckte.[20]

Der Stimmungsumschlag des Frühjahrs 1991 kann letztlich als eigentliche Geburtsstunde des »Aufbau Ost« im engeren Sinne gelten, denn die erhoffte positive Aufbruchwirkung der im Sommer 1990 herbeigeführten »Schocktherapie« hatte sich in der ostdeutschen Wirtschaft gerade nicht eingestellt. Mehr und mehr registrierten Politikerinnen, Unternehmer und andere Expertinnen in West und Ost, dass die scheinbar grenzenlose Euphorie des Jahres 1990 oder konkreter: die kolossalen Erwartungen etlicher Menschen im Osten und der pragmatische Optimismus vieler Experten im Westen binnen weniger Monate in Enttäuschung und Frustration umgeschlagen waren. Auch Bundeskanzler Kohl selbst, der am 10. Mai 1991 auf dem Marktplatz von Halle an der Saale nicht nur mit erheblichen Protesten der Leuna-Belegschaft konfrontiert war, sondern auch in einem bald ikonischen Bild mit Eiern beworfen wurde, setzte auf massives politisches Gegensteuern.[21]

Kohls Regierung, die noch zu Beginn des Jahres 1989 den meisten politischen Beobachterinnen als abwahlreif gegolten hatte, war bei der ersten gesamtdeutschen Bundestageswahl am 2. Dezember 1990 mit großer Mehrheit im Amt bestätigt worden. Diesen Triumph hatte sie ihren spektakulären, gerade auch außenpolitischen Erfolgen in der Einigungspolitik

des Jahres 1990 zu verdanken, die neben Kohl auch auf den FDP-Außenminister Hans-Dietrich Genscher zurückgingen. Dieser Bonus hatte den Unionsparteien wie auch den Liberalen bereits am 14. Oktober 1990 teilweise deutliche Wahlsiege in den fünf neuen Ländern beschert, während die vom einigungsskeptischen Oskar Lafontaine geführte Sozialdemokratie oft das Nachsehen hatte: Lediglich in Brandenburg hatte sich die SPD mit Manfred Stolpe durchsetzen können, während in Thüringen (Josef Duchač), Sachsen-Anhalt (Gerd Gies), Mecklenburg-Vorpommern (Alfred Gomolka) und Sachsen (Kurt Biedenkopf) die CDU-Kandidaten das Rennen gemacht hatten. Ende 1990 war damit ein Dauerwahlkampfjahr zu Ende gegangen, wobei die darin gemachten Versprechungen zum wirtschaftlichen Aufschwung fortan die künftigen Fallhöhen markieren sollten.[22]

Im politischen Bonn hatte sich die Bundesregierung noch bis Anfang 1991 in Zweck- und Marktoptimismus geübt. Neben wahltaktischen Aspekten waren es letztlich vor allem innen- wie außenpolitische Erwägungen und Rücksichtnahmen, aufgrund derer man in Bonner Regierungskreisen zunächst Zurückhaltung geübt hatte: Zum einen wollte man den bei der westdeutschen Bevölkerung geweckten Eindruck, man könne die Einheit quasi nebenbei aus der »Portokasse« bestreiten, nicht gefährden; zum anderen hätten sich durch allzu patriotisch-nationale Mobilisierungsrhetoriken Skeptiker und Kritikerinnen der Einheit – etwa in Frankreich, Großbritannien oder Polen – in ihren Befürchtungen vor einem wiedererstarkendem »Vierten Reich« bestätigt gesehen.[23] Doch die Signale, die auch die Treuhand-Manager um Rohwedder sowie die neu gewählten Ministerpräsidenten aus dem Osten an den Rhein sendeten, waren alarmierend. Harte Wochen, Monate oder vielleicht Jahre standen bevor; eine schnelle Erholung schien immer unwahrscheinlicher. Im Gegenteil: Im Osten drohte infolge des nunmehr bereits absehbaren Zusammenbruchs etlicher Industriestandorte dauerhafte Massenarbeitslosigkeit.[24]

Als sich die ökonomischen Krisenanzeichen verdichteten und der wirtschaftliche Ausblick sich im Osten verdunkelte, sah sich die Regierung mehr und mehr zum aktiven Eingreifen und Handeln genötigt. So begannen in Bonn die Vorbereitungen für eine übergreifende Aktion, die die unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Akteure an einen Tisch bringen sollte. Bereits am 8. März 1991 wurde das »Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost« aus der Taufe gehoben. Ein gutes halbes Jahr nach dem Beitritt der neuen Länder zur Bundesrepublik wurde damit der »Aufbau Ost« als umfassendes politisches, ökonomisches wie gesellschaftliches Um- und Aufbauprojekt im engeren Sinne gestartet. Jedoch war es, wie

gezeigt, gerade kein euphorischer Aufbruch ins Nationale, sondern besaß eher einen ausgesprochenen defensiven Charakter einer Krisen- und Notfallpolitik in Anbetracht der massiven ökonomischen, gesellschaftlichen wie kulturellen Verwerfungen, die sich in der ostdeutschen Umbruchgesellschaft bereits zu diesem Zeitpunkt überdeutlich abzeichneten.

In diesem Sinne sollte das neue »Gemeinschaftswerk« die verschiedenen Akteursgruppen zu einer gemeinsamen, föderalen wie korporatistischen »Kraftanstrengung« für die Einheit zusammenführen – neben der Bundesregierung waren das vor allem die neuen Landesregierungen sowie die Gewerkschafts- und Arbeitgebervertreter. Die Bundesregierung selbst wollte mit umfassenden Investitionen und Transfers die zumeist in hohem Maße verkümmerten Infrastrukturen des »Beitrittsgebiets« verbessern, um so noch zögerliche private Investoren in den Osten zu locken. CSU-Bundesfinanzminister Theo Waigel warb für eine spektakuläre »Initialzündung« in Höhe von geplanten 24 Milliarden D-Mark, CDU-Bundessozialminister Norbert Blüm verwies auf die geplanten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für fast 300 000 Menschen, und auch FDP-Bundeswirtschaftsminister Jürgen Möllemann stimmte in den Chor ein, als er das Vorhaben als das »gigantischste Ankurbelungsprogramm« der bundesdeutschen Geschichte anpries.[25]

Dieses Gemeinschaftswerk war im Osten bald vielfach präsent – zunächst allerdings vor allem in Form großer Baustellenplakate mit dem markanten, schwarz-rot-goldenen Pfeil nach oben. Die eilig mobilisierten Mittel flossen fortan insbesondere in kurzfristige Sozial- sowie langfristige Infrastrukturprogramme: Neue Autobahnstrecken und Hochgeschwindigkeitstrassen wurden errichtet, die Energie- und Wasserversorgung umfassend modernisiert, massive Umweltaltlasten und schwerindustrielle Rückstände (oft auch in Form von ABM-Programmen) beseitigt sowie zumeist marode Altstädte oder unwirtliche Wohngebiete im kommunalen Raum saniert. Während die Infrastrukturinvestitionen meist erst nach der Jahrtausendwende Gestalt annahmen, hatten die sozialpolitischen Maßnahmen zur »Arbeitsbeschaffung« bereits in den 1990er Jahren ihren Höhepunkt erreicht.

Doch das Gemeinschaftswerk erwies sich keineswegs als finaler Schlusssprint auf dem Weg zur schnellen »Inneren Einheit«; ganz im Gegenteil leitete dieses Investitionsprogramm eine ganze Kaskade an weiteren regionalen, nationalen wie später auch europäischen Förder- und Aufbauprojekten im Osten ein, die finanziell weit über die ursprünglichen Projekte hinausgingen: Aus dem seit 1990 zweimal aufgestockten und für die ostdeutschen Kommunen vorgesehenen Fonds Deutsche Einheit wurden bis zum Jahr 1994 160,7 Milliarden D-Mark bereitgestellt. Diese Gelder hatten zum Ziel, die Integration der neuen Bundesländer in den beste-

henden Bund-Länder-Finanzausgleich zeitlich aufzuschieben – maßgeblich auch auf Betreiben der alten Bundesländer, die hier eine eklatante Verteilungsunwucht zu ihren Ungunsten fürchteten. Im Jahr 1993 wurde der Solidarpakt I zwischen Bund, Ländern und Gemeinden beschlossen und galt bis 2004. Das spektakuläre Gesamtvolumen von 94,5 Milliarden Euro war dafür vorgesehen, den öffentlichen Haushalten in Ostdeutschland besondere finanzielle Hilfen bereitzustellen, damit »teilungsbedingte Lasten« weiter abgebaut würden. Zu nennen wären darüber hinaus der 2005 verabschiedete Solidarpakt II (156,5 Milliarden Euro), der 1995 ins Leben gerufene Erblastentilgungsfonds (171,8 Milliarden Euro) sowie seit Juli 1991 der Solidaritätszuschlag (»Soli«), ein prozentualer Zuschlag auf die Lohn-, Einkommens-, Körperschafts- und weitere Steuerarten – bis heute Ursprung latenten Unfriedens und Gegenstand von politischen Diskussionen, vor allem bezogen auf dessen Befristung, Zweckbindung sowie die Finanzierungsbedürftigkeit, gerade mit Blick auf die mit den Jahren deutlicher werdenden Investitionsbedürfnisse beziehungsweise -forderungen westdeutscher Kommunen.[26]

Im Frühjahr 1991 erschien das Gemeinschaftswerk jedoch noch eher als symbolpolitischer Akt, während – wie gezeigt – auf den Straßen im Osten sich der Unmut der Unzufriedenen über Arbeitslosigkeit und »Abwicklung« immer heftiger gegen Treuhandanstalt und Bundesregierung entlud. Am 14. März 1991 beschlossen Bundesregierung, Länderregierungen, Gewerkschaften und Treuhandanstalt in einem demonstrativen Schulterschluss die »Grundsätze zur Zusammenarbeit für den Aufschwung Ost«, in denen sie weitreichende Kooperations- und Koordinierungsmaßnahmen ankündigten, um durch »ungewöhnliche Maßnahmen in einem konzertieren Zusammenwirken« sowie »unideologisches Handeln« die dramatische Lage in der ostdeutschen Wirtschaft möglichst rasch unter Kontrolle zu bringen. Alle Beteiligten hatten sich in den Wochen und Monaten zuvor zum Teil heftig in der Öffentlichkeit mit gegenseitigen Schuldzuweisungen überzogen, sodass dieses Signal neuer Einigkeit keineswegs selbstverständlich erschien. Nun gelobte man auf allen Seiten Besserung: Während die Treuhand-Spitze zusicherte, ihre »unternehmerische Verantwortung« insbesondere für die notleidenden Unternehmen künftig noch konsequenter wahrzunehmen, erklärten sich Länder- und Gewerkschaftsvertreterinnen, die sich zuvor öffentlich oft kritisch geäußert hatten, zur umfassenden Zusammenarbeit bereit, um so möglichst viele Arbeitsplätze im Osten erhalten zu können.[27]

Der Schulterschluss von Politik und Wirtschaft vermochte es jedoch nicht unmittelbar, Wut und Enttäuschung in der ostdeutschen Gesellschaft zu besänftigen. Nur der Mord an Treuhand-Chef Detlev Roh-

wedder am 1. April 1991 ließ die Proteste für einige Wochen abklingen. Unter seiner Nachfolgerin Birgit Breuel, der früheren CDU-Finanzministerin von Niedersachsen, setzte die nach wie vor umstrittene Treuhand ihren Privatisierungskurs in den folgenden Jahren mit schwindelerregender Geschwindigkeit fort und erreichte enorme Verkaufsquoten von bis zu 500 Privatisierungen pro Monat. Bereits Ende 1992, nach nicht einmal zwei Jahren, verkündete die Treuhand-Spitze ihre zehntausendste Privatisierung; über 80 Prozent der ursprünglich knapp 8 500 Staatsbetriebe waren damit bereits »verwertet«. Die Jahre 1993 und 1994 standen dann stärker im Zeichen von massiven Skandalen, etwa um ein Korruptionsnetzwerk in der Treuhand-Niederlassung in Halle, sowie spektakulären Protesten, vor allem dem Hungerstreik von Kali-Bergarbeitern in Bischofferode. Die wirtschaftliche Situation etlicher noch nicht privatisierter Treuhand-Großbetriebe hatte sich unterdessen kaum gebessert, hatten doch der Zusammenbruch der Sowjetunion sowie der Beginn des Irakkriegs 1991/92 zu einer weltweiten Eintrübung der Konjunktur geführt. Dementsprechend schwierig gestaltete sich die Suche nach geeigneten wie finanzkräftigen Privatinvestoren, insbesondere bei sogenannten Industriellen Kernen, also strukturbestimmenden Großbetrieben wie dem früheren Eisenhüttenkombinat in Eisenhüttenstadt (EKO), die die Treuhand – auch trotz massivem politischem Druck – nun nicht mehr abwickeln konnte. Das Pendel war entsprechend von den raschen Privatisierungen beziehungsweise umfassenden Stilllegungen der Jahre 1991/92 zurückgeschwungen zu einer stärkeren Betonung staatlicher Industrie- und Strukturpolitik sowie langfristiger Umbau- und Sanierungsmaßnahmen in den verbliebenen Unternehmen selbst (1993/94).[28]

Das Ende der Treuhandanstalt, die im Dezember 1994 in Berlin ihre Pforten schloss, war Anlass für viele Beobachterinnen, eine durchaus kritische Zwischenbilanz des wirtschaftlichen Umbaus zu ziehen. Die Treuhand und ihr Wirken blieben und bleiben dabei letztlich hoch umstritten: Während die Verteidiger ihr Tun als »alternativloses« Wirken im Sinne der Marktwirtschaft auf Grundlage einer »schrottreifen Planwirtschaft« bewerten, lassen die Kritikerinnen oft kein gutes Haar an der »Kolonialbehörde« und »neoliberalen Abwicklungsanstalt«. Einigkeit besteht hingegen lagerübergreifend darin, dass die Organisation als eine Art Nebenbeziehungsweise »Wirtschaftsregierung« im Osten eine Schlüsselrolle in der heißen Frühphase des »Aufbau Ost« gespielt habe. Eine abschließende Bilanz ist schwer zu ziehen. Versucht man es dennoch, ergibt sich ein sehr durchwachsenes Bild: Knapp zwei Drittel der ursprünglichen Treuhand-Unternehmen wurden privatisiert oder reprivatisiert, ein Drittel hinge-

gen stillgelegt. Während die Treuhand in manchen Branchen, etwa dem Dienstleistungs- und Finanzbereich oder der Bauwirtschaft, relativ schnell Abnehmer fand, waren andere, oft sehr traditionsreiche Branchen wie die Textilindustrie, der Berg- oder Schwermaschinenbau von massiven Entlassungen betroffen, die die Treuhand oft selbst durchführte, um die Unternehmen überhaupt verkaufsfähig zu machen. Dabei waren im Zuge der von der Treuhand eingeleiteten, rigorosen Umbaumaßnahmen von den ursprünglich knapp vier Millionen Arbeitsplätzen am Ende nur rund eine Million erhalten geblieben. Dieser dramatische Verlust an Industriearbeitsplätzen führte nicht nur zu erheblicher Arbeitslosigkeit, sondern auch – wie noch zu zeigen sein wird – zu massiver Abwanderung von Ost nach West.[29]

Die durch den Wirtschaftsumbau dramatisch veränderte Eigentumsstruktur im Osten bleibt ein Politikum bis in die jüngste Zeit. Der Löwenanteil der neuen privaten Eigentümer – zwischen 60 und 80 Prozent – stammte aus den alten Bundesländern, zumeist Investorinnen oder Wettbewerber, die ostdeutsche Standorte übernahmen; ausländische Firmen oder ostdeutsche Interessenten kamen demgegenüber deutlich seltener zum Zug. Die neuen Eigentümer sicherten der Treuhand in oft unter großem Zeitdruck ausgehandelten Privatisierungsverträgen zumeist den Erhalt von Arbeitsplätzen und umfangreiche Investitionen zu, woraufhin diese ihnen wiederum oftmals den Kaufpreis teilweise oder völlig erließ. In vielen Fällen kamen bald auch noch öffentliche Beihilfen und staatliche Subventionen hinzu. Es war diese Praxis, die dann auch das horrende Defizit erklärte, mit der die Treuhand ihre Arbeit im Jahr 1994 beendete: Hatte man ursprünglich, im Jahr 1990, mit mehreren Hundert Milliarden D-Mark an Erlösen kalkuliert, schloss die Organisation ihre Tätigkeit mit einem spektakulären Defizit von rund 280 Milliarden D-Mark ab. Die 13 500 Privatisierungen hatten lediglich 70 Milliarden D-Mark in die Kassen gespült, während die Treuhand selbst 350 Milliarden D-Mark (für Altkredite, Umweltsanierungen oder Sozialpläne) ausgegeben hatte. Diese spektakuläre Schuldenlast wurde schließlich in den Erblastentilgungsfonds überführt.[30]

Wirtschaftsentwicklung, Abwanderung, »Kosten der Einheit«

Das im Frühjahr 1990 von vielen Menschen in Ost und West kurzfristig erhoffte »zweite deutsche Wirtschaftswunder« ist, so ist nüchtern zusammenzufassen, sicherlich ausgeblieben. Die Bilanz der ökonomischen Transformation vom »Plan« zum »Markt« erscheint nach drei Jahrzehnten überaus ambivalent: Zum einen wird sie von der erfolgreichen Modernisierung und Restrukturierung nach marktwirtschaftlichen Bedingungen sowie erheblichen Wohlstandsgewinnen bestimmt, zum anderen von massiver Deindustrialisierung, millionenfacher Arbeitslosigkeit und entvölkerten Landstrichen. Auf der Habenseite ist zweifellos eine erhebliche Steigerung des Bruttoeinkommens zu vermerken, das sich je Einwohner 2019 (mit Berlin) bei 79,1 Prozent des Bundesdurchschnitts bewegte und sich folglich seit 1991 mehr als verdoppelt hat.[31] Auch die ostdeutschen Haushaltseinkommen, die bis 1998 bereits von etwa 56 auf 80 Prozent gestiegen waren, betrugen im Jahr 2018 88,3 Prozent des Bundesdurchschnitts, wobei die gleichzeitig geringeren durchschnittlichen Lebenshaltungskosten bei der Bewertung dieser Zahlen zusätzlich Berücksichtigung finden müssen.[32] Prognostisch dürfte sich der viel diskutierte Abstand im Lebensstandard zwischen Ost und West in den kommenden Jahren weiter verringern; eine vollständige Konvergenz erscheint freilich wenig realistisch – auch weil sich gegenwärtig die Vergleichsfolien immer stärker verschieben und so auch die eingeübte Ost-West-Differenz mit Blick auf andere Konstellationen (etwa Stadt-Land-, generationelle oder Geschlechter-Gegensätze) nicht mehr als unhinterfragtes Zentralproblem erscheint.[33]

Blickt man nun auf die langfristige Entwicklung der Wirtschafts- und Unternehmensstrukturen, so scheint der »Aufbau Ost« in seiner Wirkung von drei wesentlichen Faktoren bestimmt, die nur in ihrem Zusammenwirken den besonderen Charakter des ostdeutschen Wirtschaftsumbruchs – auch im osteuropäischen Vergleich – erklären können: *erstens* die seit den 1980er Jahren zunehmend desolate Situation der Zentralplanwirt-

schaft und etlicher Betriebe; *zweitens* deren weitgehend unvorbereitete, quasi über Nacht stattfindende Konfrontation mit Weltmarkt und Wettbewerb infolge der Wirtschafts- und Währungsunion im Sommer 1990; und *drittens* die Verschärfung dieser unheilvollen Spannung aus langfristigen Defiziten und kurzfristigen Schocks durch eine in den frühen 1990er Jahren massiv beschleunigte Privatisierungspolitik. Nur im Zusammenwirken dieser lang-, mittel- und kurzfristigen Strukturen, Prozesse und Dynamiken lässt sich das Umbruchszenario in der ostdeutschen Wirtschaft differenziert analysieren und diskutieren – auch wenn dann freilich die Suche nach dem »Hauptschuldigen« für die zahlreichen Krisen und Abbrüche, wahlweise die komplett marode Planwirtschaft, die konsumverblendeten Ostdeutschen oder der neoliberale Privatisierungsfuror der Treuhand, deutlich schwerer fällt.[34]

Die Kontroverse, welche langfristigen Folgen der »Aufbau Ost« letztlich in der wirtschaftlichen Sphäre hat, erscheint noch keineswegs beendet. Erst in jüngster Zeit haben einige Ökonomen begonnen, dieses lange Zeit kaum noch beackerte Themenfeld wieder auf neue Weise zu bearbeiten.[35] Von daher lassen sich nur mit Vorsicht einige Grundtendenzen herausstellen, die gleichermaßen Licht und Schatten sichtbar werden lassen: Allein bis zum Ende der Ära Kohl im Jahr 1998 wurden im Osten Deutschlands über eine halbe Million mittelständische Unternehmen gegründet, in denen mehr als drei Million Menschen Arbeit fanden.[36] »Die Weichen für die zweite Hälfte des Weges sind gestellt«,[37] verkündete der Jahresbericht des Beauftragten für die neuen Ländern im Jahr 2001 folglich auch vorsichtig optimistisch – und verwies auf das Entstehen einer modernen Wirtschaftsstruktur sowie große Anpassungsleistungen, wobei existierende Produktivitätsrückstände auf strukturelle Unterschiede zurückzuführen seien.

Gerade die ostdeutsche Automobilindustrie hatte sich zu diesem Zeitpunkt zu einem wahren Konjunkturmotor und einer der wichtigsten Arbeitgeberinnen in den neuen Bundesländern entwickelt, bei der circa 100 000 Menschen Arbeit fanden. Die Region Leipzig/Halle als Standort für das neue BMW-Werk, die Werke der VW Sachsen GmbH in Zwickau und Chemnitz, die »Gläserne Manufaktur« (ebenfalls VW) in Dresden, das neu errichtete Opel-Werk in Eisenach oder Porsche in Leipzig – all dies sind neben anderen Vorzeigeprojekten etwa im Maschinenbau oder in der Solar- oder Halbleitertechnologie wichtige Wachstumszentren, die sich seit 1990 entwickelt haben, dadurch aber auch den schon früh geäußerten Vorwurf, der Osten sei lediglich eine »verlängerte Werkbank« des Westens, begründen. Ebenso wurden Stimmen laut, Ostdeutschland könne ein

Gebiet werden, das von dauerhafter Alimentierung und einer zunehmend fragmentierten Gesellschaft sowie weitgehender Deregulierung und Flexibilisierung geprägt sei, eine »Pionierregion neoliberaler Deregulierung«.[38] Damit rückten nicht nur Ost-West-Produktivitätslücken und -gefälle beim verfügbaren Einkommen in den Blick, sondern auch der Umstand, dass die Konzernzentralen der meisten größeren deutschen Unternehmen ihren Sitz nach wie vor in Westdeutschland hatten und haben.

Auf der Schattenseite der alles in allem als positiv zu bewertenden Entwicklung steht die im Vergleich zu anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks »radikalste Schocktherapie«,[39] wie Philipp Ther urteilte. Dieser quasirevolutionäre Eingriff in die ostdeutschen Wirtschafts-, Unternehmens- und auch Eigentumsstrukturen mündete alsbald in einen beispiellosen Umbruch der industriell dominierten DDR-Wirtschaft und den Niedergang ganzer Wirtschaftszweige und zahlreicher Betriebe. Im Gegensatz zu Westdeutschland, das seit den 1960er Jahren ebenfalls einen umfassenden (Struktur-)Wandel von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsgesellschaft durchlaufen hatte, ereigneten sich die strukturellen Umstellungen nicht über mehrere Jahrzehnte, kontinuierlich und allmählich, sondern mit Wucht und äußerst kurzfristig. Der trotz aller massiven Krisen und Kritik in den frühen 1990er Jahren gestartete Aufhol- und Angleichungsprozess war spätestens ab Mitte des Jahrzehnts zum Erliegen gekommen, als das Wirtschaftswachstum im Osten spürbar nachließ. Die Folge war nicht nur die Verlangsamung der von vielen erhofften Angleichung, sondern der Abstand schien sich in manchen Feldern sogar wieder zu vergrößern.[40] Eine Folge dessen war die Abwanderung Hunderttausender hoch motivierter und leistungsbereiter junger Menschen in den Westen, weil der ostdeutsche Arbeitsmarkt diese schlicht nicht mehr aufnehmen konnte – was wiederum, wie in Kapitel 2 geschildert wird, negative Auswirkungen auf die verbliebene Bevölkerung hatte.

Im Osten war somit eine eigene Unternehmenslandschaft entstanden, die von kleineren und mittleren Betrieben einerseits sowie »verlängerten Werkbänken« größerer westdeutscher wie internationaler Unternehmen andererseits bestimmt wurde. Dabei scheinen in der Gegenwart spektakuläre Ansiedlungen wie jüngst die »Giga-Factory« des US-Automobilkonzerns Tesla in Brandenburg diese Entwicklung weiter fortzuschreiben. Ein lange Zeit von Politikern und Ökonominnen durchaus erhoffter »selbsttragender« Aufschwung oder gar eine mittelständische Wirtschafts- und Eigentumsstruktur, vergleichbar etwa mit Baden-Württemberg, hat sich in den vergangenen drei Jahrzehnten letztlich nicht entfaltet. Diese widersprüchlichen Entwicklungen wurden bereits in den 1990er Jahren von ver-

schiedenen Beobachtern diagnostiziert, die unterschiedliche Lösungen für die deutlich hervortretenden Schieflagen vorschlugen: Zu nennen wäre das Plädoyer für einen »eigenen Weg« des Ostens, nicht nur, weil eine pure »Aufholjagd« schwer zu realisieren sei, sondern sich die damit verbundenen Kosten auch zu horrenden Summen addieren würden. Im Grunde hatte man im Verlauf des »Aufbau Ost« das vollständige Instrumentarium des gängigen wirtschaftspolitischen Arsenals erprobt: In den frühen 1990er Jahren hatte ein (allerdings nur scheinbar) zurückhaltender Staat auf freie Marktkräfte und private Eigendynamiken gesetzt; seit Mitte der 1990er Jahre hingegen traten stärker durch Subventionen, Beihilfen und Programme lenkende staatliche Akteure (hier vor allem die neuen Länder) auf den Plan. Drei Jahrzehnte später zeichnet sich mit Blick auf den »Aufbau Ost« jedoch ab, dass weder eine umfassende staatliche Förder-, Struktur- und Industriepolitik noch ein weitgehender Verzicht auf staatliche Interventions- und Gestaltungsoptionen zugunsten freier Marktdynamiken allein nachhaltigen Einfluss auf derlei langfristige soziale, strukturelle, technologische oder globale Trends nehmen kann; die (national-)staatlichen Handlungsspielräume und Möglichkeiten gegenüber gesellschaftlichen Prozessen oder ökonomischen Dynamiken dürfen also letztlich nicht überschätzt werden.

Letztlich verband sich mit dieser ernüchternden Einsicht eine Relativierung des Angleichungsziels sowie eine dynamische Anpassung an genuin ostdeutsche Entwicklungspotenziale.[41] Folglich wurde in den Jahren nach der Jahrtausendwende die »Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse« betont – eine Aufweichung des ursprünglichen, bis 1994 geltenden Konvergenzziels der »Einheitlichkeit«, das nun offener für Interpretationen und auch Abweichungen war. Der brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) äußerte seinerzeit dezidiert und sicherlich auch, um eine Anpassung der Erwartungshaltungen zu erreichen, »gleichwertig ist nicht gleich«,[42] während der damalige Bundespräsident Horst Köhler (CDU), der schon 1990 als einer der zentralen Akteure hinter der Währungsunion im Bundesfinanzministerium mitgewirkt hatte, 2004 auf die Normalität von Unterschieden hinwies und mit Blick auf die wirtschaftlichen Entwicklungen warnte, eine übertriebene Einebnung bestehender Unterschiede könne die Entstehung eines dauerhaften »Subventionsstaates« begünstigen.[43]

Zahlreiche Kritikerinnen werteten dies als Bestätigung ihrer Position. Bereits Mitte der 1990er Jahre waren zunehmend skeptischer werdende Stimmen am Vereinigungsprozess zu vernehmen gewesen, die sich allerdings nicht nur auf die wirtschaftliche Transformation bezogen. Zu

nennen wäre etwa die »Erfurter Erklärung« von 1997, vorgetragen von ost- wie westdeutsch sozialisierten Personen des öffentlichen Lebens, vorwiegend Gewerkschafter, Intellektuelle, Politikerinnen und Kulturschaffende, die die Überlegenheit des Westens infrage stellten. Recht ähnlich, allerdings deutlich radikaler, kursierte in den resignativen Einheitserzählungen seit den frühen 1990er Jahren die kritische These einer »Kolonialisierung« des Ostens durch den Westen. Die zugespitzt wie provokant artikulierte Grundsatzkritik, die insbesondere von PDS-nahen Zeitgenossen vertreten wurde, hob auf die vermeintliche materielle und symbolische »Enteignung« der Ostdeutschen durch die Treuhand sowie den »zweitklassigen« Status Ostdeutschlands ab, betonte Fehlentwicklungen und Fehlentscheidungen, die vor dem Hintergrund westdeutscher Dominanzinteressen teilweise bewusst herbeigeführt worden seien und am Ende einen dreifachen – politisch, ökonomisch und kulturell zu verortenden – strukturellen Kolonialismus (und auch: Kapitalismus) nach sich gezogen hätten.[44]

Wenig später, im Jahr 2001, stellte der damalige SPD-Bundestagspräsident Wolfgang Thierse zwar »Ostdeutschland als europäische Verbindungsregion« und Europa in toto als künftige Entwicklungschance für Ostdeutschland heraus,[45] doch geschah dies in erster Linie als Reaktion auf die Kritik an seinen zuvor formulierten, aufsehenerregenden Thesen: Nach Auffassung des SPD-Politikers und ehemaligen Bürgerrechtlers stand Ostdeutschland in jenen Jahren mit Blick auf mangelnde Produktivität, dauerhafte Jugendarbeitslosigkeit und die weitgehende konjunkturelle Abkoppelung »auf der Kippe«.[46] Dass diese leidenschaftliche Warnung vor fortschreitender Verdrossenheit und Radikalisierung von einigen als Dramatisierung und Undankbarkeit gewertet wurde, belegt die von normativen Werturteilen geprägte Empfindsamkeit, mit der der »Aufbau Ost« gedeutet wurde.

Thierses ambivalente Zwischenbilanz des »Aufbau Ost« kam nicht von ungefähr. Nach der Jahrtausendwende wurde mehr und mehr deutlich, dass die hochfliegenden ökonomischen Blüten- und Wachstumsträume des Jahres 1990 sich auch langfristig nicht erfüllen würden. Umso schärfer wurde dann der Kontrast, der sich infolge der Trägheit gigantischer Bau- und Investitionsvorhaben einstellte: Als in den 2000er und 2010er Jahren die zahlreichen Bauprojekte zur »Deutschen Einheit« – Autobahnen, Tunnel, Umgehungsstraßen und Schnellstrecken – eingeweiht wurden, war von nationalem Triumphalismus keine Spur. Es schien eher eine gewisse Verzagtheit und Ratlosigkeit zu herrschen, da diese neuen, in der Hektik der frühen 1990er Jahre unter dem Eindruck des ökonomischen Umbruchs

im Osten auf den Weg gebrachten Infrastrukturen nun sozial wie ökonomisch zerklüftete Landschaften durchzogen – und vielfach distanzierend oder schlichtweg überdimensioniert wirkten. Distanzierend, weil die neuen Autobahnen oder ICE-Hochgeschwindigkeitstrassen den Reisenden eine schnelle wie kontaktarme Durchquerung der Gebiete ermöglichen – wie auf der allseits bekannten »Rennstrecke« zwischen Hannover und Berlin, bei der der ICE zwar in aller Regel in Wolfsburg, aber nicht in Magdeburg stoppt; überdimensioniert, weil sie oft für Regionen und Gemeinschaften geplant worden waren, die in den vergangenen drei Jahrzehnten mittlerweile ein Drittel ihrer Bewohnerinnen und Bewohner eingebüßt hatten.

Die immensen finanziellen Aufwendungen erschienen bereits zeitgenössisch als ein veritables Politikum, das unter dem Schlagwort »Kosten der Einheit« die vielfältigen, allen voran aber monetären Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem »Aufbau Ost« betonte und den Diskurs um das Gelingen der Einheit maßgeblich mitgeprägt hat (und dies bis heute noch immer tut). Schätzungen diesbezüglich fallen sehr unterschiedlich aus und bewegen sich zwischen 1,2 Billionen bis 2 Billionen Euro inklusive Sozialtransfers.[47] Vergessen wird bei solchen Berechnungen freilich, dass diese Beträge durch Pendlerinnen und Übersiedler und die durch diese generierten Mehreinnahmen an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen mehr als kompensiert werden konnten, wenngleich Kalkulationen hierzu ebenso unsicher sind.[48] Unabhängig von den Zahlen: Den größten Teil der Transferzahlungen in den Osten stellten Subventionen und Sozialleistungen dar, insbesondere (etwa zu knapp zwei Dritteln) für die Finanzierung von Renten- und Arbeitslosenversicherung. Diese Transfers schränkten dann den Spielraum für Investitionen und einen selbsttragenden Aufschwung deutlich ein – nur etwa ein Fünftel der Bruttotransferleistungen entfiel auf Maßnahmen der Wirtschaftsförderung und des Aufbaus der Infrastruktur.[49]

Die aus diesen Maßnahmen resultierenden Ausgaben erklären den Anstieg der Staatsquote auf über 50 Prozent bis Mitte der 1990er Jahre, nachdem diese 1989 noch auf knapp 46 Prozent gefallen war. Erst 2008 sollte wieder das Niveau von 1990 erreicht werden.[50] Als Ergebnis stiegen die Staatsschulden zwischen 1990 und 1996 von einer Billion auf gut zwei Billionen Euro. Aufgrund ungenauer Prognosen und ständiger Nachbesserungen der geschnürten Pakete erhöhte sich der Finanzierungsbedarf stetig, was durch Neuverschuldung und eine Erhöhung der Sozialbeiträge aufgefangen werden sollten. Entgegen dem erklärten Anspruch von Kohl, Waigel und dem damaligen FDP-Bundesvorsitzenden Otto Graf Lambsdorff im Sommer 1990, die deutsche Einheit ohne Steuererhöhun-

gen stemmen zu können, wurden bereits zum 1. April desselben Jahres die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 2,5 Prozent erhöht; hinzu kam die Erhebung des Solidaritätszuschlags ein Jahr später, die Erhöhung der Mineralöl- und Versicherungssteuer, später auch der Tabak- (1992), Mehrwert- (1993) und abermals der Mineralölsteuer (1994) – allesamt Maßnahmen, die der Bundesregierung später den Vorwurf der »Steuerlüge« einbringen sollten.

Eliten- und Institutionentransfer: Praxis und Kritik

Bislang haben wir den »Aufbau Ost« im engeren Sinne als (versuchten) ökonomischen Umbau des Ostens nach westdeutschem Muster beschrieben. Diese Umbaumaßnahmen reagierten, wie gezeigt, auf den enormen Erwartungseinbruch der frühen 1990er Jahre, als die anfangs noch aus einem Mangel an Alternativen gehegten »Wirtschaftswunder«-Hoffnungen rasch zerstoben. Damit aufs Engste verschränkt war freilich die Politik, die den ökonomischen wie auch gesellschaftlichen und kulturellen Umbruch nach 1990 auf den verschiedenen Ebenen – im Bund, in den Ländern, aber auch in den Kommunen – im Wesentlichen zu gestalten hatte. Auch diese Vorgänge sollen hier als politischer Teil des »Aufbau Ost« verstanden werden; inhärenter Bestandteil dessen war die externe Steuerung des »Elitentransfers« und die weitgehende Übertragung des fertigen bundesdeutschen Institutionensets.

Eine wichtige symbolische Funktion erfüllte die Institution der Verfassung, im Fall der Bundesrepublik das Grundgesetz. Deren symbolpolitische Aufladung manifestierte sich in der deutsch-deutsch geführten Verfassungsdiskussion in der ersten Jahreshälfte 1990, die sicherlich mehr als nur eine Randnotiz des »Aufbau Ost« war. Denn mit der Verfassungsfrage verband sich nicht weniger als die Frage nach dem Charakter der im Frühjahr 1990 mit Volldampf angesteuerten Einheit: Sollte diese als Beitritt des Ostens zum Westen oder aber als Zusammenkommen von Ost und West gestaltet werden? In einem (recht kurzen) ost- wie westdeutschen Suchprozess ging es konkret darum, ob nach Artikel 146 des Grundgesetzes eine neue, erweiterte Verfassung vom Parlament verabschiedet werden oder ein schlichter Beitritt zum bestehenden Grundgesetz nach Artikel 23 erfolgen sollte. Letztendlich entschieden sich die politisch Verantwortlichen pragmatisch für die schnellere und unkomplizierter scheinende Lösung eines Beitritts – ungeachtet der etwaigen Hemmnisse bei der Entstehung eines gemeinsamen Selbstverständnisses und eines identitätsstiftenden Moments,

der einer aktualisierten und fortentwickelten Verfassung möglicherweise innegewohnt hätte.[51]

Doch nicht nur in Bezug auf Fragen institutioneller Umbrüche (Ost) beziehungsweise Kontinuitäten (West) wurde intensiv verhandelt, sondern auch – wenn nicht: allen voran – im Personellen. Der rasche Abtritt der alten politischen Eliten des SED-Regimes und die ebenso zügige Übertragung des westdeutschen Modells nach Osten erzeugte eine kräftige Sogwirkung von West nach Ost: Es brauchte schlichtweg erfahrenes Personal, das den raschen Aufbau der neuen Strukturen in Politik und Verwaltung im Osten in Angriff nehmen konnte. Der personelle Rückgriff auf westdeutsche Expertinnen und Beamte als »Elitentransfer« von West nach Ost beim Neuaufbau der ostdeutschen Institutionenstruktur erscheint zweifellos als ein Alleinstellungsmerkmal im mittelosteuropäischen Vergleich. Dieser damals wie heute viel diskutierte Personalimport beförderte eine strukturell bedingte Ungleichheit, denn die Präsenz dieser westdeutschen Eliten und Fachleute löste vielerorts Unbehagen und den Eindruck einer Fremdbestimmung aus – ein Gefühl, das bis in die Gegenwart nachzuhallen scheint und 2019 zu einer strohfeuerartigen Debatte um die Einführung einer »Ostquote« geführt hat.[52] Auch die optimistische Annahme einiger Sozialwissenschaftlerinnen, ein vom Westen Deutschlands ausgehender und moderierter Institutionentransfer und die daraus resultierende ostdeutsche Anpassung an institutionelle Vorgaben führe zu einer nachgelagerten Mentalitätsangleichung, ja zu einer »Verwestlichung« des Ostens,[53] hat sich wohl nur in Teilen bewahrheitet. Denn neben einer institutionellen und mentalen Neuorientierung lassen sich doch intensive, konfliktträchtige wie eigen-sinnige Umlern-, Abwehr- und Anpassungsprozesse als Folge jener oft asymmetrischen Grundkonstellationen ausmachen.

Exemplarisch lässt sich dieser Umstand gut an der Sozialfigur des »Aufbauhelfers« zeigen: Der in Artikel 15 des Einigungsvertrages formulierte Neologismus »Verwaltungshilfe« bezeichnete wie auch der davon abgeleitete Begriff des »Aufbauhelfers« ein spezifisches Phänomen der innerdeutschen Kultur-, Institutionen- und Verwaltungsgeschichte der frühen 1990er Jahre. Darunter ist die Unterstützung bei der Bildung einer leistungsfähigen ostdeutschen Justiz und Rechtsprechung sowie der Landes- und Kommunalverwaltungen durch materielle Hilfen, Fortbildung sowie die befristete Entsendung von Personal und Expertise aus dem Westen Deutschlands zu verstehen. Diese Vorgänge der Angleichung und Anpassung an überaus komplexe Verwaltungsstrukturen wurden als »Nachbau West« beschrieben, denn als solcher war die Überführung westdeutscher Verwaltungsstandards, Regeln, Erfahrungen und verwaltungskulturel-

ler Traditionen unzweifelhaft angelegt. Durchaus vergleichbar mit den wirtschaftlichen Wunderambitionen verband sich hiermit das Ziel, in den neuen Ländern und Kommunen eine effektive Verwaltung innerhalb kürzester Zeit aufzubauen, wobei sich Rechtsvereinheitlichung und Verwaltungsreform in der Praxis schon sehr rasch als »Herkules-Aufgabe« entpuppen sollten. Bereits frühzeitig hatte die Frage einiger Kritiker im Raum gestanden, ob ein bestehendes System als Vorbild taugen könne, das durchaus eigene Schwächen habe und nun ohne jede Veränderung ruckartig auf eine Gesellschaft im Umbruch übertragen werden solle.[54] Folglich war das Vorhaben von vielfältigen Spannungs- und Konfliktlinien durchzogen und barg sodann Eskalationspotenzial, insbesondere mit Blick auf die kulturell-mentalen Angleichungen und auf das alltägliche Agieren der in den Institutionen wirkenden Menschen selbst.

Die Herausforderung nach dem Mauerfall bestand zunächst darin, den zentralistischen Verwaltungsaufbau des SED-Regimes mit seinen zahlreichen Ministerien und Bezirken in der ehemaligen DDR aufzubrechen – ein Prozess, der mit dem von der Volkskammer verabschiedeten Gesetz über die Selbstverwaltung der Gemeinden und Landkreise in der DDR am 17. Mai 1990 eingeleitet wurde. Bereits im Sommer 1990 wurden erste informelle, teilweise regelrecht improvisierte Partnerschaften zwischen verschiedenen Bundesländern geschlossen. Dabei übernahmen die westlichen Länder für die östlichen eine Art Patenschaft, etwa Niedersachen für Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen für Brandenburg oder Baden-Württemberg und Bayern für Sachsen. Als Ergebnis entstanden im Herbst 1990 Abkommen zwischen den jeweiligen Landesregierungen, die eine umfassende Zusammenarbeit, eine umfangreiche Verwaltungshilfe durch vorübergehende Personalbereitstellung sowie die Übernahme der dadurch entstehenden Kosten (Fortbildungen, Personal-, Sach- und Finanzhilfen) vorsahen. 1992 befanden sich über diese Schiene 24000 Verwaltungsmitarbeiterinnen aus den alten in den neuen Bundesländern, was einen Höchststand markierte. Diese Menschen mussten ihre Expertise in ein höchst dynamisches und daher oft schwer überschaubares Umfeld einbringen, wobei insbesondere die Kurzfristigkeit der Aufgaben kaum zu unterschätzen ist: Die verwaltungstechnische Modernisierung und die Übertragung des komplizierten Rechts- und Verwaltungssystems der »alten« Bundesrepublik vollzog sich »in einem verwaltungshistorisch beispiellosen Zeitraffer«.[55]

Eine vordergründige Aufgabe war hierbei die Entlassung eines großen Teils der vormaligen Führungskräfte, die politisch-ideologisch nicht länger tragbar erschienen. Die personelle Auslese begann bereits im Herbst 1989 in Diskussionen um SED-Mitgliedschaft und Stasi-Mitarbeit, die sich kei-

neswegs in Ost-West-Fronstellungen erschöpften, da der Druck zur Ablösung alter »Bonzen« oftmals auch von Ostdeutschen, etwa aus früheren Oppositionskreisen, selbst ausging. Darüber hinaus war die öffentliche Verwaltung der DDR ohnehin personell stark aufgebläht, besonders im staatlichen Sozial-, Jugend- und Kulturbereich. Parallel zu den Massenentlassungen in den Betrieben im Frühjahr 1991 sorgten auch im öffentlichen Sektor Ankündigungen des Abbaus mehrerer Tausend Stellen pro Bundesland für Lähmung, Arbeitsplatzängste, Unsicherheit und Unruhe unter den Beschäftigten.[56] Besonders deutlich zeigten sich die personalstrukturellen Umbrüche anhand der Ablösung kommunaler Führungskräfte: Etwa drei Viertel der neuen (Ober-)Bürgermeisterinnen und Landräte sowie die Hälfte der Beigeordneten und Dezernentinnen nach 1990 waren neue Amtsinhaber. Unter ihnen waren viele Seiten- und Quereinsteigerinnen, die zumeist aus verwaltungsfernen Bereichen kamen. Die Gesamtzahl der Kommunalbediensteten wurde allein zwischen 1991 und 1995 um ein Drittel von 662 000 auf 438 000 reduziert.[57]

Reformbedürftig waren ebenfalls die im weitgehend überdehnten DDR-Staat verschachtelten Verwaltungsstrukturen als solche. Die daher bald erforderliche Gebietsreform – ein Prozess, der sich im Westen der Republik in den 1960er und 1970er Jahren langfristig und alles andere als reibungslos vollzogen hatte – gestaltete sich kaum minder konfliktbehaftet. 95 Prozent der 7 500 Gemeinden Ostdeutschlands galten nach Meinung westdeutscher Experten Anfang der 1990er Jahre als zu klein; 1992 wurden 3 580 ostdeutsche Kommunen mit weniger als 500 Einwohnerinnen gezählt, 87 Prozent mit weniger als 2 000 Einwohner.[58] Große räumliche Entfernungen und eine geringe Einwohnerdichte stellten besonders in vielen ländlichen Teilen Brandenburgs, Mecklenburg-Vorpommerns oder auch im nördlichen Sachsen-Anhalt eine bedeutsame kommunalpolitische Herausforderung dar; schon bald war unverkennbar, dass die neuen Länder letztlich ein eigenes Modell zum verwaltungsmäßigen »Aufbau Ost« benötigen würden, was sich etwa anhand der 1993/94 begonnenen Kreisgebietsreformen unter dem Schlagwort »Neues Steuerungsmodell« manifestierte. Im Ergebnis dieser und weiterer Reformen erfolgte eine Verringerung der Gemeinden, etwa in Sachsen-Anhalt zwischen 1990 und 2017 um 84 Prozent, bei Kreisen im selben Zeitraum in Mecklenburg-Vorpommern um 80 und in Sachsen um 79 Prozent.[59]

Der »Aufbau Ost« auf Ebene des Staates und der Verwaltungen kam damit vielmehr einem »Abbau« der Rest-DDR-Staatlichkeit gleich, der jedoch nun unter den ostwärts übertragenen bundesdeutschen Spielregeln von Föderalismus und kommunaler Selbstverwaltung erfolgen musste. Die nach 1990

rasch vorgenommenen Einschnitte geschahen dabei vor dem Hintergrund einer strukturellen Asymmetrie, die sich aus der Dominanz der Westberater ergab, die ihrerseits oftmals das individuelle »Schockerlebnis« eines fremden Systems konkret zu verarbeiten hatten.[60] Auch wenn damit nicht die Verantwortungs- und Einsatzbereitschaft vieler Expertinnen in Abrede gestellt werden darf, führten bisweilen situative Überlegenheitsgefühle, Abenteuerlust, unterschiedliche Kommunikationsformen sowie eine tendenziell geringe Veränderungsbereitschaft mitsamt eklatanter Unkenntnis – wie das von einem Verwaltungswissenschaftler 1991 diagnostizierte »Fehlen einer Minimalvorstellung von dem Leben in der ehemaligen DDR«[61] – nicht selten zu alltäglichen Auseinandersetzungen mit den ostdeutschen Mitarbeitern vor Ort. Die neuen »Bosse« aus dem Westen hatte man anfangs nicht selten euphorisch als regelrechte »Heilsbringer« begrüßt; erst deren »Entzauberung« in den späteren Krisen- und Umbruchskonstellationen ließ derlei Wahrnehmung häufig ins Gegenteil umschlagen.

Infolge dieser von vielen Irritationen begleiteten Gegensätze machte schon bald das Wort vom »Besser-Wessi« als Beleg für antiwestdeutsche Ressentiments im Osten die Runde. Diese polemische Interpretation war auf der einen Seite Nebenprodukt der teils erheblichen Divergenzen im Bereich der Verwaltungskultur, unterschiedlicher Handlungs- und Deutungskonventionen sowie Werthaltungen, auf der anderen Seite aber wohl auch dem persönlichen Führungsstil der Einzelnen und deren Fähigkeiten zum Einfühlungsvermögen geschuldet. Eine Bewertung der damaligen, sich tausendfach abspielenden Begegnungen und Kontakte auf den Ämtern muss freilich individuell differenzieren und die vielen als positiv empfundenen Beispiele der Arbeits-, Leistungs- und Lernfähigkeit ebenso im Blick haben wie spezifisch lokale Ausformungen und institutionelle Eigenentwicklungen. Allein die Erfahrungen, Erwartungen und Motivlagen der im Osten helfenden Westbürgerinnen waren höchst individuell und unterschiedlich, bei den einen geprägt von Neugier, bei anderen bestimmt von finanziellen Beweggründen, einer biografisch-emotionalen Verbundenheit mit der Einsatzregion, reinem Karrierismus oder dem Wunsch, zupackend Ordnung in die östliche »Verwaltungswildnis« bringen zu wollen. Vielfältige Enttäuschungen im Verwaltungsalltag, etwa angesichts bestehender Mängel an Rechtskenntnissen oder fehlerhafter Anwendung verwaltungsprofessioneller Verfahren und Routinen, erklärten sich die einen eher mit dem Erbe der Diktatur und diagnostizierten eine »Jammermentalität«, während sich andere bald sozial isoliert fühlten.[62]

Eine ähnlich ambivalente Gemengelage ergab sich für die Ostmitarbeiterinnen, die sich etwa bei mangelndem Fingerspitzengefühl oder erfah-

rener Geringschätzung eigener Lebenswege vor den Kopf gestoßen fühlten. So manifestierte sich auf beiden Seiten recht bald ein »Beraterschock« (Oliver Scheytt), ja ein regelrechter »Verwaltungskulturschock«, bei dem sich professionelle und identitätsbezogene Aspekte aufs Engste miteinander verschränkten.[63] Die auch anderswo, etwa im Feld der Wirtschaft, festzustellende Ungeduld, die sich nach der anfänglichen Einheitseuphorie immer mehr breitmachte, war ebenso und besonders im Verwaltungsalltag zu spüren. Trotz aller erfolgreich entstandenen Kooperationen und Übertragungen: Im Rückblick bleibt bei vielen zeitgenössischen Beobachtern der Eindruck eines überaus hektischen Verwaltungsaufbaus nach westdeutschem Muster.[64] Aus den technischen, kommunikativen und sonstigen Verständigungsschwierigkeiten und Verstimmungen ergaben sich wirkmächtige kulturelle Akzeptanzprobleme,[65] die bestehende Vorurteile bestätigen oder gar verstärken konnten: Gegenseitige abwertende Zuschreibungen – arrogant, überheblich, formalistisch und überbürokratisch die Führungskraft West, konfliktscheu, entschlussschwach und unselbstständig die untergeordneten Ostdeutschen – waren Blaupausen für ähnlich ablaufende wechselseitige Wahrnehmungen auf anderen gesellschaftlichen Ebenen beziehungsweise in medialen Räumen, die eine offene Begegnung zwischen West und Ost eher blockierten als beförderten.

Das Beispiel der Verwaltungsmodernisierung im Zuge des politisch-administrativen »Aufbau Ost« weist zwar einige Besonderheiten auf, hat allerdings auch viele strukturelle Ähnlichkeiten mit anderen Feldern, auf denen nach 1990 ein schneller und umfassender Institutionen- und Elitentransfer erfolgt ist: eine zunächst ausgebliebene Reform des (alt)bundesdeutschen Systems und – wiederum im Lichte von Zeit- und Handlungsdruck – die weitgehend kritiklose Übertragung des (vermeintlich) Bewährten. Ablesbar ist dies etwa im Bildungs- und Schulwesen: Im Frühjahr 1990 wurde im Auftrag der Volkskammer die Gemeinsame Bildungskommission eingerichtet und mit der Aufgabe der Umgestaltung des Bildungssystems der DDR betraut. Der rasche Umbau der sogenannten Polytechnischen Oberschulen und die damit verbundenen Anpassungen wurden auch hier durch Patenschaften mit westlichen Bundesländern erleichtert, etwa zwischen Brandenburg und Nordrhein-Westfalen – Kooperationen und Transfers, die bis heute folgenreich sind: Ist in manchen neuen Bundesländern wie eben Brandenburg ein System von Gesamtschulen etabliert worden, erfolgte etwa für Sachsen oder Thüringen nach süddeutschem Vorbild eine Überführung in ein dreigliedriges Bildungssystem. Auch die Anzahl der Schuljahre bis zum Abitur ist bis heute weder innerhalb der westlichen und östlichen Bundesländer noch zwischen ihnen einheitlich geregelt.[66]

Ein weiterer institutioneller Umbruch lässt sich anhand des Personalwechsels auf Hochschulebene nachzeichnen, wobei hier ostdeutsche Akteure noch viel weniger in Erscheinung traten und am Ende eine frappierende wie letztlich auch dauerhafte Repräsentationslücke entstehen sollte: Während an ostdeutschen Schulen aus ganz pragmatischen Gründen ab 1990 ein Wechsel im Lehrpersonal von lediglich zwischen 16 und 21 Prozent erfolgte, wurden an Universitäten über 80 Prozent des Personals ausgetauscht. Vor allem der akademische Mittelbau wurde im Zuge des im Juli 1991 in den neuen Ländern verabschiedeten Hochschulerneuerungsgesetzes buchstäblich »abgewickelt«. Zudem lagen die Quoten von Neuberufungen in den ideologienahen Fächern wie den Sozial- und Erziehungswissenschaften, Jura, Philosophie und Geschichte mit Professoren aus Westdeutschland 1994 bei über 90 Prozent – wenn auch nicht überall: Vielmehr lässt sich ein nach Bundesländern und Fächern ziemlich bunter Flickenteppich ausmachen, der sich an der Kulturhoheit der Länder sowie regionalpolitischen oder auch lokalen Interessen ausrichtete. Im Ergebnis dieser massiven Umstrukturierungen kam es zu einer Abnahme der Sozial- und relativen Zunahme der Naturwissenschaften und Medizin.

In der Hochschullandschaft erscheint der »Aufbau Ost« von daher als eine relativ umfassende »Abwicklung« – so der zeitgenössische Terminus für die Auflösung der überkommenen Strukturen – eines DDR-Hochschulsystems, das stärker als im Westen zwischen Lehr- und Forschungsbetrieb differenziert und mit einigen »bürgerlichen« Traditionen gebrochen hatte. Hier entsprach die nach 1990 geäußerte Emphase zur Rückkehr des Humboldt'schen Bildungsideals in etwa den von Liberalen oder Konservativen gehegten »Wirtschaftswunder«-Hoffnungen. Für viele westdeutsche Nachwuchswissenschaftlerinnen in der Warteschleife eröffnete sich mit dem »Aufbau Ost« zugleich über Nacht ein völlig neuer Arbeits- und Stellenmarkt – auch dies eine neuartige Konkurrenzkonstellation, bei der die westdeutschen Wettbewerber mit besseren Startbedingungen und in Kenntnis der neuen (alten) Regeln oftmals als Gewinner hervorgingen. Parallel dazu bestanden und bestehen – indes weitgehend desintegrierte – Netzwerke und Vereine ostdeutscher Forscherinnen und Forscher, die ihre akademische Ausbildung in der DDR erfahren hatten, die aber von den wissenschaftlich-universitär Etablierten mehr oder weniger ignoriert werden oder sich selbst hiervon bewusst distanzieren.[67]

Von den 1989 in der DDR-Wissenschaft und Forschung tätigen Menschen (etwa 140 000) wurden allein bis 1993 fast drei Viertel entlassen. Das dadurch entstandene »Elitenvakuum« wurde, wie angedeutet, durch einen »Eliten-

import« aus dem Westen kompensiert.[68] Die langfristigen Folgewirkungen dieses personalpolitischen Austauschs sind kaum zu unterschätzen: Bei bestimmten Fächern, etwa den Sozialwissenschaften, wurden so strukturelle Machtasymmetrien inklusive westdeutscher Deutungshoheiten zementiert. Rückblickend nach Alternativen zu dieser Personalpolitik zu fragen, scheint zwar einigermaßen müßig – bemerkenswert ist jedoch ein Blick auf aktuelle Reformentwicklungen: Bestimmte Elemente wie intensive fachliche Betreuung und Lernen in kleinen Gruppen, Praxissemester und Sprecherziehung in den Lehramtsstudiengängen oder hochschulpädagogische Qualifizierungen gab es bereits vor 1989/90, und zwar in der DDR.[69]

Eine massive westdeutsche »Überschichtung« wie auf dem Feld der Wissenschafts- und Bildungspolitik war auch für den Bereich der Zeitungen und Zeitschriften, Rundfunk- und Fernsehanstalten zu verzeichnen – was wiederum die bald verbreitete Skepsis vieler Ostdeutscher gegenüber diesen etablierten massenmedialen Formaten »aus dem Westen« erklärte. Ende der 1990er Jahre gab es in den auflagenstarken ostdeutschen Tageszeitungen im Zuge der Übernahme großer westdeutscher Verlagsgruppen nicht nur, aber vor allem gebürtige Westdeutsche als Chefredakteure oder Herausgeber: etwa Christoph Hamm (*Schweriner Volkszeitung*), Dieter Soika (*Freie Presse*, Chemnitz), Alexander Gauland (*Märkische Allgemeine*, Potsdam) und Paul-Josef Raue (*Volksstimme*, Magdeburg). Diese Dominanz begann sich erst langsam im seit den 2010er Jahren erfolgenden Generationenwechsel aufzulösen. Ähnliche Konstellationen ließen sich auch für weitere Meinungsbildnerinnen und »Kulturschaffende« herausarbeiten – etwa Museumsdirektoren oder Theaterintendantinnen, denen eine oftmals entscheidende Rolle bei der kulturellen Reflexion, Ausdeutung und Einordnung der sich vollziehenden Umbrüche vor Ort zukam.

Während das West-Ost-Verhältnis bei Politikern auf Landes- und Bundesebene heute weniger unausgewogen ist, erscheinen die Aufstiegsmöglichkeiten für Ostdeutsche in zahlreichen weiteren Bereichen nach wie vor blockiert: bei Rektorinnen und, wie beschrieben, Wissenschaftlern (abhängig von den Disziplinen), bei Staatssekretärinnen (wenn auch zumindest im Osten mit entgegengesetzter Tendenz), bei den höchsten Militärdienstgraden (im Gegensatz zu den mittleren und insbesondere unteren Mannschaftsgraden), auf Botschafterebene oder im Bereich des Topmanagements. Zudem gab es Anfang 2019 kein einziges Oberlandes-, Finanz-, Landesarbeits-, Oberverwaltungs- oder Landessozialgericht im Osten Deutschlands, dessen Präsidentin oder Präsident aus Ostdeutschland stammte. In vielen Bereichen hat es seit Mitte der 1990er Jahre keine signifikante Erhöhung des Anteils von Ostdeutschen gegeben, wobei diese

Repräsentationsdefizite teils auf die Konservierung von Machtpositionen, eine strukturelle Majorisierung wie auch eine kulturelle Selbstmarginalisierung Ostdeutscher zurückzuführen sind, jeweils flankiert von medialen »Verlierer«-Diskursen, die bestehende Unterschiede reproduzieren.[70] Ob sich derlei Ungleichgewichte, die sich aus dem spezifischen, auch personalpolitischen Modus des »Aufbau Ost« erklären lassen, im generationellen Wandel und bei zunehmenden ost-west-identitären Verwischungen letztlich abschleifen werden, wird sich wohl erst in einigen Jahrzehnten seriös beurteilen lassen.

Wie der wirtschaftliche Umbruch barg auch der Eliten- und Institutionentransfer in Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Medien und Kultur zahlreiche Ambivalenzen: Die rasche Angleichung der staatlich-institutionellen Strukturen an die bestehende bundesrepublikanische Rechtsordnung sowie die Einbindung der ostdeutschen Verwaltungslandschaft auch in Prozesse der europäischen Integration kontrastieren mit einer brüchigen Vertrauens- und Legitimationsbasis sowie einer inneren Distanz in Teilen der ostdeutschen Bevölkerung inklusive eines ausgeprägten Misstrauens gegenüber den als »westdeutsch« erlebten Institutionen und Teilen der vermeintlich »fremden« Funktionseliten. Diese Beobachtung gilt im Übrigen ungeachtet der hohen politischen Positionen, die gebürtige Ostdeutsche wie Angela Merkel oder Joachim Gauck einnahmen. Beide personifizieren das beeinträchtigte Vertrauen, systemischen Argwohn und enttäuschte Erwartungen, vor allem dann, wenn in den Weiten des Internets oder auf der Straße der politische Kampfbegriff »Volksverräter« bemüht wird.

Eine aktive Aneignung des Institutionellen nach 1990 erfolgte sicher kaum flächendeckend, stattdessen wird und wurde der Elitentransfer zumindest von einem Teil der ostdeutschen Bevölkerung offenbar als Prozess »von oben« erlebt, was Entfremdungstendenzen und Formen einer ausgesprochenen Abgrenzungsmentalität nach sich zog, die bis heute, etwa mit Blick auf die Zustimmungswerte zur Demokratie, zu wirken scheinen. Allerdings sind auch diese aktuellen Beobachtungen einzuschränken: Jene Vorbehalte, Systemskepsis und das verbreitete Gefühl von Fremdbestimmung, Benachteiligung und Desintegration können sicherlich zum Teil auf die langfristigen Folgewirkungen fehlender Eliten aus dem Osten zurückgeführt werden. Allerdings sind vergleichbare Einstellungen und mentale Dispositionen, nicht zuletzt im Zuge der Corona-Politik und der damit verbundenen Kritik »von unten«, nunmehr auch im Westen des Landes zu beobachten – womöglich Anzeichen einer gesamtdeutschen Entwicklung und Annäherung, die ihre Ursachen in globalen Entwicklungen sowie digitalen Dynamiken zu haben scheinen.

Anmerkungen

1 Vgl. die wirtschaftshistorischen Beiträge von André Steiner, Christoph Buchheim, Werner Plumpe und Ralf Ahrens bei Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.), Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2019.
2 Vgl. Frank Bösch, Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann, München 2019; André Steiner, Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004.
3 Vgl. Charles Maier, Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus, Frankfurt/M. 1999.
4 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczuk, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009; Marcus Böick, Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung. 1990–1994, Göttingen 2018.
5 Vgl. Dirk van Laak, Der Tag X. Vorbereitungen für die deutsche Wiedervereinigung vor 1989, in: Enno Bünz/Rainer Gries/Frank Möller (Hrsg.), Der Tag X in der Geschichte. Erwartungen und Enttäuschungen seit tausend Jahren, Stuttgart 1997, S. 256–286; Sebastian Richter, Der Weg zur freien Volkskammerwahl am 18. März 1990, in: Henke (Anm. 1), S. 329–342; Karl-Rudolf Korte, Die Deutschlandpolitik der Regierung Kohl seit Herbst 1989, in: Henke (Anm. 1), S. 419–440.
6 Vgl. Böick (Anm. 4), S. 149–158.
7 Ebd., S. 156f; dazu auch: Werner Abelshauser, Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München 2004, S. 402f.
8 Vgl. Manfred Görtemaker, Probleme der inneren Einigung, 26.3.2009, www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/deutsche-teilung-deutsche-einheit/43787/probleme-der-inneren-einigung. Vgl. insgesamt auch ders., Die Berliner Republik: Wiedervereinigung und Neuorientierung, Berlin 2009.
9 Siehe dazu auch Gerhard A. Ritter, Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats, München 2006.
10 Vgl. Philipp Ther, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin 2014.
11 Vgl. Thomas Ahbe, Ostalgie. Zu ostdeutschen Erfahrungen und Reaktionen nach dem Umbruch, Erfurt 2016, S. 25.
12 Ulrich Busch, 15 Jahre Währungsunion. Ein kritischer Rückblick, in: UTOPIE kreativ, 177/178 (2005), S. 595.
13 Vgl. Andreas Rödder, Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009, S. 308.
14 Karl-Heinz Paqué, Transformationspolitik in Ostdeutschland: ein Teilerfolg, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (2009) 28, S. 27. Dieses Argument findet sich außerdem in ders., Die Bilanz. Eine wirtschaftliche Analyse der deutschen Einheit, Bonn 2010, sowie unlängst auch in Ders./Richard Schröder, Gespaltene Nation? Einspruch! 30 Jahre deutsche Einheit, Basel 2020.
15 Vgl. Böick (Anm. 4), S. 180ff.
16 Vgl. Wolfgang Seibel, Verwaltete Illusionen. Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt und ihre Nachfolger 1990–2000, Frankfurt/M. 2005, hier v. a. S. 83–117.

17 Vgl. Böick (Anm. 4), S. 296 ff.; dazu auch insgesamt den »offiziellen« Band zur Geschichte der ökonomischen Einigungsprozesse: Dieter Grosser, Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln, Stuttgart 1998.
18 Vgl. Marc Kemmler, Die Entstehung der Treuhand. Von der Wahrung zur Privatisierung des DDR-Volkseigentums, Frankfurt/M. u. a. 1994, hier v. a. S. 337 ff.
19 »Am Geld wird nichts scheitern«, in: Der Spiegel, 13/1991.
20 Vgl. Marcus Böick, »Aufstand im Osten«? Sozialer und betrieblicher Protest gegen die Treuhandanstalt und Wirtschaftsumbau in den frühen 1990er-Jahren, in: Dieter Bingen/Maria Jarosz/Peter Oliver Loew (Hrsg.), Legitimation und Protest. Gesellschaftliche Unruhe in Polen, Ostdeutschland und anderen Transformationsländern nach 1989, Wiesbaden 2011, S. 167–185.
21 »25-jähriges Jubiläum: Angriff des Einheitskanzlers auf Eierwerfer in Halle«, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 9. Mai 2016, S. 1.
22 Vgl. Rödder (Anm. 13), hier v. a. S. 331 ff.
23 Vgl. insgesamt dazu Andreas Rödder, Wer hat Angst vor Deutschland? Geschichte eines europäischen Problems, Frankfurt/M. 2018.
24 Vgl. Böick (Anm. 4), S. 298 ff.
25 Vgl. »Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost« wird beschlossen, 8.3.2016, www.deutschlandfunk.de/vor-25-jahren-gemeinschaftswerk-aufschwung-ost-wird.871.de.html?dram:article_id=347378.
26 Vgl. Rödder (Anm. 13), S. 331 f., sowie: Vor 30 Jahren: Fonds »Deutsche Einheit«, 12.5.2020, www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/309740/fonds-deutsche-einheit.
27 Vgl. Böick (Anm. 4), S. 313 f.
28 Vgl. Seibel (Anm. 16), S. 83 ff.; Böick (Anm. 4), S. 448 ff.
29 Vgl. Seibel (Anm. 16), S. 209–216.
30 Vgl. Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (Hrsg.), ›Schnell privatisieren, entschlossen sanieren, behutsam stilllegen.‹ Ein Rückblick auf 13 Jahre Arbeit der Treuhandanstalt und der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, Berlin 2003, hier v. a. S. 397 ff.
31 Der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer (Hrsg.), Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit, Berlin 2020, S. 16.
32 Andreas Rödder, 21.0. Eine kurze Geschichte der Gegenwart, München 2015, S. 207.
33 Wachstum und Produktivität 2035 – Innovations- und Produktivitätslücken auf Ebene der Bundesländer. Endbericht zum Forschungsauftrag der Bertelsmann Stiftung, 2019, S. 46.
34 Vgl. Siehe dazu im Detail: Marcus Böick/Constantin Goschler, Wahrnehmung und Bewertung der Arbeit der Treuhandanstalt, Bochum 2017.
35 Vgl. hierzu: www.iwh-halle.de/forschung/forschungsgruppen/detail/oekonomische-unterschiede-zwischen-ost-und-westdeutschland.
36 Eckart Conze, Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009, S. 778.
37 Der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer (Anm. 31), 2001, S. 7.
38 Steffen Mau, Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, Berlin 2019, S. 161.

39 Ther (Anm. 10), S. 94.
40 Vgl. Ulrich Heilemann/Hermann Rappen, Sieben Jahre deutsche Einheit. Rückblick und Perspektiven in fiskalischer Sicht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (1997) 40–41, S. 38–46.
41 Etwa bei Kurt Biedenkopf, Die neuen Bundesländer. Eigener Weg statt »Aufholjagd«, in: Warnfried Dettling (Hrsg.), Perspektiven für Deutschland, München 1994; Meinhard Miegel, Wie realistisch und wünschenswert ist die Angleichung der Lebensverhältnisse in West und Ost, in: BISS public, 14 (1994), S. 5–9.
42 Brandenburgische Staatskanzlei, Aufbau Ost an einem Wendepunkt. Wie kann Brandenburg das Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost unter den Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts fortsetzen?, www.stk.brandenburg.de/cms/detail.php?id=152753.
43 Helmut Markwort/Henning Krumrey, »Einmischen statt abwenden«. Interview mit Horst Köhler, 13.9.2004, www.focus.de/politik/deutschland/deutschland-einmischen-statt-abwenden_aid_199451.html.
44 Wolfgang Dümcke/Fritz Vilmar (Hrsg.), Kolonialisierung der DDR. Kritische Analyse und Alternativen des Einigungsprozesses, Münster 1996; vgl. dies., Kritische Zwischenbilanz der Vereinigungsbilanz. Eine unerledigte Aufgabe der Politikwissenschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (1996) 40, S. 35–45. Kritisch zu dieser Ansicht äußerte sich u. a. Hans-J. Misselwitz, Nicht länger mit dem Gesicht nach Westen. Das neue Selbstbewußtsein der Ostdeutschen, Bonn 1996, S. 63.
45 Wolfgang Thierse, Zukunft Ost. Perspektiven für Ostdeutschland in der Mitte Europas, Berlin 2001, insbes. Kapitel VI.
46 Wolfgang Thierse, Fünf Thesen zur Vorbereitung eines Aktionsprogramms für Ostdeutschland, in: Die Zeit, 2/2001.
47 Heiner Ganßmann, Politische Ökonomie des Sozialstaates, Münster 2009, S. 158.
48 Vgl. Ulrich Busch, Aufholen ohne einzuholen. Ein Vierteljahrhundert ostdeutscher Integration, in: Ders./Michael Thomas (Hrsg.), Ein Vierteljahrhundert Deutsche Einheit. Facetten einer unvollendeten Integration, Berlin 2015, S. 26.
49 Rolf Reißig, Die gespaltene Vereinigungsgesellschaft: Bilanz und Perspektiven der Transformation Ostdeutschlands und der deutschen Vereinigung, Berlin 2000, S. 27.
50 Conze (Anm. 36), S. 778.
51 So lautete der Grundtenor in: Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder (Hrsg.), Vom Grundgesetz zur deutschen Verfassung. Denkschrift und Verfassungsentwurf, Baden-Baden 1991.
52 Siehe »Streit um Quote: Ossis an die Macht?«, 31.3.2019, www.dw.com/de/streit-um-quote-ossis-an-die-macht/a-48076080.
53 Vgl. die verschiedenen und sehr frühen soziologischen Beiträge bei: Bernd Giesen/Claus Leggewie, Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch, Berlin 1991; später mit deutlicher Ernüchterung die Zwischenbilanzen bei: Hartmut Esser (Hrsg.), Der Wandel nach der Wende. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik in Ostdeutschland, Wiesbaden 2000.
54 Vgl. Christoph Reichard/Manfred Röber, Was kommt nach der Einheit? Die öffentliche Verwaltung in der ehemaligen DDR zwischen Blaupause und Reform, in: Gert-Joachim Glaeßner (Hrsg.), Der lange Weg der Einheit, Berlin 1993, S. 218 f.

55 Sabine Lorenz/Kai Wegrich, Lokale Ebene im Umbruch: Aufbau und Modernisierung der Kommunalverwaltung in Ostdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (1998) 5, S. 29.
56 Vgl. Hermann Hill, Die neue Verwaltung nachhaltig entwickeln – Bilanz und Perspektiven nach zwei Jahren Aufbauarbeit, in: Ders. (Hrsg.), Erfolg im Osten II. Sommerakademie für Führungskräfte aus Wirtschaft und Verwaltung. Vorträge und Diskussionen, Baden-Baden 1993, S. 30.
57 Lorenz/Wegrich (Anm. 55), S. 33 f.
58 Gerd Schmidt-Eichstaedt, Gemeindeverwaltungsreform und Kreisgebietsreform in den neuen Bundesländern. Stand und Perspektiven, in: Archiv für Kommunalwissenschaften, 31 (1992), S. 3.
59 Sabine Kuhlmann/Jörg Bogumil, Kommunale Selbstverwaltung in Ost- und Westdeutschland, 28.11.2019, www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/300962/kommunale-selbstverwaltung-in-ost-und-westdeutschland.
60 Vgl. Reichard/Röber (Anm. 54), S. 225.
61 Ulrich Mehlich, Verwaltungshilfe für die sächsischen Kommunen. Ein Erfahrungsaustausch während der 15. Kehler Hochschultage im November 1991, Kehl 1991, S. 10.
62 Vgl. Claudia Dreke, Der fremde Osten. Formen der Verarbeitung von Fremdheit in der Ost-West-Migration nach 1990 am Beispiel von Verwaltungsangestellten, Berlin 2003, S. 45, 70, 129.
63 Vgl. Eckard Schröter, Was trennt Bürokraten in einer vereinigten Bürokratie? Einstellungen und Werthaltungen (Ost- und West-)Berliner Verwaltungsführungskräfte, in: Glaeßner (Anm. 54), S. 272 f.
64 Vgl. Wolfgang Seibel, Verwaltungsreform in den ostdeutschen Bundesländern, in: Die öffentliche Verwaltung, 44 (1991) 5, S. 204.
65 Siegfried Grundmann, Zur Akzeptanz und Integration von Beamten aus den alten und neuen Bundesländern, in: Deutschland Archiv, 27 (1994) 1, S. 31–38.
66 Heidi Fichter-Wolf, Bildung und Wissenschaft im »Aufbau Ost«, 28.9.2005, www.bpb.de/apuz/28806/bildung-und-wissenschaft-im-aufbau-ost?p=all.
67 Vgl. Mitchell G. Ash, »Wie im Westen, so auf Erden«? Die deutsche Vereinigung der Hochschulen und Wissenschaften als Prozess, in: Jürgen Kocka/Corina Weber/Jörg von Bilavsky (Hrsg.), Wissenschaft und Wiedervereinigung. Bilanz und offene Fragen, Berlin 2009, S. 45–55.
68 Reißig (Anm. 49), S. 31.
69 Peer Pasternack, Der Wandel an den Hochschulen seit 1990 in Ostdeutschland, 28.10.2020, www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/310338/der-wandel-an-den-hochschulen.
70 Vgl. Raj Kollmorgen, Außenseiter der Macht. Ostdeutsche in den bundesdeutschen Eliten, in: Busch/Thomas (Anm. 48), S. 202, 211.

Abrüstun
Arbeitslos
nein

2 Revolutionäre Umbrüche: Die soziale (Des-)Integration Ostdeutschlands

Um-, Ein- und Abbrüche auf dem Arbeitsmarkt

Die abrupten und vielfältigen Übergänge in die kapitalistische Markt-, Wettbewerbs- und Leistungsgesellschaft des Westens waren für einen Großteil der Ostdeutschen von geradezu revolutionärer Qualität – auch wenn sie nicht zwangsläufig mit Erfahrungen sozialen Abstiegs einhergehen mussten: Auf individueller Ebene konnten erfahrene wie zugeschriebene Auf-, Um- und Abbrüche durchaus neben-, mit- und durcheinander verlaufen. Um jene ebenso kurzfristigen wie intensiven Wandlungen, die sich in vielen Lebensläufen nach 1989/90 ergeben haben, nachvollziehen zu können, erscheint es auch in diesem Feld unabdingbar, einen Blick zurück auf die Beschaffenheit der späten DDR-Gesellschaft zu richten. Der paternalistisch agierenden »Fürsorgediktatur« (Konrad H. Jarausch) war es vor 1989/90 über weite Strecken gelungen, der Bevölkerung ein diffuses Gefühl »sozialer Sicherheit und Geborgenheit« – so das allenthalben propagandistisch verkündete Bild – und die Vision gesellschaftlicher Egalität zu vermitteln. Mit dem verfassungsmäßig verankerten Recht auf Arbeit (Art. 24 der DDR-Verfassung) sowie dem Recht auf Wohnraum (Art. 37) sind die beiden Kernelemente der hochgradig subventionierten, seit den 1970er Jahren ausgerufenen »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« benannt, innerhalb der es zu einer relativen Bevorzugung der »werktätigen« Bevölkerung sowie der politischen Funktionselite kam. Arbeits- und Obdachlosigkeit oder andere soziale Krisenerscheinungen waren im Zuge einer ausgeprägten Nivellierung vertikaler Ungleichheiten zwar praktisch so gut wie unbekannt, gleichwohl existierten auch soziale Randlagen, zu denen insbesondere Altersrentner, Kinderreiche, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen sowie solche mit niedrigen beruflichen Qualifikationen und auch die seit den 1960er und 1970er Jahren ins Land gekommenen »Vertragsarbeiter« zu zählen waren.

Vor 1989/90 stand also die symbolisch aufgeladene und ideologisch hofierte, meist männliche Arbeitskraft im Zentrum sozialistischer Selbst-

inszenierungen und Vergemeinschaftungen; diese verhießen sozialen Ausgleich und eine garantierte Beschäftigung innerhalb der realsozialistischen »Arbeitsgesellschaft«. Mit der Einheit im Jahr 1990 kam es bei gleichzeitigen materiellen und demokratischen Zugewinnen zu einem abrupten ideellen Wegfall jener eingeübten arbeitsgesellschaftlichen Wertorientierungen, Regeln und Normen. Für viele verband sich der Eintritt in die Marktwirtschaft mit einer erstmaligen und zuvor ungeahnten Konfrontation mit Nichtarbeit, einem Gefühl des Nichtgebrauchtwerdens oder der schonungslosen Einsicht, für den Arbeitsmarkt zu alt sein. Arbeitsplatzverlust in Kombination mit weiteren vielfältigen Umbruchserfahrungen, ein prekäres Leben und die angespannte Beschäftigungssituation gehörten damit »zu den Grunderfahrungen des Umbruchs«[1] nicht nur in Ostdeutschland, sondern in ganz Osteuropa. Gewissermaßen über Nacht waren nun statt kollektivistischer individualistische Strategien der Daseinsbewältigung gefordert, während sich bald die Erkenntnis durchsetzen sollte, dass neue Konkurrenzsituationen auf einem rasant schrumpfenden Arbeitsmarkt und folglich der Arbeitskräfteüberfluss des ostdeutschen Arbeitsmarktes auch die persönlichen Beziehungen beeinflussen würden. Zeitgenössische Stichworte wie eine sich schlagartig ausbreitende »Ellenbogenmentalität« und die rasch beklagte »Entsolidarisierung« einer zuvor unter den Bedingungen des SED-Regimes, seiner Betriebe und Brigaden zusammenhaltenden »Nischengesellschaft« waren Anzeichen dafür, dass die soziale Einheit enorme Umstellungs- und Bewältigungsanforderungen für den Einzelnen sowie fundamentale Herausforderungen für den nun gesamtdeutschen Sozialstaat darstellen würden.

Mit der Sozialunion vom 1. Juli 1990, die vor allem auf Drängen der DDR-Koalitionsregierung, westdeutscher Gewerkschaftsvertreter und der SPD vollzogen sowie von Bundessozialminister Norbert Blüm maßgeblich ausgestaltet wurde, kam es zur umfassenden Übernahme des bundesdeutschen Sozialversicherungsrechts durch die DDR. An die Stelle der bis dahin gültigen Einheitssozialversicherung traten nun getrennte Renten-, Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherungen; hinzu kam das Bundessozialhilfegesetz, das am 1. Juli 1990 in Kraft trat. Im Einigungsvertrag vom 31. August 1990 wurde in Kapitel VII die Expansion des »sozialen Netzes« der Bundesrepublik auf das Gebiet der ehemaligen DDR festgehalten, wobei mit der vollständigen Übertragung bundesdeutscher Regelungen auf die neuen Länder eine soziale Pazifizierung und Abfederung des kommenden Umbruchsgeschehens anvisiert war, dessen künftige Ausmaße man jedoch zu diesem Zeitpunkt kaum überschätzen konnte. In gewisser Weise führten dabei die Hoffnungen des Jahres 1990

auf »blühende Landschaften« zu der Erwartung, dass es nur zu geringeren oder bestenfalls kurzfristigen zusätzlichen Belastungen der sozialen Sicherungssysteme kommen würde.

Die ab Sommer 1990 vorgenommenen sozialpolitischen Umstellungen zogen angesichts der krisenhaften Auswirkungen des ökonomischen Strukturwandels mittel- und langfristig eine immense Überlastung der bundesdeutschen Sicherungssysteme nach sich. Diese waren in der Bundesrepublik seit Mitte der 1970er Jahre durch eine strukturelle Massenarbeitslosigkeit ohnehin in eine ernste Schieflage geraten. Trotz sozialpolitischer Maßnahmen, mit denen letztlich die gravierendsten sozialen Erschütterungen abgemildert werden konnten, führte dieser »soziale Wandel im Zeitraffertempo«[2] in Ostdeutschland zu hohen gesellschaftlichen Folgekosten, mit denen die Menschen weder im Westen noch im Osten der frisch vereinten Republik gerechnet hatten.

Betrachten wir nicht allein die technisch-sozialpolitischen Interventionsmaßnahmen, sondern richten wir unseren Blick auf individuelle Perspektiven und kollektive Schicksale, so kann der erhebliche Zugewinn an persönlichen Freiheiten und konsumpolitischen Möglichkeiten letztlich nicht ohne den plötzlichen Anstieg von individuellen Lebensrisiken und einer Zunahme sozialer Unsicherheiten gedacht werden. Denn der rasche Übergang von einer sicherheitsgewohnten in eine »entsicherte Gesellschaft« war ein »Aufbruch mit vielen Unbekannten«[3] samt zum Teil erheblichen Arbeitsplatz-, Armuts- und Wohnungslosigkeitsrisiken, die eine Nebenfolge des »Aufbau Ost« waren.

Die erschwerten Bedingungen des ostdeutschen Umbruchs erklären sich auch aus der Tatsache, dass er sich im Zuge einer »doppelten Transformation« ereignete, in der die einigungsbedingten Friktionen durch europäisch-globale Wirtschaftskrisen überlagert und verstärkt wurden: Der »Aufbau Ost« war wirtschaftlich sowie gesellschaftlich-sozialpolitisch Teil einer postsozialistischen Transformation, kann zugleich aber nur vor dem Hintergrund marktförmiger Globalisierungsdynamiken verstanden werden. Hohe Veränderungsgeschwindigkeiten und mannigfache Flexibilisierungen, erzwungene Mobilitäten und Aufbrüche, tiefgreifende gesellschaftliche wie demografische Veränderungen, Deindustrialisierung und Tertiarisierung, die wuchtige Entfaltung eines »digitalen Finanzmarktkapitalismus« und schließlich die Auswirkungen der Globalisierung: All diese drängenden Problemhorizonte warfen Fragen auf, auf die auch die »alte« Bundesrepublik der 1980er Jahre noch keine hinreichenden Antworten gefunden hatte. Statt nun in dieser unverhofften Umbruchsituation grundsätzliche sozialstaatliche Reformen anzupeilen und somit liebgewonnene Gewissheiten grund-

legend zu hinterfragen, wurde unter Zeitdruck und aus politischen Erwägungen heraus – aber auch im Lichte guter Konjunktur und verbreiteten Wohlstands – ein im Grunde reformbedürftiges Wirtschafts-, Sozial-, Renten- und Steuersystem auf die neuen Länder übertragen.

Der durch die deutsche Vereinigung in die späten 1990er und frühen 2000er Jahre verschobene Umbau des Sozialstaates durch eine rot-grüne Regierung wurde von Philipp Ther prominent als »Ko-Transformation« von Ost und West beschrieben: Mit dem abrupten Aussetzen einer zuvor begonnenen Reformdiskussion um die Rentenversicherung oder dem Abbrechen einer Debatte um eine Novelle des Sozialhilfegesetzes, die 1992 aufgrund von Finanzierungsproblemen nicht verwirklicht werden konnte, sind hierfür lediglich zwei frühe Beispiele genannt. Die Einigung befeuerte auch auf dem Gebiet des Sozialen altbundesdeutsches Selbst- und Sendungsbewusstsein sowie eine außerordentliche Selbstsicherheit, die freilich nicht mehr als eine »trügerische Sicherheit«[4] war. Verstärkt wurden diese Beharrungstendenzen von blendenden Wachstumsraten von 5,5 Prozent (1990). Der konjunkturelle Aufwärtstrend hielt schließlich bis 1992/93 an, als die weltwirtschaftliche Rezession die Bundesrepublik erfasste, in deren Folge das Bruttoinlandsprodukt um ein Prozent zurückging und die Arbeitslosenquote auch in den alten Bundesländern rasch von 6,4 Prozent (1992) auf 10,3 Prozent Mitte 1996 anstieg.[5] Dieser gesamtdeutsche Beschäftigungseinbruch verschärfte die im Zuge der Transformation ohnehin angespannte arbeitsmarktpolitische Lage in den neuen Ländern.

Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Umschulungen oder (Früh-)Verrentungen waren, wie geschildert, für die meisten betroffenen Ostdeutschen auch deswegen grundstürzende Erfahrungen, weil diese erstmalig real spürbar waren, nachdem man die Schreckensnachrichten von den »dunklen Seiten« der kapitalistischen Gesellschaft zuvor allenfalls aus den (gleichwohl bewusst überzeichneten) Verlautbarungen einschlägiger DDR-Medien gekannt hatte. Prägten vor Mauerfall und Einheit Arbeitszentrierung, eine weitgehend egalitäre Sozialordnung sowie die garantierte wie politisch reglementierte Einbindung in das Arbeits- und Betriebsleben erwerbsbiografische Zusammenhänge und Erwartungen, gingen mit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Organisations-, Beschäftigungs- und Arbeitsgesellschaft und dem damit einhergehenden Wegfall einer weitgehenden Rundumversorgung auch wesentliche lebensweltliche Zusammenhänge, soziale Beziehungen und Einbindungen, Elemente von Verbundenheit wie Vertrautheit und folglich zentrale Orientierungspunkte in kürzester Zeit verloren.[6]

Weniger die kurzzeitige, sondern vielmehr eine dauerhaft anhaltende Arbeitslosigkeit war eine einschneidende, radikal neue Erfahrung. Die ar-

beitsmarktliche, wenn nicht gesamtgesellschaftliche Exklusion bewirkte eine hochgradige erwerbsbiografische Verunsicherung, weil die Gewissheit einer kontinuierlichen Erwerbstätigkeit sowie die Kalkulierbarkeit von Lebensplänen und Zukunftsvorstellungen plötzlich abhandengekommen waren. Das Gefühl, auf dem gesamtdeutschen Arbeitsmarkt überflüssig zu sein, begründete für zahlreiche Ostdeutsche auch deren emotionale Distanz zur marktwirtschaftlich-kapitalistischen Bundesrepublik, die bei vielen bis heute anzuhalten scheint, weil sie seit 1990 niemals vollständig in der neuen Ordnung angekommen sind.

Vermeintlich kollektive Erfahrungen müssen dabei allerdings nicht zwingend mit individuellen Schicksalen decken. Soziologische Studien haben, nachdem sich der erste Staub der frühen 1990er Jahre gelegt hatte, bereits Ende der Dekade eine stark differenzierte ostdeutsche »Drittel-Gesellschaft« beschrieben, in der nahezu paritätisch Aufsteiger, Statusbewahrer sowie Absteiger auszumachen seien.[7] Doch die nach 1990 einsetzende Neuverteilung von Aufbruchschancen, Umbruchsrisiken und Abbruchgefahren war nicht allein eine Frage individuellen Vermögens, sondern hatte auch viel mit sozialen Ausgangspositionen, also mit Alter, Beruf, Gruppenzugehörigkeit oder Geschlecht zu tun: Waren zunächst vor allem männliche Angestellte von Arbeitslosigkeit betroffen, und zwar solche, die in systemspezifischen Institutionen (ministeriale Bürokratie und Administration, Ministerium für Staatssicherheit, Grenzsoldaten etc.) in Lohn und Brot gestanden hatten, wurde Erwerblosigkeit schon bald zu einer weitverbreiteten Erscheinung. Aufgrund der mangelnden Produktivität der ostdeutschen Betriebe im Zuge der geschilderten marktwirtschaftlichen »Schocktherapie« wuchs die Arbeitslosigkeit rasch an, sodass recht bald deutlich wurde, dass diese Erscheinung keine temporär-friktionelle Übergangs-, sondern eine permanente Kollektivarbeitslosigkeit zu werden drohte. Allein die Kennziffern und offiziellen Statistiken unterstreichen die damalige Dramatik auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt: Die Zahl der Erwerbstätigen ging zwischen 1990 und 1993 von 8,9 auf 6,1 Millionen zurück; gleichzeitig stieg die Zahl der Arbeitslosen von 240 000 auf knapp 1,2 Millionen, was eine wahrhaftige Explosion der Arbeitslosenquote von 2,6 auf 16,2 Prozent bedeutete. Die Arbeitslosenquote im Osten lag im Jahresdurchschnitt bereits 1992 doppelt so hoch wie im Westen; im Februar 1994 erreichte sie einen vorläufigen Höhepunkt mit 18,3 Prozent. Bemerkenswert ist dabei, dass die Quote unter Frauen im damaligen Jahresdurchschnitt 1994 sogar bei 21,5 Prozent lag.[8]

Dabei wären diese Zahlen wohl ohne die schätzungsweise 1,7 Millionen Übersiedlerinnen in den Westen sowie eine halbe Million »Westpendler« auf der einen[9] sowie den beispiellosen Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instru-

mente, um die schwerwiegendsten Auswirkungen abzufedern, auf der anderen Seite zweifellos deutlich höher ausgefallen. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), Kurzarbeitergeld (»Kurzarbeit Null«), Vorruhestand und oft langwierige Umschulungen: So lauteten die neu zu erlernenden Begriffe, die den Zusammenbruch des ostdeutschen Arbeitsmarktes semantisch begleiteten und fortan den Alltag vieler Ostdeutscher und ihrer Familien fundamental (neu) ordnen sollten. Gerade die ABM-Stellen bildeten bald in gewisser Weise das Herzstück eines sozialpolitischen »Aufbau Ost«: Zwischen November 1989 und November 1994 hatten 57 Prozent aller erwerbsfähigen Ostdeutschen an mindestens einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme teilgenommen. 1991 erfolgten bereits 63 Prozent aller Arbeitsvermittlungen in eine ABM, 1992 waren es noch 35 Prozent, wobei im Jahresdurchschnitt 388 000 Beschäftigte in derartigen Maßnahmen gezählt wurden. Diese unerwarteten Ausmaße sorgten für erhebliche Finanzierungsschwierigkeiten dieses beitragsfinanzierten Instrumentariums: Beispielsweise waren die für 1992 zur Verfügung stehenden Mittel bereits zu Beginn des Jahres vollständig aufgebraucht.

Bald kamen Befürchtungen auf, ein solches Vorgehen führe zur Entstehung eines dauerhaften zweiten Arbeitsmarktes und behindere die Entstehung regulärer Arbeitsplätze. In der Tat bildeten ABM wohl kaum einen echten Ersatz früherer betrieblicher Arbeitswelten und waren außerdem von Befristung, administrativer Kontrolle sowie Betreuung bestimmt. Ähnliches galt für die umfassend eingesetzten Umschulungsprogramme: Für viele folgte daraus häufig eine kaum enden wollende Odyssee ohne nachhaltigen Erfolg, denn auch die Arbeitsämter konnten den Arbeitslosen in einer insgesamt sehr unübersichtlichen Situation nur selten verlässliche Orientierung und zielführende Weiterbildungsangebote liefern – zumal in Regionen, die von nun stark reduzierten oder abgewickelten Großbetrieben traditioneller Industriebranchen wie Metallurgie, Chemie oder auch Textilproduktion geprägt waren.[10] Eine weitere arbeitsmarktpolitische Maßnahme war das Kurzarbeitergeld: Zeitweise befanden sich etwa zwei Millionen und damit rund ein Viertel aller ostdeutschen Arbeitnehmer in Kurzarbeit, was einen enormen Anstieg der Ausgaben für Arbeitslosengeld und -hilfe nach sich zog.

Für die meisten waren solche durch arbeitsmarktpolitische Programme strukturierten Zwischenstationen allerdings nicht mehr als eine weitere Form verdeckter Arbeitslosigkeit und ein Hinauszögern des »echten« Bewährens auf dem gesamtdeutschen Arbeitsmarkt, denn nur in wenigen Fällen konnte nach Beendigung dieser temporär begrenzten Anstellungen wieder eine Normalbeschäftigung angetreten werden. Stattdessen folgten häufig

Betriebswechsel, Arbeitslosigkeit, weitere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen oder aber der Eintritt in die Frührente. Letzteres Schicksal teilten ganze Jahrgänge: Der Anteil vorzeitiger Verrentungen von Menschen über 55 Jahren erreichte seinen Spitzenwert im Jahr 1993 mit 22 Prozent.[11] Letztlich wurden die gesellschaftlichen Folgewirkungen solcher beruflichen Einschnitte insbesondere generationell unterschiedlich erlebt und verarbeitet, wobei sich abermals grob eine Dreiteilung ausmachen lässt: Während die Älteren tendenziell eher durch ihre Hereinnahme ins westdeutsche Rentensystem profitierten und sich den jüngeren Jahrgängen der Schülerinnen oder Studierenden nun zuvor noch undenkbare Studien- und Berufsmöglichkeiten (insbesondere im Westen) eröffneten, waren es vor allem die mittleren Alterskohorten, die persönlich überproportional heftig von den gesellschaftlichen Umbrüchen betroffen waren: Mitten im Arbeits- und Familienleben stehend und damit in ihrer prinzipiellen Mobilität und Flexibilität eingeschränkt, sahen sie sich erheblichen Belastungen ausgesetzt, die mit dem Risiko eines Arbeitsplatzverlustes verbunden waren.

Als vorläufige Bilanz des gesellschaftlichen »Aufbau Ost« und seiner sozialpolitischen Abpufferung zur Mitte des Jahrzehnts, im Jahr 1995, wurden im Jahresdurchschnitt 419 000 Menschen in ABM, über 250 000 weitere in Fortbildung oder Umschulung und 381 000 in Frührente gezählt; die Arbeitslosenquote betrug 14,0 Prozent; die Unterbeschäftigung lag bei 28,8 Prozent. Gleichwohl ist es bei einem Blick auf diese Zahlen angebracht, branchenspezifisch zu differenzieren, denn der skizzierte Abbruch war keineswegs in allen Wirtschaftszweigen gleichermaßen zu beobachten. Vielmehr lassen sich bei der Beschäftigungsentwicklung partiell auch Aufbrüche und neue Chancen erkennen: Im Baugewerbe, bei Krediten und Versicherung oder persönlichen Dienstleistungen waren teils erhebliche Steigerungen im Vergleich zum Jahr 1989 zu verzeichnen.[12] Demgegenüber standen heftige Einbrüche in anderen Branchen: Allen voran ist der Abbau von Arbeitsplätzen in der Industrie zu nennen, deren Zahl in den ersten zehn Jahren nach dem Vollzug der deutschen Einheit je nach Region und Wirtschaftssektor auf ein Drittel bis maximal gar ein Zehntel des Niveaus von 1989 schrumpfte.[13] Größere Einschnitte gab es auch in der Land- und Forstwirtschaft: 1993 waren hier noch knapp 25 Prozent der Arbeitsplätze des Jahres 1989 vorhanden. Im verarbeitenden Gewerbe und bei Energie und Bergbau fiel der Rückgang auf 34 Prozent ähnlich dramatisch aus. Die überkommene Überbeschäftigung in der Verwaltung der DDR – Beobachter gingen von einem etwa um die Hälfte höheren Personalbestand als in westdeutschen Gemeinden aus – führte im selben Zeitraum zu einer Reduzierung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst um über ein Drittel.[14]

Umbruchsarmut und ihre Effekte

Der Verlust von Arbeitsplätzen im Osten führte nicht nur zu einem immensen arbeitsmarktpolitischen Kontrast zwischen Ost- und Westdeutschland, der wiederum entsprechende Sogwirkungen nach Westen begründete, es ergaben sich auch zahlreiche Folgeprobleme. Die Verweildauer in Arbeitslosigkeit stieg merklich an; der Anteil der Langzeitarbeitslosen, Menschen also, die ein Jahr und länger arbeitslos gemeldet waren, stieg von 27 Prozent aller Arbeitslosen im Mai 1992 innerhalb nur eines halben Jahres auf 48 Prozent.[15] Für diese Menschen erhöhte sich damit die Gefahr, in Armut abzurutschen. Die Soziologie sprach nun von einer kurzfristig erfolgten »Verwestlichung der ostdeutschen Ungleichheitsstrukturen«[16], wobei damit eine tendenzielle Ausrichtung entlang der vier »A« (arbeitslos, alt, alleinstehend und ausgegrenzt) gemeint war. In der DDR war es dank der massiven staatlichen Subventionen von Grundnahrungsmitteln und in der Gesundheitsversorgung, einer restriktiven, aber grundsätzlich alle Bürgerinnen integrierenden Wohnungszuteilung sowie vielfältiger sozialpolitischer Präventionsmechanismen nicht zu offen sichtbarer Armut, etwa in Form von Hunger und Obdachlosigkeit, gekommen. Die Sozialfürsorge – das letzte Netz sozialer Sicherung – galt mit etwas mehr als 5 000 Empfängerinnen gegen Ende der DDR als regelrecht marginalisiert. Auch wenn diverse prekäre Lebenslagen auch in der späten DDR auszumachen waren, bedeutete die Überführung der Sozialfürsorge in Sozialhilfe im Zuge der deutschen Einheit eine tiefe Zäsur in der ostdeutschen Armutstopografie.

Der ab Sommer 1990 einsetzende Anstieg der relativen Einkommensarmut in Ostdeutschland war ebenso gravierend wie kurzfristig. Die staatlichen Beihilfen zum laufenden Lebensunterhalt – eine bedarfsorientierte Summe zur Gewährleistung des soziokulturellen Existenzminimums – steigerten sich in Ostdeutschland von gut 131 000 Sozialhilfeleistungen im zweiten Halbjahr 1990 auf über 685 000 zwei Jahre später. Diese Entwicklung bedeutete eine Annäherung an altbundesdeutsche Ungleichheitsverhältnisse in kürzester Zeit. Die einigungsbedingte Umbruchsarmut lässt sich folglich – gemessen an den üblichen Prinzipien einer kapitalistisch-markt-

wirtschaftlichen Wettbewerbsgesellschaft und der dieser innewohnenden strukturellen Benachteiligungen – als eine »Normalisierung« der Armut beschreiben. Die Hauptursache für den Bezug von Sozialhilfe war im Osten Deutschlands in den Jahren nach 1990 mit großem Abstand (Langzeit-) Arbeitslosigkeit.[17] Besonders häufig vertreten waren unter den Betroffenen Un- und Angelernte mittleren Alters, also Menschen mit niedrigen Qualifikationen, da diese in der Regel auf den hitzig umkämpften Arbeitsmärkten der 1990er Jahre deutlich geringere Chancen besaßen und sich, wenn überhaupt, oft im prekären Niedriglohnbereich wiederfanden. Hinzu kamen, wie bereits angedeutet, tendenziell Angehörige der »Generation des späten Mittelalters«, ferner insbesondere auch Frauen, Bewohner von agrarisch oder monoindustriell geprägten Regionen sowie Kinderreiche.

Gerade letztere Gruppe – Familien mit drei oder mehr Kindern – war einem hohen Armutsrisiko ausgesetzt, hatte diese doch schon zu DDR-Zeiten einen schwierigen Stand, etwa auf dem Wohnungsmarkt. Nach 1990 drohten nun diese Familien angesichts steigender Ausgaben für Energie oder Kinderkleidung von sozialer Teilhabe abgekoppelt zu werden. Im Jahr 1993 galt fast die Hälfte der ostdeutschen Familien mit mindestens drei Kindern als einkommensarm, während dies im Westen Deutschlands »nur« etwa jede sechste dieser Familien betraf.[18] Armut in den neuen Bundesländern war zunehmend vor allem eine Armut auch von Kindern und Jugendlichen, was mit erheblichen Folgen für die biografische Entwicklung verbunden war. Ende 1992 mussten in Ostdeutschland bereits 125 000 junge Menschen unter 18 Jahren von Sozialhilfe leben; im zuvor hoch industrialisierten Sachsen lag der Anteil der Kinder und Jugendlichen bei den Sozialhilfeempfängern seinerzeit mit 42 Prozent am höchsten. Diese beunruhigenden Entwicklungen ließen den Kinderschutzbund sowie Wohlfahrtsverbände und Politik fürchten, dass eine neue perspektivlose »Sozialhilfegeneration« im Osten heranwachse.[19] Die von kritischen Sozialwissenschaftlerinnen wie Politikern gern bemühte Rede von einer »Infantilisierung der Armut« war in den 1990er Jahren häufiger zu vernehmen. Ende 1996 bezogen bereits über eine Million bundesdeutsche Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren Sozialhilfe. Somit stellte diese Gruppe über ein Drittel aller Empfängerinnen der Hilfen zum Lebensunterhalt, wobei ein besonders hohes Sozialhilferisiko für Kinder unter sieben Jahren vermerkt wurde.[20]

Mit der Verengung von Erwerbsmöglichkeiten und daraus resultierenden sozialen Abstiegen drohte eine Verfestigung sozialer Problemlagen, die sozialpolitische Handlungen und Reaktionen verlangte. Fortdauernde Flexibilisierungs- und Schließungsprozesse bargen ein erhebliches gesell-

schaftliches Konfliktpotenzial, das bereits seit dem Frühjahr 1991 von einer zunehmend alarmierten (west)deutschen Öffentlichkeit eingehender reflektiert wurde. Einen wichtigen Meilenstein der Armutserhebung in der frühen Nachwendezeit bildete dann im Jahr 1994 der »Armutsbericht« des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), der auf die Schattenseiten und Reibungsverluste des gerade laufenden »Aufbau Ost« verwies und in der gesamtdeutschen Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit erregte. Zu den wichtigsten Befunden gehörte, dass für das Jahr 1992 im Osten mit 14,8 Prozent der Bevölkerung beinahe doppelt so viele Menschen als arm zu gelten hatten wie im Westen (7,5 Prozent). Dies bedeutete zwar immerhin eine Tendenz zur Angleichung im Vergleich zum Jahr 1990, als im Osten jede beziehungsweise jeder Fünfte und damit noch dreimal so viele Menschen unter das Rubrum »Armut« fielen, verwies aber immer noch auf ein deutliches West-Ost-Gefälle und hatte folglich mit der von einzelnen Sozialwissenschaftlern diagnostizierten »Normalisierung« nach westlichen Standards nicht viel gemein. Die zentrale Aussage des Armutsberichtes lautete in Anknüpfung an diese und weitere aufrüttelnden Zahlen, etwa auch mit Blick auf betroffene Kinder, dass hieraus ein hochexplosives soziales Klima im vereinten Deutschland erwachsen könne.[21]

Umstritten war ein Vergleich dieser ost- und westdeutschen Armutszahlen unter Zeitgenossinnen vor allem, weil ihm eine gesamtdeutsche Armutsgrenze zugrunde gelegen hatte. Wäre eine getrennte Armutsgrenze herangezogen worden, bei der zum Beispiel Armut im Osten nur in Relation zur ostdeutschen Bevölkerung gemessen wird, hätten 1994 lediglich 5,8 Prozent aller Menschen im Osten, aber 9,5 Prozent im Westen als arm gegolten. Unbenommen der methodischen Zulässigkeit einer solchen Gegenüberstellung: Der im Armutsbericht angestellte Vergleich markierte erhebliche Statusunterschiede. Diese beförderten das Gefühl einer relativen Deprivation, denn »Armut« bemaß sich nach 1990 in der Regel nicht nach der vorherigen Situation in der DDR oder am Niveau etwa der osteuropäischen Transformationsländer – einzig relevant erschien vielen Menschen vielmehr das 1990 erhoffte und angestrebte Zielniveau der westdeutschen Länder. Die Folge war, dass sich zahlreiche Ostdeutsche aufgrund des innerdeutschen Vergleichsmaßstabes tendenziell als unterprivilegiert wahrnahmen.[22]

Ostdeutsche, so wurde bereits frühzeitig deutlich, waren im Vergleich zu Westdeutschen aber auch deswegen besonders von prekären Lebenssituationen bedroht, weil sie im Durchschnitt weniger finanziellen Spielraum und sonstige Sicherheiten oder Rücklagen wie Wohneigentum, Aktien oder Geldvermögen besaßen. Das Geldvermögen etwa betrug im Jahr 1992 gerade einmal 26 Prozent des westdeutschen Vergleichswertes.[23]

Zu diesen materiellen Wohlstandsdifferenzen, die sich freilich auch langfristig aus der DDR-Zeit ergeben hatten, kam nach dem plötzlichen Ende realsozialistischer Arrangements und Subventionsmaßnahmen eine drastische Erhöhung der Kosten für die Lebenshaltung: Die Preise für alltägliche Kosten wie Energie, öffentliche Verkehrsmittel, Versicherungen, Lebensmittel oder Kleidung stiegen schlagartig an. Besonders eindrücklich zeigen sich diese Dynamik und der Wegfall der staatlichen Subventionen bei der Verteuerung des Wohnens: Die zuvor staatlich festgelegten Mieten wurden gemäß Einigungsvertrag schrittweise in ein marktorientiertes Vergleichssystem überführt, was eine sukzessive Anhebung von Mieten und Betriebskosten bedeutete. Am 1. Oktober 1991 betrug der durchschnittliche Mietpreis fünf D-Mark je Quadratmeter. Zwar war das gerade einmal etwa die Hälfte des westdeutschen Mietniveaus, bedeutete allerdings auch bei Anrechnung des neu eingeführten »Sonderwohngeldes« einen Anstieg der Wohnkosten seit dem Ende der DDR um das 2,5- bis 3-Fache. Viele Menschen konnten sich diese Mieten nicht mehr leisten und mussten Wohngeld beantragen oder wurden im schlimmsten Fall obdachlos. Überall in ostdeutschen Städten wurden daher nun Obdachlosenunterkünfte gegründet – Institutionen, die dort zuvor noch gänzlich unbekannt waren. Auf der Jahrestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe in Bielefeld lautete im Oktober 1991 das Thema einer Podiumsdiskussion folglich: »Armut und Wohnungslosigkeit vereinigen sich auch«.[24]

Die zunehmende Dringlichkeit des Themas Obdachlosigkeit und damit verbundene Vorwürfe der politischen Opposition wurden von der unionsgeführten Bundesregierung unter Verweis auf unvollständige beziehungsweise fehlende Statistiken zurückgewiesen. Der Befund fehlender Wohnungen wurde in zeittypischer Argumentation vorwiegend mit den Defiziten sozialistischer Planwirtschaft und nicht mit etwaigen Versäumnissen nach 1990 erklärt. Im Jahr 1993 wurde die Zahl der Obdachlosen in Ostdeutschland bereits auf mindestens 200 000 geschätzt, wobei ein Großteil auf einen nachlässigen Umgang mit Mietschulden zurückzuführen war – ein Delikt, das nun ungleich härter als in der DDR geahndet wurde, wo dies beinahe als Bagatelle galt und Wohnraum ohnehin garantiert war.[25] Darüber hinaus führten wohnliche Trends unabhängig von dem Phänomen der Obdachlosigkeit in den ostdeutschen Städten bald zu umfassenden Prozessen sozialer Segregation: Die Innenstädte und neu entstehende Vorortsiedlungen (Suburbanisierung) erfuhren eine erhebliche Aufwertung, bei gleichzeitiger Abwertung von zuvor noch begehrten Wohnlagen in Großsiedlungen. Das Leben in der »Platte«, die bis 1989/90 für einen vergleichsweise komfortablen Egalitarismus beim Wohnen gestan-

den hatte, war nun zunehmend unbeliebt – wer sich es finanziell leisten konnte, zog beizeiten weg, idealerweise ins neue, in aller Regel kreditfinanzierte Eigenheim auf der grünen Wiese.[26]

Zu der Kernfrage, wie die Transformation einer sozialistischen Plan- in eine demokratische Marktwirtschaft gelingen kann und welche etwaigen gesellschaftlichen Folgeprobleme daraus erwachsen konnten (wenn sie überhaupt als solche reflektiert wurden), bestanden unterschiedliche Positionen, die sich in den sozialpolitischen Diskussionen sowie in wissenschaftlichen Debattenbeiträgen zu Armut und sozialer Ungleichheit während der 1990er Jahre niederschlugen. Sozialpolitische Vorstöße von SPD oder Gewerkschaften verbanden sich etwa mit der Hoffnung, einzelne DDR-Elemente – die nach 1990 prominent fortlebenden »sozialen Errungenschaften« – für eine weitergehende Reform gesamtdeutscher Sozialstaatlichkeit zu nutzen. Gemeint war hierbei etwa der Ausbau sozialer Sicherung, die Stärkung des Kündigungsschutzes und des Mutterschutzes sowie eine Garantie der Kinderbetreuung. Gleichzeitig warnten gerade gewerkschaftliche Vertreterinnen schon bald vor einer massiven Unterbietungskonkurrenz bei den *bad jobs* hinsichtlich des Lohnniveaus und der Sozialstandards: Um zu verhindern, dass Ostdeutschland zum sozioökonomischen Hinterhof der Bundesrepublik werde – ein (ost)deutscher »Mezzogiorno«[27] –, müsse nach der nationalen nun die soziale Frage in den Mittelpunkt des »Aufbau Ost« rücken, verlangten etwa gewerkschaftsnahe Zeitgenossen.[28] Die Einheit hätte nach diesen Überlegungen dazu genutzt werden müssen, überkommene Diskrepanzen zu verringern, statt die bestehende Ungleichverteilung innerhalb des Westens beziehungsweise zwischen Ost und West noch weiter zu vergrößern. Solidarität und soziale Gerechtigkeit statt »ungehemmte[r] Bereicherung und Ellenbogenmentalität« seien angebracht, um die Einheit zu vollenden, forderte etwa die Arbeitsgruppe »Armut und Unterversorgung« 1992.[29]

Mit Blick auf den seit 1990 kontinuierlichen Anstieg von Sozialleistungsempfängern beziehungsweise den Rückgang der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wurden innerhalb der emotional geführten öffentlichen wie politischen Diskussion um Armut unterschiedliche Schlüsse gezogen. Vertreterinnen aus dem konservativ-liberalen Spektrum verbanden ihre Argumente mit Debatten über die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts, betonten die internationale Wettbewerbsfähigkeit und stellten das »Modell Deutschland«, das seit den mittleren 1970er Jahren als wirkmächtiger Slogan der bundesdeutschen Selbst- wie Fremdwahrnehmung für das Zusammengehen wirtschaftlicher Leistungsstärke, sozialer Teilhabe und Massenwohlstand gestanden hatte, zunehmend infrage.[30]

Hatte Helmut Kohl auf dem CDU-Parteitag in Düsseldorf am 26. Oktober 1992 bereits verlauten lassen, der »Aufbau Ost« würde länger dauern und teurer werden als angenommen und sei letztlich eine fundamentale Bewährungsprobe für die »Soziale Marktwirtschaft«,[31] finden sich jene Befürchtungen um den Erhalt des Wirtschaftsstandorts im Grundsatzprogramm seiner Partei aus dem Jahr 1994 (»Freiheit in Verantwortung«) gebündelt wieder. Hier ist die Rede von Deregulierung, Entbürokratisierung, Privatisierung, andernfalls drohe eine dauerhafte Überlastung der Sozialsysteme. Folglich wurde sozialstaatlicher Modernisierungsdruck nicht nur diagnostiziert, sondern mit schon länger bestehenden Forderungen nach einem Umbau des Sozialstaats verknüpft.

Der ab 1993 zur Entlastung der Sozialhilfe eingeschlagene Spar- und Konsolidierungskurs der Bundesregierung – etwa durch das »Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm« im Jahr 1994 – wurde von einem Bündnis aus ost- wie westdeutschen Linken heftig kritisiert. Gegen das 1996 vom Bundestag beschlossene »Programm für Wachstum und Beschäftigung«, das sogenannte Sparpaket, das unter anderem eine Einschränkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, eine Lockerung des Kündigungsschutzes in kleineren Betrieben und Kürzungen von sozialstaatlichen Leistungen wie Arbeitslosenhilfe, Kurzarbeitergeld und Schlechtwettergeld vorsah, wurden von SPD und DGB bundesweite Demonstrationen organisiert.[32]

Nebeneffekte des von konservativ-liberaler Seite initiierten »Sozialabbaus« – immerhin »Unwort des Jahres« 1993 – waren politisch (bewusst oder unbewusst) initiierte und medial insbesondere durch die privaten Programme prominent in den allgegenwärtigen Talkshow-Formaten angeheizte Debatten um »Drückeberger«, »Sozialschmarotzer« und »Faulenzer«, die implizite Forderungen nach Leistungsbereitschaft mit fundamentaler Sozialstaatskritik verknüpften und den Weg zu den folgenden Einsparungen bei der Sozialhilfe und der Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengelds medial begleiteten. »Eine erfolgreiche Industrienation, das heißt eine Nation mit Zukunft, läßt sich nicht als kollektiver Freizeitpark organisieren«, argumentierte Kohl in einer Regierungserklärung am 21. Oktober 1993.[33] Seine Rede hatte, ähnlich wie später das erwähnte CDU-Grundsatzprogramm, zum Ziel, die frisch vereinten Deutschen auf die Erfordernisse der Wiedervereinigung einzuschwören. Zu diesen Erfordernissen gehöre es beispielsweise auch, den »Wildwuchs bei den Sozialleistungen (…) zu beschneiden«, wie der Bundeskanzler bereits im Januar in der *Frankfurter Rundschau* zitiert wurde.[34] Dazu passend schaltete das Bundesarbeitsministerium die präventive Anzeigenkampagne »Illegal ist unsozial«[35] und regte an, die Zumutbarkeitsanordnung zu verschärfen.

Und der zuständige CDU-Minister Norbert Blüm artikulierte pauschal Missbrauchsvorwürfe, als er eine größer werdende »Raffinesse, den Sozialstaat auszunützen« sowie eine Scheu zu erkennen glaubte, den »Umweg« über Arbeit zu gehen.[36]

Derartige Debatten scheinen mit Blick auf jüngere Beispiele aus den 2000er Jahren (»Florida-Rolf« oder »Viagra-Kalle«) keine Besonderheit der Nachwendezeit zu sein; ebenso war die imaginierte Trennung in »echte« und »unechte« Arbeitslose ein gesellschaftliches Leitthema bereits seit den ausgehenden 1970er Jahren. Doch nun tauchte diese Argumentationsfigur im Arbeitsmarktdiskurs abermals auf, allerdings unter veränderten Vorzeichen der deutschen Einheit: Viele der Pauschalisierungen und Skandalisierungen lassen sich dabei nur vor dem Hintergrund des »Aufbau Ost« verstehen, da sie mit den vermeintlichen Charakteristika der Ostdeutschen verknüpft wurden. So griff etwa Oskar Lafontaine existierende Vorurteile gegenüber den einstigen DDR-Bürgerinnen auf und behauptete, diese könnten Arbeitstempo und -rhythmus nicht mitgehen, sei ihr Denken doch von einer Verteilungs- und Zuteilungsmentalität gekennzeichnet.[37] Das Bild des »Jammer-Ossis« erhielt aber auch, wenngleich nicht direkt ausgesprochen, durch den Bundestagswahlkampf Helmut Kohls 1994 zusätzliche Nahrung.[38] Solche und andere Exotisierungen reproduzierten die vermeintliche Andersartigkeit des Ostens als ein vom Normalfall abweichendes, gewissermaßen vormodernes Phänomen und zementierten die diskurssemantische Grundfigur »ostdeutsch/westdeutsch« auf nachhaltige Weise – was wiederum die kulturelle Seite des »Aufbau Ost« nachhaltig beeinflussten sollte.

Diese Schilderung des damaligen Arbeitsmarktdiskurses führt aber auch deutlich vor Augen, dass beim Thema Armut und Ungleichheit neben den rein sozioökonomischen auch die mental-sozialpsychologischen Effekte nicht unterschätzt werden dürfen. Diverse Friktionen im Zuge der Übertragung des Bundessozialhilfegesetzes auf die neuen Bundesländer scheinen im Rückblick beinahe zwangsläufig: ob nun auf die ungewohnten Leistungsanforderungen (bürokratische Stichworte: Bedürftigkeitsprüfung und Rückerstattungspflicht) bezogen oder auf grundsätzliche Akzeptanzprobleme. Die im Osten im Vergleich zum Westen Deutschlands um etwa ein Drittel geringer ausfallende Sozialhilfequote war zum einen auf die Unkenntnis vieler »gelernter« DDR-Bürger zurückzuführen, zum anderen auf mentale Überhänge. Der rigide Umgang des SED-Regimes vor 1989 mit gesellschaftlichen Außenseitern – verkörpert durch die als moralisch verwerflich angesehene Sozialfigur des »Asozialen« – stand der ostdeutschen Bevölkerung offenbar noch deutlich vor Augen.

Diese öffentlichen Diskussionen zum Sozialsystem blieben auch aus einem anderen Grund nicht folgenlos. Nicht wenige Ostdeutsche empfanden schon bald nach 1990 eine Sehnsucht nach sozialer Integration und Absicherung der soeben erst überwundenen DDR. Aus dem Gefühl gesellschaftlicher Ungerechtigkeit und Benachteiligung entwickelte sich eine nachträgliche Verbundenheit mit dem untergegangenen Staat und seinen nun immer stärker verklärten »sozialen Errungenschaften«. Von diesen Wahrnehmungen und Empfindungen profitierte politisch schließlich die PDS, auf deren politischer Agenda zusehends Kritik an den sozialen Härten des Umbruchs sowie am Ausbleiben der Einigungsverheißungen des Jahres 1990 stand. Mit der Ablehnung vor allem der sozialpolitischen Linie der Bundesregierung konnte sie insbesondere bei Rentnerinnen, Arbeitslosen oder Menschen in ABM punkten.[39]

Gerade für die Gruppe der Altersrentner, die oftmals pauschal zu den sozialen Gewinnern der Einheit gezählt wird, gestalteten sich die sozialpolitischen Maßnahmen im Zuge des »Aufbau Ost« durchaus widersprüchlich: Vor dem Hintergrund, dass gegen Ende der DDR die durchschnittliche Rente gerade einmal ein gutes Drittel des durchschnittlichen Bruttoarbeitseinkommens betrug, es unter Altersrentnern teils gravierende Rückstände bei der Ausstattung mit langlebigen Konsumgütern gab und insbesondere ältere Frauen, zumal solche, die nur eine Mindestrente bezogen, nicht selten in prekären Verhältnissen lebten, hat sich die Lage der Älteren nach 1990 dank mehrfacher Rentenerhöhungen tatsächlich stark verbessert. Der Anstieg der »Eckrente« – der Altersrente einer Durchschnittsverdienerin mit 45 Versicherungsjahren – führte bis 1994 zu einer Verdopplung der Bezüge im Vergleich zum Jahr 1990, die damit gut drei Viertel des Wertes im Westen ausmachten. »Ostrentner« sahen sich gegenüber ihren Altersgenossinnen im Westen allerdings oftmals benachteiligt, da bei ihnen in aller Regel keine privaten Absicherungen vorhanden waren. Zudem waren ehemalige Betriebsrenten aus der DDR im bundesdeutschen Rentenrecht nicht anerkannt worden.[40] Zwar wurde die (zusätzliche) Angewiesenheit auf Sozialhilfe unter ostdeutschen Altersrentnern durch Maßnahmen wie die Einführung eines Sozialzuschlages noch im Jahr 1990 deutlich reduziert – doch sind bis heute vor allem geschiedene oder unverheiratete alleinlebende ostdeutsche Frauen sowie lebenslange Niedrigverdiener davon bedroht, in Armut abzurutschen. Gleiches gilt freilich auch und sogar noch einmal in verstärktem Maße für die genannten Risikogruppen im Westen. Heute sind vor allem westdeutsche Frauen von Altersarmut betroffen, insbesondere weil sie im Vergleich zu den ostdeutschen lediglich eine kürzere Erwerbsbiografie vorweisen können.[41]

Die These von Frauen als wesentlichen »Verliererinnen« der deutschen Einheit ist ähnlich wie bei den Altersrentnern sicherlich zu pauschal. Die Frauenerwerbsquote lag gegen Ende der DDR bei 91 Prozent, was auch im internationalen Vergleich ungewöhnlich hoch war. 90 Prozent der erwerbstätigen Frauen hatten zudem mindestens ein Kind, ein Beleg für die selbstverständliche, vom SED-Regime auch gezielt geförderte Gleichzeitigkeit von Erwerbs- und Familienarbeit.[42] Demgegenüber lag die weibliche Erwerbsquote in der Bundesrepublik Ende der 1980er Jahre bei gerade einmal 63 Prozent. Im sozialwissenschaftlich-technischen Duktus wurde dieser Umstand gern als »Gleichstellungsvorsprung« der ostdeutschen Frau apostrophiert, wobei jedoch die in der DDR-Gesellschaft bestehende geschlechtsspezifische Machtasymmetrie (etwa in der familiären Arbeitsteilung) und ungleiche Entlohnung außer Acht gelassen wurden. Demgegenüber stand allerdings die weitgehende finanzielle und rechtliche Unabhängigkeit von männlichen Partnern – im Gegensatz zu Westdeutschland, wo gewaltige Einkommensunterschiede und eine ungleich stärkere Abhängigkeit vom männlichen »Ernährer« bestanden.

Dass im Jahr 1993 der Frauenanteil unter den Langzeitarbeitslosen Ostdeutschlands bereits etwa drei Viertel betrug, hatte mit der dramatischen Verknappung auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt, dem weitgehenden Zusammenbruch ganzer Branchen und der erheblichen Schwierigkeit zu tun, Erwerbsleben und Kinderbetreuung miteinander in Einklang zu bringen. Insbesondere für geschiedene Frauen mit Kindern, Frauen ab 45 Jahren oder solche mit kleineren Kindern wirkte sich der Wegfall von Subventionen oder auch der oft von den früheren Betrieben bereitgestellten Infrastruktur der Kinderbetreuung ab 1990 besonders schwerwiegend. So sahen sie sich nun immer häufiger gezwungen, den Gang auf das Arbeits- und Sozialamt anzutreten. Arbeitsplätze für Frauen wurden vor allem im verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich abgebaut, ebenso in tendenziell eher weiblich dominierten Bereichen wie Handel und der Textil- oder Lebensmittelindustrie. Waren im Jahr 1989 noch 4,5 Millionen Frauen in der DDR vollbeschäftigt, hatten 1994 in den neuen Bundesländern weniger als drei Millionen noch eine Anstellung. Angesichts dieser arbeitsmarktlichen wie betrieblichen Ein-, Um- und Abbrüche ist der vergleichsweise leise Protest dieser gesellschaftlichen Gruppe im Rückblick umso erstaunlicher, wie die damalige Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellungsfragen des Landes Sachsen-Anhalt Carmen Stange im Jahr 1993 verwundert bemerkte: »4000 Stahlarbeiter machen Rabatz im Ruhrgebiet, dagegen nehmen 100000 entlassene Textilarbeiterinnen in Sachsen resigniert ihre Kündigung entgegen.«[43]

Der Verlust der sozialen Integration durch Betriebe und damit verbundener Sicherheiten sowie das Wegbrechen bisheriger Arrangements – vor allem bei der Kinderbetreuung – traf alleinerziehende Frauen besonders hart. Der Anteil Alleinerziehender lag zu Beginn der 1990er Jahre zwischen Ostsee und Erzgebirge mit 18 Prozent deutlich höher als im Westen. Die erhöhten Existenzrisiken dieser Gruppe ergaben sich insbesondere aus der sich verteuernden Kinderbetreuung bei gleichzeitig wachsenden Betreuungsaufgaben. Denn auch Kommunen litten nun unter Finanznot, wodurch die Aufrechterhaltung von Kindertagesstätten oder Krippen schwieriger wurde, zumal im Lichte von drohender Unterauslastung durch Abwanderung. Auch hier wurde das Personal reduziert und Öffnungszeiten eingeschränkt, manche Einrichtungen mussten komplett schließen. Letztlich kam es zu einem Abbau von Arbeitsplätzen für Erzieherinnen im Osten von 162 000 (1991) auf 92 000 (2002),[44] was wiederum weiteren Abwanderungstendenzen Vorschub leisten sollte.

Eine Folge verbreiteter beziehungsweise drohender Arbeitslosigkeit und der daraus resultierenden Unsicherheiten war eine dramatisch sinkende Geburtenrate im Osten Deutschlands. 1993/94 hatte sich die Geburtenziffer des Jahres 1989 halbiert und lag bei 0,76, auf dem niedrigsten jemals gemessenen Wert. Seither steigt die Geburtenziffer wieder an, ebenso aber das Durchschnittsalter bei der Geburt des ersten Kindes. Lag dieses 1990 mit 25,4 Jahren noch knapp drei Jahre unter dem im Westen, so erhöhten sich beide Werte im Jahr 2015 auf 30,1 (Osten) und 31,0 Jahre (Westen).[45]

Im engen Zusammenhang mit der Entwicklung der Geburtenziffern in Ost und West steht die Angleichung der Kennziffern für die Kinderbetreuung. Wurden im Osten die Betreuungsplätze für Kinder im Lichte nachlassender Nachfrage wie beschrieben sukzessive reduziert, stieg im Westen die Nachfrage, was politisch mit der Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Halbtagskindergartenplatz ab dem dritten Lebensjahr (1996), dem flächendeckenden Ausbau von Kinderkrippen und der Einführung des Elterngelds (2007) begleitet wurde. Dieses Beispiel verweist auf eine Annäherung hinsichtlich der Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie zwischen West- und Ostdeutschland im Sinne einer »Ko-Transformation« und unterstreicht zugleich den gesellschaftspolitischen Trend einer zunehmenden Gleichberechtigung.[46] Unklar ist dabei allerdings, welchen Einfluss die Vereinigung hatte oder was auf längerfristige Wandlungen zurückzuführen ist: Ostfrauen, so schien es vielen jedenfalls, passten in ihrer Betonung auf Aktivität und Eigenständigkeit nach 1990 nicht so recht in das westliche Interpretationsmuster jener Jahre, nach dem sich eine Frau noch immer oft dem Verdacht ausgesetzt sehen konnte, eine »Raben-

mutter« zu sein, wenn sie ihr Kind in der Krippe betreuen ließ.[47] Dabei bestand unter nicht wenigen ostdeutschen Frauen und auch bei Frauenverbänden die Sorge, errungene Rechte im Zuge der Einheit wieder einzubüßen – sei es bezüglich der Frauenförderung, der Kinderbetreuung, eines stärkeren Kündigungsschutzes mit Kleinkindern bis zum dritten Lebensjahr oder bezogen auf den in den frühen 1990er Jahren hoch emotional diskutierten Schwangerschaftsabbruch. Darauf deuten auch die über Hundertausend Eingaben von Bürgerinnen und Organisationen an die von Bundestag und Bundesrat im November 1991 eingesetzte »Gemeinsame Verfassungskommission« zum Thema Gleichstellung hin.[48] Bezüglich eines Schwangerschaftsabbruchs galt im Osten bis zur deutschen Einheit das Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren Körper (Fristenlösung), während im Westen Deutschlands der Schutz des ungeborenen Lebens im Mittelpunkt stand (Indikationslösung). Der in der Folgezeit gefundene Kompromiss lautete zunächst, dass beide Landesteile für eine Übergangsphase ihre jeweiligen Gesetze behielten und in absehbarer Zeit ein gesamtdeutsches Gesetz verabschiedet würde. 1995 wurde schließlich eine gesamtdeutsche Fristenregelung vereinbart, die letztlich sogar näher an den liberaleren Bestimmungen der DDR war.

Dieses und weitere Beispiele auf dem Gebiet der Gleichstellungsfragen zeigen, dass sich anfängliche Befürchtungen hinsichtlich einer umfassenden Retraditionalisierung von Geschlechterverhältnissen und der Verluste in Sachen Gleichberechtigung mittel- wie langfristig nicht bestätigen sollten. Geprägt von erlernten Verhaltensmustern und ungeachtet der arbeitsmarktlichen Verwerfungen versuchten viele Frauen in Ostdeutschland, am Modell der weiblichen Vollbeschäftigung festzuhalten. Die Erwerbsbeteiligung von ostdeutschen Frauen ist heute noch immer höher als in Westdeutschland. Sie betrug 2018 knapp 74 Prozent (gegenüber 72 Prozent im Westen), wobei Erwerbsneigung nicht vor Armut, insbesondere im Alter, schützt. So finden sich Arbeitnehmerinnen im Vergleich zu Arbeitnehmern häufiger in atypischen und prekären Beschäftigungsverhältnissen wieder, was sich jedoch angesichts der ohnehin abweichenden Lohnstrukturen in Ost und West unterschiedlich bemerkbar macht: So fiel die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern im Osten mit sieben Prozent deutlich geringer aus als im Westen (21 Prozent).[49]

Die gesellschaftliche Dimension des »Aufbau Ost« – Versuch einer Zwischenbilanz

Die Bilanz des »Aufbau Ost« in seinen gesellschaftlichen Dimensionen fällt widersprüchlich aus: Auf der einen, eher »technischen« Seite ist ein weitgehend reibungsloser Ablauf beim Um- und Aufbau der staatlichen Sozialverwaltungen, von Arbeitsämtern und Sozialgerichten in den neuen Bundesländern zu verzeichnen. Im Zuge dieses raschen Institutionentransfers hat sich der bundesdeutsche Sozialstaat als relativ elastisch, lern- und anpassungsfähig erwiesen. Er ist in gewisser Weise durch seine tragende Rolle im Umbruch sogar ausgeweitet und schließlich – gerade mit Blick auf Rechte von Frauen, insbesondere Müttern, sowie bei der Kinderbetreuung – »ostdeutscher« geworden. Diese Transformationsprozesse gelangen trotz einer schweren Strukturkrise, der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit, des geringen Wirtschaftswachstums und sich verändernder Rahmenbedingungen, innerhalb derer das Einigungsgeschehen stattfand, etwa der demografische Wandel, die Globalisierung und die europäische Integration.

Auf der anderen, erfahrungsbezogenen Seite fiel die Vereinigung für viele Ostdeutsche just mit einer »Wiederkehr der sozialen Unsicherheit« (Robert Castel) zusammen. Die Erfahrungen von vormals hohen Erwerbsquoten sowie der Abwesenheit von Arbeitslosigkeit oder existenzieller Unsicherheit erzeugten spezifische Ansprüche an das Wirken der »Sozialen Marktwirtschaft« und des Sozialstaats, die sodann im Zuge der einsetzenden Abhängigkeit von »oben« beziehungsweise »außen« vielfach enttäuscht wurden. Aus vermeintlicher und nachträglich womöglich vielmals überschätzter Stabilität der DDR und ihrer »sozialen Errungenschaften« wurde eine dann umso dramatischer erscheinende wie tatsächliche Fragilität im vereinten Deutschland. Mit dem rapiden Übergang von einer sozial weitgehend nivellierten realsozialistischen zur freien, aber risikobehafteten marktwirtschaftlich verfassten westlichen Gesellschaft waren radikale

Veränderungen der Arbeitswelt, zahlreiche Umorientierungen sowie bisweilen immense individuelle Anpassungen erforderlich. Die »Gleichzeitigkeit von Wohlstandszugewinnen und Unterschichtung«[50] als Spezifikum des Einigungsgeschehens hat tiefe Spuren in den sozialen Strukturen des Ostens und den Biografien vieler Menschen hinterlassen, die sich bis heute unter anderem in beständig neu aufflackernden Anerkennungs- und Legitimationsdiskursen spiegeln.

Rückblickend wirken viele der 1990/91 durch die Politik ergriffenen Maßnahmen, wie Andreas Rödder urteilte, als »Palliativ«[51] bei gleichzeitig hohen und letztlich bis in die Gegenwart fälligen enormen Kosten für die öffentlichen Haushalte beziehungsweise der Beitragszahler. Die Transferleistungen allein zwischen 1991 und 1994 betrugen durchschnittlich jährlich etwa 7000 bis 8000 D-Mark je ostdeutschem Einwohner.[52] Dieser sozialstaatliche »Preis der deutschen Einheit« (Gerhard A. Ritter) erschien jedoch in den Augen der Zeitgenossinnen (ebenso wie die Einführung der »Sozialen Marktwirtschaft«) oft alternativlos und angesichts unbestreitbarer Erfolge auch unerlässlich: Verglichen mit anderen osteuropäischen Ländern fielen die ökonomischen Auswirkungen der Transformation in Ostdeutschland infolge der »Schocktherapie« einerseits besonders stark aus. So sank das Bruttoinlandsprodukt allein im Jahr 1990 um 30,5 Prozent, während der Einbruch beispielsweise in Polen 11,6 Prozent und in Ungarn ein Jahr später 11,9 Prozent betrug. Dass andererseits die sozialen Verwerfungen in Ostdeutschland sich letztendlich in ihrer mittel- und langfristigen Wirkung im Vergleich zu den Ländern Ostmittel- oder gar Südeuropas recht milde ausnahmen, ist vor allem jenen soziopolitischen Interventionen und Weichenstellungen der frühen 1990er Jahre zu verdanken. Die Kehrseite dieser materiellen Abfederung Ostdeutschlands durch die wohlhabende »Westverwandtschaft« dürften allerdings die intensiv wahrgenommenen Abhängigkeiten im Zuge des »Aufbau Ost« sein, die wiederum einer (Selbst-)Wahrnehmung der Unterordnung, Deklassierung und Minderwertigkeit Vorschub geleistet haben – ein Phänomen, das es in dieser spezifischen Ausprägung in den osteuropäischen Vergleichsländern so nicht geben konnte.

Im Jahr 1994 war nur noch etwa jeder dritte Ostdeutsche auf demselben Arbeitsplatz beschäftigt wie fünf Jahre zuvor. In der ostdeutschen Teilgesellschaft herrschten erhebliche Orientierungsverluste, hohe Belastungen für Familien, Entwertungserfahrungen, Unsicherheit und Stress, Angst und Perspektivlosigkeit. Noch zehn Jahre später nannte Bundespräsident Johannes Rau die Arbeitslosigkeit in seiner Berliner Rede die »größte Wunde der Gesellschaft« und beschrieb damit treffend die Lage eines durch-

geschüttelten Sozialgefüges. Zu diesem Zeitpunkt stand das Schlimmste allerdings noch bevor: Im Februar 2005 stieg die Arbeitslosenquote im Osten auf 22,8 Prozent – die bis dahin höchste jemals gemessene Zahl.

Ostdeutschland bedurfte, entgegen den hochfliegenden Hoffnungen und Erwartungen der Jahre 1989/90, einer stetigen Alimentierung und war unverkennbar eine Dependenz- oder Transferökonomie, die strukturell am Tropf westdeutscher Güter- und Finanzüberweisungen hing. Wurden 1992 fast 50 Prozent der Gesamtausgaben der Bundesanstalt für Arbeit in die neuen Bundesländer transferiert, waren es zehn Jahre später noch immer 40 Prozent. Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherung lagen trotz Beitragserhöhungen im Defizit, was zu einer Verschärfung der ohnehin bestehenden Krise des Sozialstaats beitrug. Die durch die rot-grüne Bundesregierung von Gerhard Schröder nach der Jahrtausendwende konzipierten arbeitsmarktpolitischen Reformen (»Hartz«-Gesetze) begegneten dieser Krise mit der Betonung auf stärkerer Aktivierung und Eigenverantwortung, fokussierten damit auf individuelle Mängel statt auf strukturelle Faktoren und führten zu einem erhöhten Druck auf Arbeitslose – was wiederum breite Verunsicherungen auslöste. Die Reformen stellten im Osten Deutschlands einen besonderen Einschnitt dar, da hier im Verhältnis zur gesamten deutschen Bevölkerung weitaus mehr Menschen betroffen waren. Die den »Hartz«-Gesetzen zugrunde liegende Vorstellung, es liege in erster Linie in der Hand der Arbeitslosen, sich aus ihrer Lage befreien, provozierte in einer Zeit, als in Ostdeutschland auf eine offene Stelle 36 Arbeitslose kamen,[53] zum Teil heftigen Protest. Im Sommer 2004 gingen mehrere Zehntausend Menschen etwa in Magdeburg oder Leipzig gegen diese Reformen auf die Straße. Diese »Montagsdemonstrationen« knüpften dabei bewusst an das wohlbekannte, ja mittlerweile ikonische Artikulations- und Handlungsrepertoire von 1989 an.

War mit diesen Demonstrationen ein vorläufiger Höhepunkt bundesweiter sozialpolitischer Debatten erreicht, sank die Arbeitslosenquote seit 2005 kontinuierlich; auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen war seither rückläufig. 2014 fiel die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote im Osten erstmals seit 1990 unter die Zehn-Prozent-Marke, wiederum fünf Jahre später lag sie nur noch bei 6,4 Prozent. Ist dies ein Anlass zur Freude? Ja und nein, denn ein Teil dieser Entwicklung ist auf demografische Faktoren zurückzuführen und wird von Sozialwissenschaftlerinnen oft als Effekt einer »passiven Sanierung« interpretiert, der vor allem durch den Eintritt in das Rentenalter oder durch Abwanderung zustande kommt. Weitere Gründe sind darin zu finden, dass die neuen Bundesländer durchaus ein »Experimentierfeld« für Deregulierung und Flexibilisierung darstellen.

Der bundesweite Trend, bei dem der Anteil der atypisch Beschäftigten, also von Personen, die als Haupttätigkeit eine geringfügige oder befristete Beschäftigung ausüben, von 4,3 Millionen (1991) bis heute auf knapp 8 Millionen gestiegen ist, manifestiert sich im Osten besonders deutlich. Jener Anteil lag im Osten 2018 mit 31,2 Prozent mehr als doppelt so hoch wie im Westen; noch 2013 verdienten 24 Prozent aller Beschäftigten im Osten, aber nur elf Prozent im Westen weniger als den 2015 eingeführten Mindestlohn.[54] Die Folge ist die Entstehung einer neuen Klasse von *working poor*, also von Menschen, die trotz Arbeit (meist im Niedriglohnbereich) von Armut betroffen sind. Dessen ungeachtet standen die Chancen für Ausbildungsabsolventen, von ihren Betrieben übernommen zu werden, bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 im Osten Deutschlands selten so gut. In Ostdeutschland lag die Übernahmequote 2018 bei 71 Prozent – dies allerdings ebenfalls ein Effekt von Geburteneinbruch und Abwanderung nach 1990.

Die Bedeutung dieser massiven Wanderungsbewegungen als Nebenerscheinung des »Aufbau Ost« kann kaum überschätzt werden. Heute sprechen wir von einer ostdeutschen »Schrumpfgesellschaft« (Steffen Mau), die allein in den ersten 20 Jahren nach 1989 einen Nettowanderungsverlust von fast 1,8 Millionen Menschen zu verkraften hatte. Dabei erfolgte die Abwanderung in mehreren Wellenbewegungen: Vor allem in den ersten vier Jahren nach der Wiedervereinigung, im Zuge des skizzierten »Öffnungsschocks« (Michael Hüther) nach der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, kehrten besonders viele Menschen den neuen Bundesländern den Rücken. Sie gingen in dieser hoch dynamischen Wanderungsphase vor allem nach Bayern, Nordrhein-Westfalen, Niedersachen und Baden-Württemberg – allesamt industrie- und wirtschaftsstarke Gegenden mit einem breiten Arbeitsplatzangebot.[55] Ein neuer Höhepunkt wurde im Jahr 2001 erreicht, als 230 000 Menschen folgten. Hinzu kam das schwer zu fassende, aber bis heute anhaltende Phänomen der Tages- und Wochenpendlerinnen, ob nun aus der Gegend um Eisenach, dem Ohre-Kreis (Sachsen-Anhalt) oder dem Vogtland.

Die einzelnen Regionen waren in unterschiedlicher Weise von diesem menschlichen Aderlass betroffen. Allen voran leiden ländlich geprägte und strukturschwache Regionen sowie ehemalige monostrukturierte Industriegebiete in überdurchschnittlicher Weise unter Bevölkerungsverlusten, was jedoch nicht nur für den Osten, sondern für ganz Deutschland sowie viele Teile Europas und der westlichen Welt zutrifft: Sachsen-Anhalt hat allein zwischen 1991 und 2012 insgesamt 20 Prozent seiner Einwohner verloren, in kleineren Städten, wie im sachsen-anhaltinischen Hettstedt

(seit 1989 und bis heute um über ein Drittel), fiel der Rückgang dabei besonders drastisch aus. Anderswo sind die Bevölkerungsverluste sogar noch deutlicher zu spüren: Eisenhüttenstadt in Brandenburg ist seit 1990 erheblich geschrumpft: Damals zählte die vormalige »sozialistische Vorzeigestadt« noch gut 50 000 Einwohnerinnen, 2019 waren es noch gut 23 000. Auch das nordostsächsische Hoyerswerda hat seit der Wende mehr als die Hälfte seiner ursprünglichen Bevölkerung verloren: von knapp 68 000 Einwohnern Ende 1989 auf noch etwa 32 000 Ende 2019. Betrachten wir einzelne Städte, so ist Suhl trauriger Spitzenreiter: Die Stadt hat seit 1991 38 Prozent seiner Einwohnerinnen verloren; andere Gegenden wie der Burgenland- oder der Erzgebirgskreis, aber auch der Landkreis Mansfeld-Südharz im Südwesten von Sachsen-Anhalt wiesen zwischen 1991 und 2017 einen Bevölkerungsverlust zwischen 24 und 28 Prozent auf.[56]

Mittel- und langfristig bedeutet diese Abwanderung oft gut ausgebildeter und in aller Regel junger Menschen einen zwangsläufigen Rückbau sozialer Infrastrukturen wie Schulen, Krankenhäuser, Sport- und Freizeitanlagen oder Kultureinrichtungen sowie damit verbunden die weitere Abwanderung von Trägerinnen zivilgesellschaftlichen Engagements – wobei unerheblich erscheint, ob diese Menschen nun in den Westen Deutschlands oder in das Umland ostdeutscher Großstädte ziehen. Der Rückgang bei der Zahl erwerbsfähiger Personen führt zu erneuten Wegzügen, einer Zunahme des Durchschnittsalters und einer Verringerung der Steuereinnahmen. All dies lässt letztendlich entvölkerte und verödete Räume mit geringer wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Dynamik entstehen. Ein Blick auf die Zusammensetzung der Weggezogenen verrät, dass es nicht nur überwiegend Jüngere, sondern überdurchschnittlich viele Frauen waren und sind, die vermutlich aufgrund größerer Flexibilität und einem ausgeprägteren Pragmatismus arbeitsmarkt- und verdienstbedingt aus dem Osten abwandern. Unter den unter 30-Jährigen, die zwischen 1991 und 2005 Ostdeutschland verließen, waren zwei Drittel weiblich. Dieses geschlechterspezifische Ungleichgewicht, das in der Europäischen Union seinesgleichen sucht, führte und führt zu weiteren demografischen und ökonomischen Auswirkungen, ja zog und zieht dauerhafte Spannungen in der »Bleibegesellschaft« nach sich. Heute lässt sich eine demografische Maskulinisierung für fast alle Regionen im Osten Deutschlands erkennen, sieht man einmal von den Universitätsstädten ab. In Landkreisen wie Parchim oder Elbe-Elster kommen in der Gruppe der 18- bis 29-Jährigen auf 100 Männer lediglich 80 Frauen.[57] Als Folge des ausgeprägten Männerüberschusses in der Gruppe der Heiratsfähigen vermuten jüngere sozialwissenschaftliche Untersuchungen etwa einen Ein-

fluss auf Wahlverhalten und politische Einstellungen. Dies könnte dann in einem weiteren Schritt Folgen für das Aufkommen von Kriminalität und Gewalt zeitigen oder Aspekte der Familiengründung – da die hierfür nötigen Partnerinnen nicht zur Verfügung stehen – beeinflussen. Darüber hinaus sind die Chancen insbesondere gering qualifizierter Männer auf dem ländlichen Heiratsmarkt seit 1990 dramatisch gesunken.

Neben die Vermännlichung insbesondere des ostdeutschen ländlichen Raumes tritt eine markante Vergreisung, die immensen Einfluss auf den örtlichen Arbeitsmarkt und das System der sozialen Sicherung hat. Auch hier betrifft dieses Phänomen nicht nur den Osten: Bundesweit lag der Anteil der über 60-Jährigen 1990 bei 21 Prozent, für 2030 ist ein Anstieg auf 30 Prozent prognostiziert. Die Schrumpfung und Alterung ist nicht nur in der Uckermark, dem Erzgebirge oder der Altmark, sondern auch in westdeutschen Gegenden wie Nordhessen, der Südwestpfalz, in Teilen des Saarlandes, in Ostholstein, im Hunsrück und im Sauerland oder in Oberfranken zu konstatieren, was wiederum auf die ungleichen Entwicklungen von urbanen und ländlichen Gebieten beziehungsweise von strukturstarken und -schwachen Regionen deutet.[58]

Besonders »abgehängte« Regionen mit erheblichen strukturellen Problemen liegen jedoch vor allem im Osten, der damit »Modellregion« für künftige demografische Problemstellungen sein dürfte: Der Altenquotient, also die Anzahl der in der Regel nicht mehr berufstätigen über 65-Jährigen je 100 der erwerbsfähigen 20- bis 65-Jährigen, ist in den ostdeutschen Ländern von 22,4 (1990) auf 36,0 (2011) angestiegen. Im früheren Bundesgebiet belief sich der Anstieg des Altenquotienten im gleichen Zeitraum von 23,9 auf 33,1. Bis zum Jahr 2030 könnte dieser Quotient in den ostdeutschen Ländern (einschließlich Berlin) auf rund 63 ansteigen; für die alten Länder wird immerhin ein Anstieg auf 51 prognostiziert. Auch hier dürften allerdings auffällige regionale Unterschiede zu verzeichnen sein: Hamburg würde demzufolge bei 38 Prozent liegen, Nordrhein-Westfalen durchschnittlich bei 50 Prozent, Sachsen hingegen bereits bei 65, Sachsen-Anhalt sogar bei 71 Prozent.[59] Der höhere Anteil an Alten hat im Übrigen jüngst in der Corona-Pandemie dazu geführt, dass es in einigen ostdeutschen Regionen zu dramatisch erhöhten Sterbezahlen kam.

Neben den Folgen für die Herkunftsregionen sind auch solche für die Abgewanderten selbst nicht zu ignorieren. Weggehen erzeugt Distanz und führt zu einer Entfremdung von den Herkunftsmilieus – was innerliche Zerrissenheit und Gefühle des Andersseins auslösen kann. Dies mag im Fall von Ostdeutschland teilweise die mittlerweile deutlich wachsenden Rückwandererquoten erklären.[60]

Bei der Analyse von innerdeutschen Migrationsbewegungen und entsprechender regionaler Differenzierung kann allerdings auch festgestellt werden, dass Städte wie Jena, Erfurt, Dresden, Leipzig, Potsdam oder andere innovative Regionen mit hohen Wachstumsraten und einer Wohnort- und Arbeitsplatzattraktivität mittlerweile auch viele junge Westdeutsche anziehen.[61] So kam es in den vergangenen 30 Jahren auch zur Bewegung »gegen den Strom«, mit der jährlich viele Tausend Menschen von West nach Ost wanderten, die in den östlichen Bundesländern ihrer neue Heimat gefunden haben und inzwischen als »Wossis« zumindest in einigen ostdeutschen Mittel- und Großstädten eine quantitativ nicht unerhebliche Gruppe bilden. Diese Beispiele zeigen an, dass der Wohlstand einzelner Regionen nicht mehr ausschließlich Ost-West-Logiken folgt, sondern mittlerweile zunehmend quer dazu liegt. Landflucht und größer werdende Unterschiede zwischen urbanen Agglomerationsräumen und ländlichen, strukturschwachen Peripherien mit entsprechender Altersstruktur, die im Osten Deutschlands aufgrund seiner traditionell ausgeprägteren agrarischen Struktur wiederum häufiger vorkommen, sind Entwicklungen, die zunehmend auch den Westen der Republik erreicht haben. Der schwierige und mit vielen Widersprüchen und Konflikten behaftete »Aufbau Ost« nach 1990 hat damit übergreifende Trends in gewisser Weise verschärft und dramatisiert, aber keineswegs allein ausgelöst. Fachkräftemangel, Einsamkeit unter den Dagebliebenen, Probleme bei der Pflege und der Gesundheitsversorgung, geringere Steuereinnahmen, Schwierigkeiten bei der Aufrechterhaltung der nach 1990 noch intensiv auf- und ausgebauten Daseinsvorsorge – all dies sind kritische Aspekte, die sich mit der Frage um die Zukunftsfähigkeit der betroffenen Landstriche verbinden und auf massive Ungleichheiten bei Teilhabechancen verweisen.[62]

Im August 2020 waren die westdeutschen Stadtstaaten bei der Arbeitslosigkeit ganz oben angesiedelt, allen voran Bremen mit zwölf Prozent, während die Quote in Ostdeutschland durchschnittlich 7,8 Prozent betrug.[63] Ähnliches ist für die Armutsgefährdungsquote zu vermerken, also den Anteil von Personen mit einem Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgrenze. Unter den fünf Bundesländern mit den höchsten Armutsquoten liegt Bremen auf Rang eins, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Berlin und Nordrhein-Westfalen: Grob gesagt, zeigt sich also eher ein markantes Nord-Süd- denn ausschließlich ein Ost-West-Gefälle.[64]

Demzufolge ist letztlich nicht das eingetroffen, was Pessimisten zu Beginn der 1990er Jahre befürchteten, nämlich dass Armut im Osten zu einem Mehrheitsphänomen werden könnte. Der Eindruck einer Angleichung kann allerdings kaum die nach wie vor bestehenden Unterschiede

auf anderen Gebieten verdecken. Das Nettogeldvermögen etwa weist ein beträchtliches Maß an Ungleichheit auf: 1993 verfügten westdeutsche Privathaushalte mit durchschnittlich 53 800 D-Mark über ganz erheblich mehr Vermögen als ostdeutsche (15 300 D-Mark), während im selben Jahr nur 27,7 Prozent der ostdeutschen Haushalte eigenen Haus- beziehungsweise Grundbesitz vorweisen konnten (im Westen gut 50 Prozent). Auch 2017 noch verfügten Ostdeutsche durchschnittlich über 40 Prozent des Vermögens von Westdeutschen (2017),[65] wobei die Differenz gegenüber Süddeutschland noch einmal erheblich eklatanter ausfällt. Gleiches trifft für Aktien- und Immobilienbesitz als wichtigster Vermögensform – zumal ostdeutsche Immobilien im Schnitt nur halb so viel wert sind – sowie Erbschaften zu. Im Westen wird durchschnittlich etwa viermal mehr vererbt als im Osten.[66]

Durch Prozesse der fortwährenden Anhäufung von Vermögen und einer markanten Reproduktion dieses Besitzes durch Vererbung werden existierende Spaltungen im Land eher vergrößert denn reduziert. Deren indirekte Folgen wiederum auf anderen Feldern erschließen sich manchmal erst auf den zweiten Blick: So hat sich die Lebenserwartung in Ost und West seit 1990 schrittweise angeglichen, bei Frauen noch deutlich mehr als bei Männern – bei einkommensschwachen Gruppen jedoch in geringem Maße. Seinerzeit lag der Vorsprung der Bundesrepublik noch bei über 30 Monaten. Heute besteht die größte Diskrepanz bei Frauen zwischen dem Landkreis Starnberg (85,7 Jahre) und dem Salzlandkreis in Sachsen-Anhalt (81,8 Jahre), bei Männern zwischen München (81,2 Jahre) und Bremerhaven (75,8 Jahre). Dabei war die Lebenserwartung in Ostdeutschland allein zwischen 1989 und 1990 um fast ein Jahr gesunken, was auf einigungsbedingte Stressfaktoren zurückzuführen war. So nahmen etwa Herzinfarkte von 1990 bis 1992 um 20 Prozent zu.[67]

Trotz aller Angleichungen gibt es aber in Bezug auf die Gesundheit weiterhin bedeutende Differenzen. Bei der Herzinfarkt-Sterblichkeit wurden im Jahr 2012 die fünf ostdeutschen Länder ganz oben angeführt (mit dem Schlusslicht Sachsen-Anhalt), wobei Expertinnen vor allem sozioökonomische Faktoren wie Arbeitslosigkeit und geringe Bildung als Begründung hierfür anführten.[68] Auch andere Statistiken bestätigen den Eindruck andauernder Diskrepanzen: Laut einer Studie des Robert Koch-Instituts sterben in der Gruppe der 15- bis 44-Jährigen in Ostdeutschland mehr Männer als im Westen. Als Hauptursachen werden Unfälle, alkoholbedingte Leberkrankheit, Herz-Kreislauf-Krankheiten und Krebs genannt. Insbesondere Männer sterben um ein Vielfaches häufiger an Leber- oder Krebserkrankungen, die auf Alkohol zurückgehen.[69]

Anmerkungen

1 Wolfgang Engler/Jana Hensel, Wer wir sind. Die Erfahrung, ostdeutsch zu sein, Berlin 2018, S. 131.
2 Rainer Geißler, Nachholende Modernisierung mit Widersprüchen. Eine Vereinigungsbilanz aus modernisierungstheoretischer Perspektive, in: Heinz-Herbert Noll/Roland Habich (Hrsg.), Vom Zusammenwachsen einer Gesellschaft: Analysen zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland, Frankfurt/M. 2000, S. 37–62.
3 Heinrich Best/Everhard Holtmann, Die langen Wege der deutschen Einigung. Aufbruch mit vielen Unbekannten, in: Dies. (Hrsg.), Aufbruch der entsicherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung, Frankfurt/M. 2012, S. 9–39.
4 Eckart Conze, Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009, S. 745.
5 Diese und weitere Zahlen zu arbeitsmarkt- oder sozialpolitischen Entwicklungen jener Jahre entstammen den Angaben aus den jeweiligen Statistischen Jahrbüchern.
6 Vgl. Katrin Rohnstock (Hrsg.), Mein letzter Arbeitstag. Abgewickelt nach 89/90. Ostdeutsche Lebensläufe, Berlin 2014; siehe auch Rainer Zoll (Hrsg.), Ostdeutsche Biographien. Lebenswelt im Umbruch, Frankfurt/M. 1999; Wolfgang Engler, Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land, Berlin 1999.
7 Vgl. etwa Hanna Haupt/Ursula Schubert, Umbruchsarmut in den neuen Bundesländern, Berlin 1995; siehe vergleichend Ernst-Ulrich Huster, Armut im geeinten Deutschland: Zur Parallelität von sozialen Ausgrenzungsprozessen in West- und Ostdeutschland, in: Berliner Debatte Initial, 6 (1995) 1, S. 3–17.
8 Vgl. hier und für die folgenden genannten Zahlen: Gerhard A. Ritter, Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats, München 2006, S. 117–119.
9 Vgl. Ulrich Herbert, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, Berlin 2014, S. 1147.
10 Vgl. Berthold Vogel, Die Spuren der Arbeitslosigkeit. Der Verlust der Erwerbsarbeit im Umbruch der ostdeutschen Gesellschaft, in: Hartmut Esser (Hrsg.), Der Wandel nach der Wende: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik in Ostdeutschland, Wiesbaden 2000, S. 225.
11 Gunnar Winkler, Leben in Ostdeutschland, in: Ders. (Hrsg.), Sozialreport 1995: Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Berlin 1995, S. 16.
12 Gerhard A. Ritter, Rahmenbedingungen der innerdeutschen Einigung, in: Ders. (Hrsg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 11: Bundesrepublik Deutschland 1989–1994. Sozialpolitik im Zeichen der Vereinigung, Baden-Baden 2007, S. 71, 75 f.
13 Vogel (Anm. 10), S. 232.
14 Andreas Rödder, Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009, S. 343.
15 Regine Hildebrandt, Armut in Ostdeutschland, in: Perik Muzaffer/Wilhelm Schmidt/Peter-Ulrich Wendt (Hrsg.), Arm dran. Armut, sozialer Wandel, Sozialpolitik, Marburg 1995, S. 80.
16 Rainer Geißler, Neue Strukturen der sozialen Ungleichheit im vereinten Deutschland, in: Robert Hettlage/Karl Lenz (Hrsg.), Deutschland nach der Wende. Eine Zwischenbilanz, München 1995, S. 120.

17 Vgl. Rainer Geißler, Sozialer Umbruch in Ostdeutschland. Einleitende Bemerkungen, in: Ders. (Hrsg.), Sozialer Umbruch in Ostdeutschland, Opladen 1993, S. 7–29.
18 Roland Merten, Junge Familien in den neuen Bundesländern: die vergessenen Verlierer im Prozeß der deutschen Vereinigung, in: Sozialer Fortschritt, 42 (1993) 12, S. 295–302.
19 Deutscher Bundestag, Unterrichtung durch die Bundesregierung: Bericht über die Situation der Kinder und Jugendlichen und die Entwicklung der Jugendhilfe in den neuen Bundesländern – Neunter Jugendbericht – mit der Stellungnahme der Bundesregierung zum Neunten Jugendbericht (Drucksache 13/70), 8.12.1994.
20 Ritter (Anm. 8), S. 148.
21 Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.), Armut in Deutschland, Reinbek bei Hamburg 1994, S. 35 f., 143, 165. Als gesamtdeutsche Armutsschwelle wurden 50 Prozent des Medianeinkommens angesetzt. Bei Zugrundelegung einer gemeinsamen Armutsgrenze galten 21,9 Prozent aller Kinder im Osten und 11,8 Prozent im Westen als arm. Vgl. auch Eva Reichwein, Kinderarmut in der Bundesrepublik Deutschland. Lebenslagen, gesellschaftliche Wahrnehmung und Sozialpolitik, Wiesbaden 2012, S. 303.
22 Vgl. Detlef Pollack/Gert Pickel/Jörg Jacobs, Wächst zusammen, was zusammengehört? Subjektive und objektive Komponenten sozialer Ungleichheit in Ost- und Westdeutschland, in: Roland Lutz/Matthias Zeng (Hrsg.), Armutsforschung und Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern, Opladen 1998, S. 18.
23 Hildebrandt (Anm. 15), S. 83.
24 Weh dem, der hier in Not gerät, in: Die Zeit, 47/1991.
25 Vgl. Rotraut Weeber u. a., Obdachlosigkeit in den neuen Bundesländern, Bonn 1993, S. 5.
26 Vgl. Annette Harth/Ulfert Herlyn/Gitta Scheller, Segregation in ostdeutschen Städten. Eine empirische Studie, Opladen 1998.
27 Vgl. Karl Schiller, Der schwierige Weg in die offene Gesellschaft. Kritische Anmerkungen zur deutschen Vereinigung, Berlin 1994.
28 Etwa Gerhard Bäcker, Ein Staat, zwei Gesellschaften. Sozioökonomische Probleme und sozialpolitische Herausforderungen im vereinigten Deutschland, in: Zeitschrift für Sozialreform, 37 (1991) 4, S. 201–229.
29 Arbeitsgruppe Armut und Unterversorgung, Fachpolitische Stellungnahme '92, in: Zeitschrift für Sozialreform, 38 (1992) 8, S. 480–497.
30 Wencke Meteling, Internationale Konkurrenz als nationale Bedrohung. Zur politischen Maxime der »Standortsicherung« in den neunziger Jahren, in: Ralph Jessen (Hrsg.), Konkurrenz in der Geschichte. Praktiken – Werte – Institutionalisierungen, Frankfurt/M.–New York 2014, S. 289–315.
31 Ritter (Anm. 8), S. 355.
32 Conze (Anm. 4), S. 793.
33 »Zukunftssicherung des Standortes Deutschland«. Regierungserklärung abgegeben von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag am 21. Oktober 1993.
34 So die Überschrift in der Frankfurter Rundschau vom 5. Januar 1993.
35 Die Tricks der Sozialbetrüger, in: Focus, 15/1994.
36 Sozialstaat: Arm an Wissen über Armut, in: Der Spiegel, 31/1993.
37 Oskar Lafontaine, Deutsche Wahrheiten. Die nationale und die soziale Frage, Hamburg 1990, S. 26.

38 Vgl. Philipp Ther, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin 2014, S. 280 f.
39 Vgl. Gero Neugebauer/Richard Stöss, Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten, Opladen 1996, S. 54–57.
40 Vgl. Ritter (Anm. 8), S. 393 f.; Ursula Schubert, Einkommensentwicklung und Armut in den neuen Bundesländern – Einige Ergebnisse des Sozialreports 1996, in: Irene Becker/Richard Hauser (Hrsg.), Einkommensverteilung und Armut. Deutschland auf dem Weg zur Vierfünftel-Gesellschaft?, Frankfurt/M. 1997, S. 186–190.
41 Vgl. Klaus Morgenstern, Der Ost-West-Unterschied bei der Altersarmut, 27.7.2017, www.dia-vorsorge.de/presse/der-ost-west-unterschied-bei-der-altersarmut.
42 Vgl. Zoll (Anm. 6), S. 191.
43 Carmen Stange, Zwischen alten Leitbildern und neuen Lebensstilen, in: Interne Studien und Berichte, 47 (1993), S. 56.
44 Eva Schäffler, Paarbeziehungen in Ostdeutschland. Auf dem Weg vom Real- zum Postsozialismus, Wiesbaden 2017, S. 264–267; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, So geht Einheit. Wie weit das einst geteilte Deutschland zu einem verschmolzen ist, Berlin 2015, S. 22 f.
45 Stefan Wolle/Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Umbruch Ost. Lebenswelten im Wandel: Eine Ausstellung zur Geschichte der deutschen Einheit, Berlin 2020, S. 93.
46 Berlin-Institut (Anm. 44), S. 22 f.; Oscar W. Gabriel/Everhard Holtmann/Tobias Jaeck u. a., Deutschland 25. Gesellschaftliche Trends und politische Einstellungen, Bonn 2015, S. 99.
47 Birgit Bütow (Hrsg.), EigenArtige Ostfrauen: Frauenemanzipation in der DDR und den neuen Bundesländern, Bielefeld 2014.
48 Deutscher Bundestag (Hrsg.), Bericht der Gemeinsamen Verfassungskommission, Bonn 1993, S. 247; Christel Faber/Traute Meyer (Hrsg.), Unterm neuen Kleid der Freiheit. Das Korsett der Einheit. Auswirkungen der deutschen Vereinigung für Frauen in Ost und West, Berlin 1992.
49 Aline Zucco, Deutsche Einheit auch im Job?, 15.9.2020, www.wsi.de/de/blog-17857-deutsche-einheit-auch-im-job-26575.htm.
50 Steffen Mau, Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, Berlin 2019, S. 169.
51 Rödder (Anm. 14), S. 217.
52 Ritter (Anm. 8), S. 127–134.
53 Ther (Anm. 38), S. 294.
54 Sebastian Fink/Olaf Jacobs, So leben wir. Eine Bestandsaufnahme in Ostdeutschland, Bonn 2014, S. 29; Berlin-Institut (Anm. 44), S. 26.
55 Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle – IHW (Hrsg.), Ostdeutschlands Transformation seit 1990 im Spiegel wirtschaftlicher und sozialer Indikatoren, Halle 2009, S. 70.
56 Vgl. für diese und weitere Zahlen: Die Millionen, die gingen, 2.5.2019, www.zeit.de/politik/deutschland/2019-05/ost-west-wanderung-abwanderung-ostdeutschland-umzug. Vgl. auch Andreas Willisch (Hrsg.), Wittenberge ist überall. Überleben in schrumpfenden Regionen, Berlin 2012.

57 Berlin-Institut (Anm. 44), S. 17; Raphael Emanuel Dorn, Alle in Bewegung. Räumliche Mobilität in der Bundesrepublik Deutschland 1980–2010, Göttingen 2018, S. 119.
58 Ritter (Anm. 8), S. 141; Berlin-Institut (Anm. 44), S. 13; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.), Vielfalt der Einheit. Wo Deutschland nach 30 Jahren zusammengewachsen ist, 2020, www.berlin-institut.org/studien-analysen/detail/vielfalt-der-einheit, S. 7.
59 Ulrich Busch, Aufholen ohne einzuholen. Ein Vierteljahrhundert ostdeutscher Integration, in: Ders./Michael Thomas (Hrsg.), Ein Vierteljahrhundert Deutsche Einheit. Facetten einer unvollendeten Integration, Berlin 2015, S. 24.
60 Mau (Anm. 50), S. 193. Vgl. zudem Wanderungen zwischen West- und Ostdeutschland (1991–2018), www.bib.bund.de/DE/Fakten/Fakt/M34-Wanderungen-West-Ost-ab-1991.html.
61 Ulrich Busch, Aufbau Ost – Bilanz und Perspektiven, in: Berliner Debatte Initial, 16 (2005) 1, S. 80. Vgl. grundsätzlich auch Markus Decker, Zweite Heimat: Westdeutsche im Osten, Berlin 2014.
62 Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle – IWH (Hrsg.), Vereintes Land – drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall, Halle 2019; siehe auch Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung/Wüstenrot Stiftung, Teilhabeatlas Deutschland. Ungleichwertige Lebensverhältnisse und wie die Menschen sie wahrnehmen, Berlin 2019.
63 Arbeitslosenquote in Deutschland nach Bundesländern (August 2020), https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36651/umfrage/arbeitslosenquote-in-deutschland-nach-bundeslaendern.
64 Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 282 vom 25. Juli 2019, www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2019/07/PD19_282_634.html.
65 Ritter (Anm. 12), S. 85; Mau (Anm. 50), S. 176.
66 Berlin-Institut (Anm. 62), S. 35; Ulrich Busch, Polarisierende Konvergenz. Zur Ost-West-Diskrepanz privater Vermögensverhältnisse, in: Ders./Thomas (Anm. 59), S. 165–188.
67 Berlin-Institut/Wüstenrot Stiftung (Anm. 62), S. 15; Rohnstock (Anm. 6), S. 11.
68 Berlin-Institut/Wüstenrot Stiftung (Anm. 62), S. 49.
69 Irene Berres u. a., 30 Jahre Mauerfall So unterscheidet sich die Gesundheit in West und Ost, 23.10.2019, www.spiegel.de/gesundheit/diagnose/30-jahre-mauerfall-so-unterscheidet-sich-die-gesundheit-in-west-und-ost-a-1288102.html.

3 Kulturelle Umorientierungen: Ost-West-Verhältnisse, symbolische Trennungen und identitäre Suchbewegungen

Zuschreibungen: »Jammer-Ossis«, »Besser-Wessis« und ihre Eigendynamiken

Möchte man Ost-West-Identitäten und gegenseitige Fremdheitsgefühle untersuchen, so ist der Umstand der 40-jährigen Teilung beider deutscher Staaten kaum von transformationsbedingten Einflüssen zu trennen. Zwar werden langfristige Prägewirkungen der DDR-Zeit vor und kurzfristige Transformationserfahrungen nach 1990 in den erinnerungskulturellen Kontroversen oft reflexhaft gegeneinander ausgespielt: Während konservative oder liberale Autorinnen eher auf die mentalen »Verformungen« der Diktatur abheben, um politisch-kulturelle Abweichungen im Osten zu erklären, verweisen linke sowie andere tendenziell vereinigungskritische Positionen stärker auf die wirtschaftlichen und sozialen Ungewissheiten und persönlichen Verlusterfahrungen in den nachfolgenden Umbrüchen. Doch wird man in dieser Schärfe kaum zu einer differenzierten Perspektive auf dieses seit über drei Jahrzehnten existierende Themenfeld gelangen, in dem in immer neuen Varianten die Frage aufgeworfen wird, warum der Osten »anders tickt«. Uns geht es im Kontext des »Aufbau Ost« darum, diesen nicht nur als wirtschaftlich-unternehmerisches, politisch-staatliches oder gesellschaftlich-soziales, sondern auch als kulturell-mentales Umbauprojekt mit offenem Ausgang zu beschreiben. Dabei wird von einem komplexen Zusammenwirken verschiedener Faktoren ausgegangen, die sich keinesfalls in der altbekannten Opposition von »Diktatur-Prägung« versus »Transformations-Trauma« erschöpfen. Vielmehr soll insbesondere die einseitige Fixierung auf »den« Osten beziehungsweise »die« Ostdeutschen gerade auch in der zeithistorischen Analyse stärker problematisiert und hinterfragt werden.

Eine Untersuchung des kulturellen »Aufbau Ost«, also der kulturell-mentalen Integration der Ostdeutschen und deren Wechselwirkungen mit dem Umbruchsgeschehen muss zudem einerseits das abrupte Ende vielfältiger Sicherheiten und Gewissheiten und andererseits die sich daraus entwickelnden, verschiedenen neuen Anforderungen und Umdeutungsprozesse

bezüglich Werteorientierungen, Symbolen, Normen und Sprechweisen einbeziehen.[1] Langjährig eingeübte Regeln und Routinen von Alltag und Arbeitsleben standen nunmehr auf dem Prüfstand, mussten neu erlernt oder wenigstens modifiziert werden, wobei diese Er- oder Überarbeitung vor dem Hintergrund erhöhter Unsicherheit zu vollziehen war. Gleichzeitig galt vieles zuvor Erlernte fortan als Hypothek oder gar »Erblast« und war folglich unbrauchbar für die Erfordernisse in der nun aufziehenden »Vereinigungsgesellschaft« – das verbreitete Bedürfnis nach individueller Anerkennung (von Lebensleistungen) erklärt sich auch aus der Infragestellung biografischer wie soziokulturell tradierter Arrangements. Diese sehr persönlichen Formen des Ankommens und Gewöhnens an die stark veränderten Umstände erfolgten parallel zu den hitzigen und teils hoch emotional geführten gesellschaftlichen Debatten und prägten diese, wie im Folgenden vertieft wird, entscheidend mit.

Die »Abwicklung« der Planwirtschaft sowie die politische Delegitimierung des SED-Staates gingen mit einer weitreichenden Entwertung bisheriger Institutionen, Normen und Leistungen einher. Das gewohnte System der Anerkennung und Wertschätzung brach bereits seit dem Herbst 1989 und über das Jahr 1990 hinweg nahezu vollständig zusammen, ohne dass sogleich kompensatorische Angebote unmittelbar und für jeden zur Verfügung standen – eine durchaus dramatische Umstellungserfahrung, die einen Großteil der ehemaligen DDR-Bürger traf. Für nicht wenige Ostdeutsche wurden die Jahre nach 1990 zu einer Phase des Suchens, der biografisch-individuellen Umstellung, der Neuorientierung und Anpassung. Begleitet wurde dieser Prozess für viele Betroffene von einem subjektiven Gefühl des Missachtet-Werdens sowie von Deklassierungs- und Entmündigungserfahrungen. Der rasante Wandel in den postsozialistischen Arbeits- und Lebenswelten löste bei den einen heftige Identitäts- und Orientierungskrisen aus, während andere von den neuen Möglichkeiten und vielfältigen Aufbrüchen nach 1990 immens profitierten. Die daraus erwachsenden mentalen Divergenzen lassen die deutsche Einheit und den »Aufbau Ost« als konfliktreiche, problembehaftete, widersprüchliche wie unvollständige Sozialintegration erscheinen und stellen eine Bürde für die Realisierung einer wie auch immer gearteten »Inneren Einheit« dar. Dies bestätigt auch der Befund des Soziologen Thomas Gensicke, der für die neuen Bundesbürgerinnen Ende der 1990er Jahre eine »Transformation ohne Integration« konstatiert hatte.[2]

Diese und ähnlich lautende, zumeist sehr düster gestimmte Beobachtungen unterstellen, dass die vielfältigen materiellen, insbesondere sozialstaatlich ausgerichteten Auffangmechanismen nicht oder nur zum Teil die

soziokulturellen Folgen des Umbruchs abfedern konnten. Sie legen außerdem nahe, dass die Deklassierungserfahrungen bei nicht wenigen Ostdeutschen Verunsicherung, Verbitterung sowie Enttäuschung und somit immaterielle Wunden hinterlassen haben, die nur schwer verheilen: Das Gefühl von ohnmächtiger Fremdbestimmtheit, einer kollektiven Benachteiligung und der Einsicht, nur über eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten zu verfügen, ist bei einem nicht zu unterschätzenden Anteil der Menschen im Osten bis in die heutige Zeit noch stark ausgeprägt. Im Zuge einer negativen Umwertung der Vergangenheit stellte sich nach Ansicht von Sozialwissenschaftlern und Sozialpsychologinnen bei vielen das Gefühl einer »relativen Deprivation« ein, das lange Zeit nachgewirkt habe:[3] Stimmten der Aussage »Wir sind Bürger zweiter Klasse« bereits im Herbst 1990 75 Prozent aller befragten Ostdeutschen zu, erhöhte sich der Wert Mitte 1991 sogar auf 84 Prozent.[4] Noch 2008 bejahten 73 Prozent die Aussage »Irgendwie sind Ostdeutsche Bürger zweiter Klasse«, während fast ebenso viele (72 Prozent) dem Satz »Die Westdeutschen bemühen sich zu wenig um Verständnis für die Ostdeutschen« zustimmten.[5] Auch wenn der Anteil der Zustimmung zu solchen Einschätzungen in der Tendenz abzunehmen scheint – heute liegt er bei knapp 60 Prozent[6] –, so ist doch auffällig, dass sich ein nicht geringer Teil der ostdeutschen Bevölkerung, gerade der mittleren sowie älteren Jahrgänge, offenkundig nicht ausreichend gewürdigt und anerkannt fühlt.

Die Umwandlung einer sozialistischen Plan- in eine liberale Marktwirtschaft hieß für die Menschen umfassendes Kennenlernen der neuartigen Institutionen und der alltäglichen Spielregeln, auf denen diese Ordnung fußt. Dazu gehörte etwa der Umgang mit neuen Begrifflichkeiten mitsamt semantischer Verschiebungen oder gänzlichen Neuerungen, wie privatem Eigentum und Besitz, Leistung und Wettbewerb, Kapital und Haftung, Garantien und Versicherungen. Gelegenheiten für Missverständnisse und Irritationen gab es vor diesem Hintergrund zwischen West- und Ostdeutschen nach 1990 auch bei auf den ersten Blick banalen Dingen reichlich. Ob bei der Begrüßung und dem Händeschütteln, bei Alltagsgesprächen und der Arbeitseinstellung, der Bedeutung und Aussprache verschiedener Wörter und Sätze oder bezüglich moralischer Fragen: Ein Nichtverstehen trotz gemeinsamer Sprache, ja ein »Kulturschock«[7] schien im Rückblick vorprogrammiert: Vor 1990 hatte man auf beiden Seiten des »Eisernen Vorhangs« die trennenden Wirkungen von knapp vier Jahrzehnten Teilung aus der Distanz letztlich unterschätzt.

Rasch wurden in den nun intensiven Interaktionen zwischen Ost und West nach 1990 und vor dem Hintergrund der sich vor allem ab 1991

voll entfaltenden Umstellungs- und Umbruchskrisen gegenseitiges Misstrauen sowie abwertende und generalisierende Zuschreibungen befördert und vertieft, und zwar sowohl persönlich wie auch kollektiv, etwa durch massenmediale Debatten und hiermit verknüpfte Charakterisierungen. Prägend war dabei jeweils eine positive Kategorisierung der eigenen bei gleichzeitiger Abwertung der anderen Gruppe aufgrund vermeintlicher oder vermuteter Eigenschaften des Eigenen und des Fremden: »Der Ostdeutsche« erschien im Ergebnis als obrigkeitshörig, unselbstständig, naiv, larmoyant, provinziell, träge, rückständig und unzufrieden, seine Arbeits- und Lebenseinstellung seien von Versorgungsmentalität, Kollektivorientierung, mangelnder Eigenverantwortung und Entscheidungsfreudigkeit sowie fehlendem Leistungsdenken und -willen geprägt. Diese generalisierenden Einordnungen aus westdeutscher Sicht hoben sich deutlich vom ostdeutschen Selbstbild ab, das vor allem Bescheidenheit, Fleiß und emotional-soziale Wärme umfasste.[8]

Es war die Geburtsstunde des »Jammer-Ossis«, dessen Konstruktion in der Nachwendezeit eine bedeutsame, den öffentlichen Diskurs strukturierende Rolle einnehmen sollte. Gleiches galt selbstverständlich auch für die Gegenfigur, den als arrogant und belehrend, selbstgerecht, überheblich und menschlich erkaltet imaginierten »Besser-Wessi«, wobei diese gruppenbezogenen Zuschreibungen als Gegenperspektive einer relativen Minderheit wohl weniger verletzend waren: Die »Ostdeutschen« waren nach 1990 noch lange optisch, habituell wie sprachlich als Minderheitengruppe zu fassen, während die »Westdeutschen« vielmehr als abstrakte Gegenkategorie aus der Perspektive des Ostens entstanden.

Die zeitgenössische Popularität beider dichotomen und nur im Doppelpack zu denkenden Begriffe schlug sich nicht nur bei der 1991 erstmals veranstalteten Wahl zum »Wort des Jahres« nieder: »Besser-Wessi« erreichte den ersten Rang und verwies »Kurzarbeit Null« und »ausländerfrei« auf die nachfolgenden Plätze. Sie zeigte sich auch in ihrer abgewandelten Weiterentwicklung und in zugespitzter Form auf verschiedene Weise insbesondere im medialen Diskurs: Besonders polemisch brachte der konservative Historiker Arnulf Baring diese von Pauschalurteilen geprägte Wahrnehmung 1991 auf den Punkt, als er angesichts von Geldmangel, Verwahrlosung und Proletarisierung eine baldige »Ver-Ostung« der Bundesrepublik prophezeite, die ehemaligen DDR-Bürger per se als »verzwergt« und ihre Erziehung und Ausbildung als durch das einstige SED-Regime »verhunzt« bezeichnete. Ostdeutsche seien wegen ihres vor 1990 erworbenen Unwissens »auf weite Strecken völlig unbrauchbar«, viele »wegen ihrer fehlenden Fachkenntnisse nicht weiter verwendbar. Sie haben einfach nichts gelernt,

was sie in eine freie Marktgesellschaft einbringen könnten.« Die vor Pathologisierungen strotzende Einschätzung gipfelte mit beinahe zeittypischen Hinweisen auf ostdeutsche Verantwortungsscheu, fehlende Autonomie und ein gänzlich »unmodernes« wie »rückständiges« Verhalten.[9]

Als wenige Jahre später, im Jahr 1999, der Hamburger Soziologe Thomas Roethe in seinem provokanten Buch *Arbeiten wie bei Honecker, leben wie bei Kohl* nach dem spezifischen Beitrag der Ostdeutschen zu einem erfolgreichen geeinten Deutschland fragte, beantwortete er dies mit ähnlich abschätzigen Generalcharakterisierungen – Ostdeutsche seien rückwärtsgewandt, wehleidig, passiv, arbeitsunlustig – und forderte »ein Ende der Schonfrist« sowie der angeblich verbreiteten »Empfänger-Mentalität«.[10] Zuvor hatte bereits eine aus Wuppertal stammende Chefarztgattin unter dem Pseudonym »Luise Endlich« ihre persönlichen Erlebnisse in Frankfurt (Oder) verarbeitet. Das Ergebnis kam einem herabwürdigenden Kollektivurteil gegenüber Ostdeutschen gleich und war insbesondere für die Bewohnerinnen der ostbrandenburgischen Mittelstadt wenig schmeichelhaft, was die zahlreichen protestierenden Artikel in der lokalen Presse und der damit verbundene heftige Aufruhr bestätigen können.[11] Diese Beispiele stehen in einer Reihe identitätsprägender Pauschalisierungen und Skandalisierungen »des Ostdeutschen« samt zahlreicher soziokultureller Ausgrenzungen und Degradierungen. Sie untermauern die bemerkenswerte Eigendynamik jener kulturellen Fremdzuschreibungen, die sich zu regelrechten Feindbildern verfestigen konnten und anhand derer sich die vielzitierte »Mauer in den Köpfen« besonders deutlich erkennen ließ. Wie nachhaltig solche Abwertungen im öffentlichen Raum waren, darauf deutet die spätere Aussage des Altkanzlers Helmut Schmidt, der die Weinerlichkeit der Ostdeutschen noch 2003 schlichtweg »zum Kotzen« fand.[12]

An dieser Stelle scheint es im Rückblick verwunderlich, dass es – im Gegensatz zum ökonomischen oder politischen »Aufbau Ost«, der mit konkreten wie finanzintensiven Projekten verbunden war – zunächst nicht die zeitgenössische Erwartung gegeben hatte, dass die nach 1990 einsetzenden Prozesse auch eine kulturell-mentale Dimension besaßen. Implizit gingen viele in West und Ost scheinbar von einer weitgehenden Kontinuität einer deutschen »Kulturnation« aus. Doch die sich nun in den 1990er Jahren offenbarenden Divergenzen und Differenzen bedurften offensichtlich auch eines kulturellen »Aufbau Ost«, der von zeitgenössischen Politikern und Autorinnen auf den prominenten Begriff der »Inneren Einheit« gebracht wurde. Die demonstrative Beschwörung eben jener »inneren« Dimension der Einigung erscheint als – fast etwas hilfloser – Versuch der politischen

und intellektuellen, in aller Regel auch westdeutschen Eliten, die bisweilen scharfen kulturell-mentalen Gegensätze zwischen westdeutschen Metropolen und ostdeutschen Peripherien zu adressieren. Doch erwies sich ein solcher kultureller »Aufbau Ost« als ungleich schwieriger und langwieriger, als etwa industriepolitische »Leuchttürme« oder Infrastrukturprojekte zu fördern oder verwaltungsstaatliche Kooperationen zwischen Ost und West anzubahnen.

Das in einer langen Reihe von Presseartikeln, Karikaturen und Statements artikulierte generelle Unverständnis für Ostdeutschland sollte sich als Belastung für das erwünschte Zusammenwachsen im Sinne einer »Inneren Einheit« erweisen. Die Erscheinungen »unentwegten Bashings«[13] gerade in der Presse der 1990er Jahre bezogen sich allen voran auf das gedachte und vermeintlich provinziell-rückständige Arbeits- und Konsumverhalten der Ostdeutschen, wofür die epochemachende Figur der »Zonen-Gaby« in der Satirezeitschrift *Titanic* im November 1989 einen prominenten Auftakt geliefert hatte. Mit der exotisierenden »Ossifizierung« der Ostdeutschen samt Klassifizierung und Definition außerhalb eines westdeutsch dominierten Normalitätsparadigmas produzierten solcherart Darstellungen Unter- und Überlegenheitsgefühle sowie letztlich spezifische Formen sozialer und symbolischer Ungleichheit. Sie ließen Ostdeutsche auch als »besondere«, »zurückgeblieben-vormoderne«, »nationalistisch-rassistische« und irgendwie »problematische« Erscheinung sowie als vermeintliche Belastung für die gesamtdeutsche Gesellschaft hervortreten. Die hier bemühten Vorurteile über »den Osten« dienten als implizite Kontrastfolie zur Bestätigung einer bundesdeutschen Identität und Überlegenheit, die letztlich durch eine weitgehend erfolgreiche »Verwestlichung« auch auf den Osten übertragen werden könnte.[14]

Wirkmächtige Fremdzuschreibungen und die damit verbundenen Mechanismen der Auf- und Abwertung entlang einer vorgestellten Ost-West-Dichotomie erzeugten nicht nur Ungleichheiten und voneinander abgegrenzte Identitäten,[15] sondern führten in unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen auch zu Untersuchungen, die jenes Hierarchiegefälle zu erklären und systematisch zu beschreiben suchten. Ostdeutsche wurden in der Folge wahlweise als »Minderheit im eigenen Land«[16] oder bereits frühzeitig als »symbolische Ausländer«[17] beschrieben – eine bemerkenswerte Überlegung, die Wolfgang Thierse bereits 1994 artikulierte, als er von den Ostdeutschen als »Fremden im eigenen Land« sprach.[18] Andere gingen sogar noch weiter: Mit Rückgriff auf die postkoloniale Theorie argumentierte etwa der britische Kultursoziologe Paul Cooke, dass der Osten nach der Einheit von westlicher Dominanz unterworfen, wirtschaftlich koloni-

alisiert und soziokulturell liquidiert worden sei,[19] und knüpfte damit nach der Jahrtausendwende an frühere Unterwerfungsnarrative an.[20]

Diese und weitere, meist von linker Seite vorgetragene und oft heftig widersprochene Interpretationen, die in Anknüpfung an die Theorie der bulgarischen Historikerin Maria Todorova eine »Orientalisierung des ›Ostens‹«[21] zu beobachten glaubten, haben an Aktualität wenig eingebüßt: In der Debatte um die Wahlerfolge der AfD gerade im Osten seit Mitte der 2010er Jahre haben sie wieder erheblichen Auftrieb erhalten. Hieran anknüpfend hat erst jüngst, im Jahr 2019, eine Studie des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung Erfahrungen verschiedener Minderheiten verglichen und eine ähnlich starke Benachteiligung bei Migranten und Ostdeutschen konstatiert.[22] Auch wenn eine solche »Migrantisierung« mit ihrer Fokussierung allein auf Diskriminierungserfahrungen nicht unproblematisch ist, da sie der tatsächlichen Pluralität an Lebenswegen kaum gerecht wird, so ist doch der nach 1990 erfolgte abrupte Tausch politischer, sozialer und kultureller Rahmungen durchaus als »gefühlte Migrationserfahrung« zu beschreiben.

Auch anhand der öffentlichen Berichterstattung über »den Osten« beziehungsweise »die DDR« lassen sich Zuschreibungslogiken sowie Diskurse um die Anerkennung von Anpassungs- und Lebensleistungen der Ostdeutschen ablesen. Nach 1990 dominierte zunächst der hoch emotional diskutierte Stasi-Komplex; ebenso waren kritische Erörterungen der wirtschaftlichen und sozialen Lage anzutreffen. Der Osten galt nach 1990 in der nationalen Öffentlichkeit als nur schwer zu beherrschendes »Problem«, das undurchdringlich schien und mühevoll wie kostenintensiv bearbeitet werden müsse. Diese Form des *othering* – also einer distanzierenden Klassifizierung durch die Rahmung eines vermeintlich »Andersartigen« – fand im Jahr 2000 einen prominenten Ausdruck in der Darstellung des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder auf dem *Spiegel*-Cover vom 21. August: In Tropenuniform begab er sich auf abenteuerliche Expedition »in den Osten«. Die Massenmedien stabilisierten damit, mal exotisierend-misstrauisch, mal neugierig-unbeholfen, einen mit tendenziell negativ konnotierten Attributen versehenen Diskurs über »den Osten«.

Jener Negativdiskurs mittels kulturell-symbolischer Zuschreibungen kam allerdings keineswegs nur aus dem Westen, sondern fand auch in der ostdeutschen Presse selbst statt, was auch auf den umfassenden Umbau in der ostdeutschen Medienlandschaft zurückzuführen war: Diese wurde nach 1990 vorwiegend von westdeutschen Journalistinnen, Verlagsleitern und (Chef-)Redakteurinnen bestimmt – ein Missverhältnis, das mehr oder weniger bis heute fortbesteht und die Deutungsmacht »des« Westens über

»den« Osten bestätigt. Ausnahmen bildeten hier spezielle »Ostzeitungen« wie das PDS-eigene *Neue Deutschland* oder die vom süddeutschen Burda-Verlag mit großem verlegerischen Vermarktungsgeschick herausgegebene *SuperIllu* als vermeintliche Plattform ostdeutscher Gefühlswelten. Mit Abstrichen kann dies durchaus auch für einzelne Formate des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) gelten. Heimatnähe und Verbundenheit, subtile bis offenkundige Verklärung des Vergangenen und eine gehörige Portion »Ostalgie«: Hier besaß das Thema Ostdeutschland einen anderen Stellenwert als in übergeordneten Medien mit bevorzugt west- beziehungsweise gesamtdeutscher Blickrichtung.

Erst mit der Zeit wurde das Bild differenzierter, prägten alternative Zuschreibungen – beispielsweise Hilfsbereitschaft, Sparsamkeit, Fleiß, Anstrengungen und Lebensleistungen – zunehmend die Berichte über Ostdeutschland. Dies geschah allerdings just in einer Zeit, als im Vorfeld der »Hartz«-Gesetzgebung darüber hinaus verstärkt Aspekte wie individuelle Anpassungs- und Leistungsfähigkeit wie -bereitschaft, Pünktlichkeit, Genügsamkeit oder Anerkennung in den medialen Diskursen und politischen Debatten fokussiert wurden.[23] Die Neuorientierung im Blick auf den Osten spiegelt sich auch in der Popularität ostdeutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller wie Jana Hensel, Ingo Schulze oder Clemens Meyer, deren Werke eben als künstlerische Artefakte jene Nebeneffekte des »Aufbau Ost« und nicht zuletzt die kulturell-mentalen Aushandlungsprozesse literarisch und publizistisch verarbeiten.

»Schurken-«, »Stasi-« oder »Unrechtsstaat«? Die geschichtspolitische Aufarbeitung

Bis heute besteht nicht einmal ein Minimalkonsens, welchen Ort die DDR-Geschichte in der deutschen Zeitgeschichte einnehmen soll. Dafür stehen die emotional und moralisch aufgeladenen Begriffsbildungen wie »Schurken-«, »Stasi-« oder »Unrechtsstaat« ebenso wie nostalgisch-verklärend daherkommende Versuche einer Weichzeichnung der zweiten deutschen Diktatur und insbesondere ihrer »sozialen Errungenschaften«. In eben jenem Spannungsfeld bewegte sich die geschichtspolitische Auseinandersetzung nach 1990. Die Debatte offenbarte in ihren Konjunkturen und Dynamiken neben Analysen zur DDR-Gesellschaft auch einiges über die unterschiedlichen erinnerungskulturellen Sichtweisen und geschichtspolitischen Konnotationen auf die jüngste Vergangenheit.

Auf die immensen Herausforderungen des politischen Umbruchs 1989/90 für die Erinnerungsarbeit hat der Ethnologe Peter Niedermüller hingewiesen: Mit einem Systemzusammenbruch und dem daran anschließenden gesellschaftlichen Transformationsprozess finde notwendigerweise eine tiefgreifende Umgestaltung der sozialen Werteskalen der Menschen statt. Hierbei spiele die Art und Weise, wie die neue Gesellschaft die jüngste Vergangenheit bewerte und auch öffentlich inszeniere, eine fundamentale Rolle. Die Vergangenheit soll Orientierungs- und Anknüpfungspunkte für die neue Gesellschaft offerieren und die Grundlage für die Entwicklung neuer beziehungsweise gemeinsamer Werte sein.[24] Bis dahin gültige Erinnerungsformen wurden indes durch die Transformationserfahrungen nachhaltig erschüttert, galt der Sozialismus im neuen System als klar negativer Bezugspunkt, weshalb sich die Menschen innerhalb einer postsozialistischen Welt neu positionieren und ein »Post-Gedächtnis« zu erarbeiten hatten.

Diese Revision und Re-Definition einer weitgehend entwerteten Vergangenheit ging zum einen mit der Demontage alter Symboliken einher: Denkmalstürze – ganz prominent der Abriss des Lenindenkmals in

Berlin-Friedrichshain 1992 – oder Straßenumbenennungen sind die frühesten und die wohl sichtbarsten Zeichen hierfür. Zum anderen wurden mit dem Ende der DDR auch die Alltagserfahrungen der einstigen DDR-Bürger grundlegend auf dem Prüfstand gestellt. Viele Ostdeutsche sahen sich in den folgenden Jahren mit einer Vielzahl von Neuinterpretationen des sozialen und politischen Lebens in der DDR konfrontiert, in denen tendenziell Diskurse über Stasiüberwachung sowie diktatorische Aspekte des einstigen SED-Staats dominierten. Auch Abwertungen des Bildungssystems, der Gemeinschaftserfahrung in Betrieben oder anderer identifikatorischer Angebote gehörten dazu; in die gleiche Kerbe schlug die seinerzeit wieder aufflackernde Totalitarismustheorie mit ihren Vergleichen zwischen »braunen« und »roten« Diktaturen. Innerhalb dieses erinnerungspolitisch umkämpften Umfeldes gab es jedoch ebenso das Bedürfnis, persönlich positiv konnotierte Erlebnisse auch als positive Erfahrung erzählen zu können, standen diese individuellen oder privat-familiären Erinnerungen doch bei einem Großteil der Bevölkerung in einem mehr oder weniger deutlichen Kontrast zu »offiziellen«, öffentlichen und medialen Repräsentationen und Fokussierungen der DDR-Geschichte auf Stasi, Mauer und »Republikflucht«.[25]

Einengung und Konzentration der Aufarbeitungspraxis auf der einen und die Ausblendung anderer DDR-Wirklichkeiten jenseits der »heilen Welt« auf der anderen Seite: Diese Neujustierungen verbanden sich mit der geschilderten diskursiven Abwertung des »Ostdeutschseins« und gingen vermutlich bei nicht wenigen mit einer Infragestellung des eigenen Lebens einher.[26] Bloße Täter- und Opferkategorien schienen in den Augen vieler ehemaliger DDR-Bürgerinnen für eine differenzierte Form der Erinnerung zu grob: Hier ließen sich Alltagserfahrungen sowie Leistungen oder Fehlleistungen kaum sinnvoll einsortieren – zumal sich viele Ostdeutsche nach 1990, wie oben skizziert, mit einem ihnen eher »fremd« erscheinenden, von Westdeutschen konstruierten Bild des Ostdeutschen und der DDR konfrontiert sahen, das von den eigenen Vorstellungen und Erinnerungen auf markante Weise abwich. Der Zeithistoriker Martin Sabrow hat diese erinnerungskulturellen Differenzen prägnant mit den unterschiedlichen Erinnerungsgemeinschaften erklärt: Betone das »Diktaturgedächtnis« den Unterdrückungscharakter der SED-Herrschaft und fokussiere einen »Täter-Opfer-Gegensatz«, bemühe sich das »Arrangementgedächtnis« um eine Trennung von »Machtsphäre und Lebenswelt«, also von Biografie und Herrschaftssystem, um auf diese Weise an das »richtige Leben im falschen« erinnern zu können. Das »Fortschrittsgedächtnis« hingegen gehe von einer »moralischen und politischen Gleichrangigkeit« von DDR

und Bundesrepublik aus. Zwischen diesen drei Gedächtnisformen werde die DDR-Vergangenheit immer wieder neu verhandelt.[27]

Die nach 1990 maßgeblich von eher konservativen westdeutschen Politikern und einstigen ostdeutschen Oppositionellen mit großem Nachdruck in Gang gesetzte »Aufarbeitung« der SED-Diktatur erscheint als eine besondere Form des kulturellen »Aufbau Ost«. An wichtigen Akteuren sind neben den kaum mehr zu überblickenden universitär-wissenschaftlichen Forschungsprojekten wie dem SFB 580 (»Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch. Diskontinuität, Tradition, Strukturbildung«, 2001–2012) der Universität Jena oder dem »Forschungsverbund SED-Staat« der Freien Universität Berlin allen voran die beiden zwischen 1992 und 1998 tätigen parlamentarischen Enquetekommissionen zu nennen. Im März 1992 hatte der Bundestag die Einrichtung der Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur« beschlossen. Die 16 Mitglieder des Bundestags und elf Sachverständige umfassende Einrichtung, in der Ostdeutsche überproportional vertreten waren, betrachtete vor allem Fragen von Herrschaft und Verantwortung, Stasi, Ideologie, Disziplinierung, Recht, Justiz, Kirchen, Widerstand und Opposition. In der im September 1995 eingesetzten zweiten Enquetekommission (»Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit«) wurde der Fokus hingegen stärker auf Mentalitäts-, Kultur- und Alltagsgeschichte gelegt. Neben der Beschwörung des »antitotalitären Konsenses« regten diese als »Wahrheitskommissionen« gedeuteten Initiativen, von der Öffentlichkeit eher wenig beachtet, eine stärkere und differenzierte Beschäftigung mit der DDR-Vergangenheit an. Als Ergebnis wurde auch die Bundesstiftung Aufarbeitung gegründet. Sie sollte die »Aufarbeitung« als geschichtspolitisches Projekt im Orbit eines kulturellen »Aufbau Ost« durch ihre breite Förderpolitik, etwa im Gedenkstätten- und Ausstellungsbereich oder im projektbasierten Geschichtsunterricht, dauerhaft institutionalisieren.

Auch wenn es in den Kommissionen, in denen das personelle Spektrum von konservativen »Kalten Kriegern« über einstige Oppositionsvertreterinnen bis hin zu Politikern der PDS reichte, ursprünglich anders vorgesehen war, hatte insbesondere das Thema »Stasi« von Anfang an ein erhebliches Skandalisierungspotenzial, woran auch der wenig an Differenzierungen interessierte Enthüllungsjournalismus seinen Anteil hatte. Frühzeitig, im Grunde seit Ende 1989, stand der Geheimdienst als vermeintlich repräsentative Projektionsfläche für die gesamte DDR-Geschichte; gleichzeitig avancierte der »IM« (Inoffizielle Mitarbeiter), der Partnerinnen und Familie, Freunde und Kolleginnen bespitzelte, wohl vor allem aufgrund seiner

Moralisierbarkeit zur besonders prominenten Figur in der Öffentlichkeit. Durch die zahlreichen IM-Enthüllungen individualisierte sich die Debatte recht bald – was dann wiederum eine Ablenkung von anderen Themenbereichen begünstigte. Mit einer Konzentration auf das Wirken und die Unterdrückungsmechanismen des Ministeriums für Staatssicherheit und getragen von spektakulären Fällen zumeist ostdeutscher Prominenter, die zumindest im Verdacht standen, mit der Stasi zusammengearbeitet zu haben – genannt seien nur Alexander »Sascha« Anderson, Ibrahim Böhme, Eduard Geyer, Ulf Kirsten, Lothar de Maizière, Manfred Stolpe, Wolfgang Templin oder Christa Wolf –, wurden jene besonders arglistigen Macht- und Herrschaftsformen recht bald auch auf andere Teilbereiche der DDR-Gesellschaft übertragen, wodurch »die Stasi« zu einem Pars pro Toto des SED-Regimes avancierte.

So problematisch die Fokussierung auf das Thema Stasi sowie damit verknüpfte Skandale war, so darf die Bedeutung der erfolgten Aufarbeitungspraxis nicht unterschätzt werden. Denn mit dem Stasi-Unterlagengesetz vom Dezember 1991 und einem damit verbundenen Zugang zu den Akten, der bezogen auf Sperrfristen und datenschutz- wie personenrechtliche Fragen nicht unumstrittenen war, begann eine tiefgreifende Auseinandersetzung mit dem geheimdienstlichen Erbe, die in Art und Ausmaß weltweit sicherlich singulär war und auch nach der Auflösung der Behörde im Juni 2021 und dem Umzug der Akten ins Bundesarchiv weiter andauert: Bis Jahresende 2020 haben über 3,3 Millionen Menschen Anträge auf persönliche Akteneinsicht gestellt; die Hinterlassenschaften des Ministeriums für Staatssicherheit sind nicht nur eine reichhaltige wie problematische Quelle für historisch-wissenschaftliche Arbeiten, sondern bilden auch die Grundlage für Wiedergutmachung und Strafverfolgung. Öffentliches Aufsehen erlangten etwa die »Mauerschützenprozesse«, die von September 1991 bis November 2004 geführt wurden. Eine juristische Grundlage erhielten durch die Akten auch die Entlassungen offizieller wie inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit aus dem öffentlichen Dienst sowie die Rehabilitierungen der Opfer politischer Verfolgung in der DDR. Im Juni 2019 bezogen 40 915 Personen eine Opferrente, im Zeitraum von 1992 bis 2019 wurden gut 2,4 Milliarden Euro für Haftentschädigung und Opferrenten gezahlt.[28] Hinzu kam der Fonds »Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990«, für den bis zum Jahr 2016 40 Millionen Euro veranschlagt worden waren – ein Betrag, der sich schon bald als nicht ausreichend herausstellte.

Die mittel- und langfristigen Effekte einer als widersprüchlich zu charakterisierenden Erinnerungsarbeit, die zwischen einer »Verdammungs-

geschichte« und einer differenzierteren Betrachtung unter Einbeziehung der Alltagsgeschichte changierte, untersuchte wiederum Martin Sabrow 2005/06 im Rahmen einer nach ihm benannten Kommission. Diese plädierte für eine Erweiterung der Blickwinkel im offiziellen Umgang mit der DDR-Vergangenheit und kritisierte die mangelnde analytische Verknüpfung von Erfahrungs- und Systemebene, wodurch Kategorien wie »gesellschaftlicher Alltag«, politische und kulturelle »Bindungskräfte« und »Widersprüche« kaum, der Täter-Opfer-Dualismus mitsamt diktaturbestimmten Kategorien (Staatssicherheit, Überwachung, Repression, Verfolgung) aber umso stärker den Diskurs bestimmten. Berücksichtigung finden sollten nach Auffassung der Kommission künftig stärker die spezifischen Erfahrungen von Ostdeutschen, weil sich diese im öffentlichen Raum nur wenig wiederfanden und folglich mögliche Anknüpfungspunkte für eine Selbstanerkennung rar gesät waren. Ambivalente Lebenserinnerungen und eigen-sinnige Aneignungen sollten trotz aller Bevormundung ein Bewusstsein für die überaus große Vielfalt individueller Erfahrungswelten generieren.

Mit der Forderung nach einer Loslösung vom schablonenhaften Denken und einer Einbeziehung historischer Kontexte, gesellschaftlicher Schattierungen und mannigfacher Interdependenzen bei gleichzeitiger Erinnerung an Menschenrechtsverletzungen und diktatorisch-repressive Elemente des SED-Regimes löste dieser Vorstoß allerdings heftige Kritik aus. Durch eine verstärkte Berücksichtigung von Alltag und Gesellschaft sei eine »staatlich geförderte Ostalgie« zu befürchten, was eine »Weichzeichnung« der Diktatur nach sich ziehe.[29] Solche und vergleichbare mahnende Stimmen fanden dann ihren Niederschlag in der Gedenkstättenkonzeptionen des Bundes des Jahres 2008, in der dezidiert formuliert wurde, dass es zentral um die Vermittlung des »menschenverachtenden Charakters« der »kommunistischen Diktatur« in der SBZ/DDR gehen müsse, während gleichzeitig einer »Verklärung und Verharmlosung der SED-Diktatur und jeder ›Ostalgie‹ entschieden entgegenzuwirken« sei.[30]

Just in jenen Jahren gelangte dann auch die »Unrechtsstaats-Debatte« zu ihrem Höhepunkt. Diese Charakterisierung der DDR als ein allen voran diktatorisches und auf Unrecht basierendes Herrschaftssystem wurde rasch zu einem Politikum und nahm wegen der Offenheit und Instrumentalisierbarkeit der Begrifflichkeit bald an Fahrt auf. Während sozialdemokratische, linke oder grüne Politikerinnen meinten, die Formel vom »Unrechtsstaat« sei ein propagandistisches, einseitiges und moralisierendes Pauschalurteil, das der Dämonisierung, Delegitimierung und Diffamierung der DDR diene und gleichzeitig individuelle Erfahrungen entwerte,

warnten eher konservative Politiker und Vertreterinnen von Opferverbänden vor einer Bagatellisierung, Verniedlichung und beschönigenden Relativierung der DDR-Gesellschaft. Folglich befürworteten Letztere den Gebrauch des Begriffs. Von heute aus betrachtet taugt diese geschichtspolitisch aufgeladene Bezeichnung nur wenig für eine differenzierte historisch-analytische Beschreibung der DDR-Gesellschaft; vielmehr steht sie für eine Fortführung des ideologischen Schlagabtausches aus der Zeit vor 1989/90.[31] Bis heute begegnet man dieser Bezeichnung immer wieder, stets unterlegt mit moralisch-emotionaler Färbung.

Stasi-Fokussierung und Betonung von Unrecht und Diktatur, Aktenöffnung, Aufklärung von Verbrechen und Wiedergutmachung auf der einen, Berücksichtigung ostdeutscher Alltagserfahrungen und Anerkennung von Lebensleistungen auf der anderen Seite: Die »Aufarbeitung« der DDR-Vergangenheit als kulturelle Praxis im Spannungsfeld des »Aufbau Ost« war und ist ein Balanceakt, der nicht nur von ost-, sondern auch von westdeutschen Protagonistinnen geprägt war und international viel Beachtung, ja bisweilen durchaus viel Anerkennung erfahren hat. Ungeachtet dieser Bemühungen um Differenzierung und Ausgewogenheit waren auch in der jüngeren Zeit kritische Stimmen zu vernehmen, die eine Engführung und partielle Vereinseitigung geschichtspolitischer Diskurse, gar ein bis in die heutige Zeit gleichförmiges öffentliches Erinnerungsbild konstatiert haben.[32] Eine Besonderheit der Aufarbeitungspraxis, die die beträchtlichen juristischen und geschichtspolitischen Prozesse maßgeblich strukturieren sollte, war zweifellos die doppelte deutsche Diktaturerfahrung: Das Vorbild der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur war die verspätete und lückenhafte Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus in der Bundesrepublik. Dabei sollten die Versäumnisse von damals keine Wiederholung erfahren, weshalb der moralische Anspruch eines »Nie wieder« von den Nachwehen einer Kalten-Kriegs-Rhetorik begleitet wurde. Die Folgen für den Aufarbeitungskomplex waren eine moralisch-normative Politisierung der erinnerungspolitischen Grabenkämpfe der 1990er und 2000er Jahre sowie die Entstehung von vermeintlichen westdeutschen Erfolgsgeschichten auf der einen und ostdeutschen Horrorgeschichten auf der anderen Seite.[33]

Umgang mit neuen und alten Fremdheiten

Es war, wie gezeigt, nicht nur die verletzende Zuschreibung des »Jammer-Ossis«, sondern auch das weitgehend einseitige öffentliche Interesse an Diktatur und politischer Verfolgungspraxis, das nur bedingt mit dem Selbstverständnis eines größeren Teils der ehemaligen DDR-Gesellschaft korrespondierte. Gleichwohl fielen die Strategien bezüglich der individuellen Verarbeitung der Vergangenheit im Osten durchaus unterschiedlich aus: Reagierten die einen auf die Verlusterfahrungen mit pragmatischer Zukunftsorientierung und produktiver Aneignung der radikal neu konfigurierten Lebens- und Arbeitswelten, was sich etwa in beherztem Unternehmertum, Abenteuerlust oder Mobilität äußern konnte, kam es bei anderen zu einer trotzig-nostalgischen, dabei aber durchaus selbstbewussten und aufmüpfigen Hinwendung zu Vergangenem.

Die selektive Rückwendung zur DDR-Vergangenheit bildete mit der »Ostalgie« eine spezifische Ausformung, die von Sozialwissenschaftlern als Reaktion auf die beschriebenen Abwertungen, grundstürzenden Umbrüche und kulturellen Verunsicherungen interpretiert wurde. Als Ergebnis einer Selbst-Ethnisierung nach vorheriger Fremd-Ethnisierung[34] steht sie exemplarisch für die individuellen »Kulturtechniken der Transformation«.[35] »Ostalgie« ist als Ergebnis von Zuschreibungen durch Außenstehende, als Folge der typisch asymmetrischen Kommunikationssituation im Umbruchgeschehen inklusive wechselseitiger kultureller Missverständnisse und der verbreiteten Missachtungs- und Unterlegenheitsgefühle beschrieben worden, als Effekt soziokultureller Enteignungen und Fremdbestimmungen und einer fehlenden rechtlichen, politischen, sozialen und symbolischen Anerkennung.[36] Der »Kulturschock« der Transformation erkläre den seit Mitte der 1990er Jahre zu beobachtenden Rückbezug auf die vertraute Kultur und eine verstärkte Identifizierung mit der »Eigen«-Gruppe, oftmals artikuliert mithilfe einer breiten Palette an (wieder)entdeckten Konsumgütern aus der DDR-Zeit. Letztlich ist dieses Phänomen als Nebeneffekt des kulturellen »Aufbau Ost« zu verstehen. Damit verbunden war eine »Neuerfindung« des kulturellen Konstrukts »Ostdeutschland«, bei der man sich in radikaleren Ausprägun-

gen mit dem Ziel der eigenen Aufwertung nicht nur vom »fremden« Westen Deutschlands abzuheben versuchte, sondern von der westlichen Welt und ihren Werten im Ganzen[37] – entsprechende Ablehnungen und Ausgrenzungen anderer Gruppen (vor allen von Minderheiten) eingeschlossen.

Die »Ostalgie« als kulturell-mentale Verarbeitungsleistung der Begleiterscheinungen des »Aufbau Ost« bedarf allerdings einer Differenzierung: Nostalgische Regungen oder das Gefühl, lediglich Bürgerin »zweiter Klasse« zu sein, hieß und heißt noch lange nicht, sich die DDR zurückzuwünschen. Die Restauration früherer Verhältnisse erstrebte allenfalls eine Minderheit. Vielmehr sind (n)ostalgische Stimmungen als Beleg für ein steigendes Abgrenzungsbedürfnis und als kompensatorische Reaktion auf die fehlende soziale Anerkennung, letztlich als Anzeichen kollektiver Selbstfindungsprozesse zu begreifen.[38] Denn in der Regel war es weniger die Zeit vor 1989/90 selbst, die hier erinnert wurde, sondern eine nachträgliche und auf alltagskulturelle Elemente reduzierte Projektion dieser Jahre vor dem Hintergrund der Unzufriedenheit mit den eigenen Lebensverhältnissen, dem Mangel an sozialer Sicherheit wie gesellschaftlicher Akzeptanz und einem Anstieg verschiedener Risiken (drohende Arbeitslosigkeit, sozialer Absturz, wachsende Kriminalität) in der Gegenwart.[39]

Jene nachwendebedingte Suche nach Sicherheit fand ihren Niederschlag in ganz verschiedenen Ausformungen: Ob Ostalgie-Partys oder materielle Reminiszenzen im öffentlichen Raum (Ost-Ampelmännchen), ob TV-Shows mit mehr oder minder verklärten Rückblicken auf die DDR-Zeit oder als echt, unverfälscht und authentisch erlebte Ostprodukte wie Florena, Rondo, Club-Cola, Knusperflocken oder Bambina, ob fortdauernde Popularität diverser Phänomene und Persönlichkeiten aus Musik (Puhdys, Karat, Silly, Frank Schöbel), Unterhaltung (Carmen Nebel, Katrin Sass, Wolfgang Stumph) oder Sport (Katarina Witt, Henry Maske, Jens Weißflog) – in ganz verschiedenen Bereichen fanden sich Erscheinungen jener ironisch-selbsttherapeutischen bis aufmüpfig-aufgebrachten Auseinandersetzung mit einer verlorenen oder doch wenigstens verschütteten Vergangenheit, die es nun galt, öffentlich sichtbar zu machen beziehungsweise wieder selbstbewusst freizulegen. Das verbreitete Bedürfnis nach symbolischer Anerkennung und der Wunsch, das eigene Leben zu verteidigen und Selbstwertgefühl zurückzuerlangen, mündete jedoch nicht nur in diesen Formen des Erinnerns, sondern auch in neuen kulturellen Separierungsprozessen, Barrieren in Form von Zurückweisungen des »Fremden«, Alltagsrassismus bis hin zu fremdenfeindlichen Übergriffen.[40]

Folglich kann diese selektive Revitalisierung der DDR-Vergangenheit als Reaktion einer erfahrenen Fremdheit bei einem Teil der Ostdeut-

schen im Zuge des »Aufbau Ost« nur dann angemessen verstanden werden, wenn andere Formen von Fremdheitserfahrungen und somit weitere gesellschaftliche In- und Exklusionsdynamiken ebenfalls betrachtet werden. Denn das komplexe Verhältnis zwischen »eigen« und »fremd« erfuhr nicht nur innerhalb der Beziehung zwischen West- und Ostdeutschen, sondern auch in Hinblick auf das Verhältnis zwischen Deutschen und Nichtdeutschen bemerkenswerte Veränderungen. Diese ergaben sich zum einen aus den Strukturen der DDR-Gesellschaft, zum anderen aus vereinigungsbedingten Entwicklungen und Dynamiken: Mangelte es in der DDR angesichts von nur etwa einem Prozent der Bevölkerung mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit an interkulturellen Begegnungsmöglichkeiten, so führten die sozialstrukturellen, institutionellen, mentalen und sozial-emotional Desintegrationserfahrungen aus der Zeit nach 1990 und die daraus hervorgehenden Benachteiligungsgefühle dazu, dass »dritten Gruppen« tendenziell weniger gegönnt wurde. Diese Tendenz wiederum konnte das eruptive Entstehen fremdenfeindlicher, islamophober und rassistischer Einstellungen befördern.[41]

Besonders zu spüren bekamen dies die »Vertragsarbeiter«, deren Zahl sich gegen Ende der DDR auf knapp 100 000 belief. Lebten diese weitgehend durch das SED-Regime abgeschottet von der übrigen Bevölkerung, bedeutete der Vollzug der Einheit für sie in wohl noch größerer Form als bei den Einheimischen eine rapide Zunahme an Unsicherheit. Mit dem Einigungsvertrag wurde ihr Aufenthaltsrecht für die Dauer des bestehenden Arbeitsvertrags festgeschrieben, nun allerdings unter dem Wegbrechen vieler Vergünstigungen, wie niedriger Wohnmieten. Der größte Teil der Arbeitnehmerinnen kehrte nach der betrieblichen Kündigung, ausgestattet mit einer einmaligen Unterstützungszahlung von 3 000 Mark, der ehemaligen DDR den Rücken; der verbliebene Teil war akut von Arbeitslosigkeit bedroht. Im Mai 1990 war die Hälfte aller ausländischen Arbeiter im Osten bereits ohne Arbeit. Ende des Jahres 1990 hielten sich nur noch etwa 28 000 von ihnen in Ostdeutschland auf, insbesondere diejenigen, die ursprünglich aus Vietnam gekommen waren. Diese wählten aus Gründen der Niederlassungserlaubnis oftmals den Weg der Selbstständigkeit, betrieben dann örtlichen Kleinhandel oder gingen teilweise in benachbarte Länder wie die Tschechoslowakei. Erst mit dem Bleibeversprechen (1993), einem Rückführungsabkommen mit Vietnam (1995) sowie einer rechtlichen Grundlage für Dagebliebene (1997) endete für viele ein Zustand anhaltender Unbestimmtheit und Unsicherheit.

Unterlegt war dieser Schwebezustand außerdem von rassistischer Feindseligkeit oder gar offener Gewalt, was die Erfahrungen des Umbruchs für

die Betroffenen umso mehr erschweren sollte. Zwar gab es bereits in der DDR vom Regime weitgehend überdeckte oder ignorierte rassistische Einstellungen, doch traten diese nun, in einem Klima von kollektiver Ungewissheit, ungleich offener und in aller Heftigkeit zutage. Zu den wenigen bereits in Ostdeutschland lebenden Ausländerinnen kamen nun neue Gruppen von »Fremden« hinzu, denn die neuen Länder wurden unmittelbar nach der Einheit in die föderale Verteilung (Königsteiner Schlüssel) für Asylbewerber und Aussiedlerinnen einbezogen. Folglich kam es zu einer staatlich gesteuerten und prozentual reglementierten Zuweisung von Einwanderern in den Osten, die den Unmut vieler Bürgerinnen nochmals vergrößerte.

An vielen Orten entlud sich die Wut in gewalttätigen ausländerfeindlichen Übergriffen, teilweise mit Todesfolge: In der Nacht auf den 25. November 1990 wurde der ehemalige angolanische Vertragsarbeiter Amadeu António Kiowa im brandenburgischen Eberswalde von Skinheads überfallen; wenige Tage später erlag er seinen schweren Kopfverletzungen. Zwischen 1990 und 1993 wurden bundesweit mindestens 49 Nichtdeutsche getötet, wobei die Dunkelziffer wohl deutlich höher anzusetzen ist.[42] Als im sächsischen Hoyerswerda im Spätsommer 1991 unter Beifall einer johlenden Menge Flüchtlingsunterkünfte geräumt wurden und die Stadt daraufhin von neonazistischer Seite als »erste ausländerfreie Stadt« Deutschlands gefeiert wurde, titelte der *Spiegel* am 30. September: »Lieber sterben als nach Sachsen«.[43] Dass es nach massiven Ausschreitungen und der Belagerung der Zentralen Aufnahmestelle für Flüchtlinge sowie eines Wohnheims für ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter im August 1992 in Rostock-Lichtenhagen neben mehreren Hundert verletzten Personen keine Toten zu verzeichnen gab, ist wohl nur dem Zufall zu verdanken. Neben zahlreichen weiteren Anschlägen und Krawallen in dieser Zeit kam es auch zu Angriffen auf sowjetische beziehungsweise russische Truppenteile in Form von Beleidigungen und Gewaltakten. Die tiefsitzenden und lange angestauten Ressentiments gegenüber der ehemaligen Sieger- und Besatzungsmacht, die zwischen 1990 und 1994 ihren Abzug antrat, waren nun offen ausgebrochen.

Gleichwohl war das Phänomen rassistischer Gewalt nicht auf den Osten beschränkt, wie die oben zitierte Ausgabe des *Spiegel* auch festhielt: Nach einer Umfrage des Emnid-Instituts hatten neben 21 Prozent der Ostdeutschen sogar 38 Prozent der Westdeutschen »Verständnis« für »rechtsradikale Tendenzen«.[44] Während der Feiern zum ersten Jahrestag der deutschen Einheit kam es in vielen westdeutschen Städten zu Randalen, in Hünxe am Niederrhein sogar zu einem Brandanschlag, bei dem zwei libanesische

Mädchen schwer verletzt wurden. Im November 1992 wurden in Mölln (Schleswig-Holstein) drei, im Mai 1993 in Solingen fünf Menschen jeweils türkischer Herkunft getötet. In dieser Zeit kam es darüber hinaus ab 1990 zu einer ganz eigenen Form des »Aufbau Ost«, indem mithilfe westdeutscher »Experten« wie Udo Pastörs, Christian Worch, Holger Apfel oder Sascha Roßmüller (NPD) rechtsextreme Strukturen in der ostdeutschen Fläche aufgebaut wurden.[45]

Zugleich waren auch die gesellschaftlichen Reaktionen auf diese gewaltsamen Exzesse bemerkenswert: Lichterketten, in München nach dem Anschlag von Mölln aus etwa 400 000 Menschen bestehend; die Veröffentlichung von Liedern als Protest gegen rechte Gewalt, unter anderem von den *Toten Hosen* mit »Sascha … ein aufrechter Deutscher« von 1992 oder den *Ärzten* mit »Schrei nach Liebe« ein Jahr darauf; Konzerte wie im Dezember 1992 in Frankfurt am Main mit 150 000 Besucherinnen unter dem Motto »Heute die! Morgen du« oder ein Benefiz-Länderspiel der Deutschen Fußball-Nationalmannschaft gegen die besten ausländischen Spieler der Bundesliga im Oktober 1993.

Mag das Ausmaß der Gewalt in dieser Form neu gewesen sein, die dazugehörigen gesellschaftlichen Debatten waren es mitnichten. In der »alten« Bundesrepublik gab es seit den 1980er Jahren sehr emotional geführte Diskussion um das Asylrecht – ein Gegenstand, der zu einer der wichtigsten kulturellen Selbstverständigungsdebatten der 1990er Jahre werden sollte. Die Asylbewerberzahlen hatten sich zwischen 1988 und 1992 auf 400 000 vervierfacht. Auch zuvor lag die Zahl der Anträge bereits im hohen Bereich, doch stammten Asylsuchende nun vor allem aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa, insbesondere infolge des Bürgerkriegs im auseinanderbrechenden Jugoslawien. Hinzu kamen zwischen 1988 und 1998 fast 1,6 Millionen Aussiedler, die zu zwei Dritteln aus der Sowjetunion stammten, sowie jüdische Kontingentflüchtlinge.

Das Thema Asyl entwickelte eine enorme innenpolitische Sprengkraft. Die Lage in den Kommunen war angespannt, Bürgermeisterinnen und Ehrenamtliche sahen sich teils überfordert. Rasch dominierte in den Medien die Rede vom vermeintlichen Massenmissbrauch des Asylrechts woraus eine pauschale Kriminalisierung der Asylsuchenden resultierte. Getragen wurde die Kampagne insbesondere von der *Welt am Sonntag* und der *Bild*-Zeitung, die vor allem Druck auf die in Sachen Änderung des Asylrechts unschlüssige SPD ausübten. Zu dieser Zeit fühlten sich viele Menschen, ob nun in West- oder Ostdeutschland, aufgrund der Befürchtung eines »ungehemmten Zustroms« Fremder in ihrem Wohlstand bedroht und witterten Konkurrenten um Wohnraum oder Sozialhilfe. Schlussend-

lich erlangte das Thema in der Öffentlichkeit durch eine breite Mobilisierung, Polarisierung und Emotionalisierung zeitweise einen noch höheren Stellenwert als Arbeitslosigkeit.[46] Die ungemein kontroverse und von Demonstrationen begleitete Debatte endete am 6. Dezember 1992, als CDU/CSU, SPD und FDP einer Grundgesetzänderung zustimmten und zu dem historischen »Asylkompromiss« gelangten, der eine Einschränkung des Asylrechts, das Prinzip sicherer Herkunftsländer, eine Drittstaatenregelung sowie die restriktive Beschränkung des Zuzugs von Aussiedlerinnen vorsah. Im Bundestag verabschiedet wurde das veränderte Grundgesetz ein halbes Jahr später am 26. Mai 1993, nach leidenschaftlicher Aussprache und begleitet von zahlreichen Protesten von Kirchenvetretern, Menschenrechts- und Flüchtlingsinitiativen sowie weiten Teilen der oppositionellen SPD und Grünen im Umfeld des Bonner Regierungsviertels.

Dass mit diesem Kompromiss die rassistische Gewalt nicht abnehmen sollte, dafür stand nicht nur wenige Tage später, am 29. Mai 1993, der genannte Anschlag von Solingen. Signaturen rechtsextremer Gewalt spiegeln sich ebenfalls in der 1994 aufkommenden Bezeichnung »Dunkeldeutschland« als Synonym für die neuen Bundesländer; mit dem im Jahr 2019 ins Leben gerufenen Hashtag #baseballschlägerjahre wurden die gewaltvollen 1990er Jahre im Osten nachträglich auf den Punkt gebracht. Fortgeschrieben wurden diese Entwicklungen schließlich durch die Anschlagsserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU), der ab 1999 zehn Morde und Dutzende Mordversuche und Überfälle verübte. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit verweisen auf ein grundsätzliches Problem der deutsch-deutschen Vereinigungsgesellschaft, bezogen auf den Umgang mit »Fremdheit« und Einwanderung, die Entstehung (post)nationaler Selbstbilder, ihre je unterschiedlichen Ausprägungen im Westen und Osten der Republik sowie ihre gesellschaftliche Nachwirkung. Erst im Jahr 1998 wurde mit der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts die doppelte Staatsangehörigkeit per Gesetz ermöglicht; seither wurden immer mehr Stimmen für eine aktiv-gestaltende Einwanderungspolitik laut, nicht zuletzt um Fachkräftemangel vorzubeugen. Diese Überlegungen, unterlegt von Debatten um eine bewahrenswerte deutsche »Leitkultur«, mündeten schließlich in ein neues Zuwanderungsgesetz im Jahr 2004 und der allmählich zu bröckeln beginnenden Vorstellung, Deutschland sei kein Einwanderungsland.

Die Zahlen sprechen jedenfalls eine eindeutige Sprache: Lag der Ausländeranteil um die Jahrtausendwende im gesamten Bundesgebiet bei knapp unter neun Prozent, wiesen Brandenburg und Sachsen unter den östlichen Bundesländern mit 2,3 und 2,4 Prozent den höchsten Ausländeranteil auf, während Thüringen und Sachsen-Anhalt mit je 1,7 Pro-

zent den niedrigsten Wert verzeichneten. Seither hat sich der Anteil von nicht-deutschen Staatsangehörigen hierzulande merklich erhöht und lag 2020 bei 13,7 Prozent der Gesamtbevölkerung – allerdings mit deutlichen regionalen Unterschieden: Die fünf neuen Ländern wiesen lediglich eine Quote von 5,1 (Mecklenburg-Vorpommern) bis 5,5 Prozent (Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen) auf.[47] Der Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte, der in westdeutschen Großstädten teilweise bei 30 bis 40 Prozent liegt, erreicht im Osten allenfalls in Leipzig oder Dresden nennenswert hohe einstellige Prozentzahlen.

Doch obwohl im Osten deutlich weniger Nichtdeutsche zu Hause sind, lässt sich klar ein höheres Maß an Fremden- und Muslimfeindlichkeit, demokratieablehnenden Einstellungen sowie eine Verharmlosung des Nationalsozialismus erkennen.[48] Während in den Erhebungsjahren 2016 und 2018 jeweils 24 Prozent der Menschen in Deutschland insgesamt eine ablehnende Haltung gegenüber Ausländern einnahmen, waren im Westen 22 Prozent der Befragten ausländerfeindlich eingestellt, im Osten hingegen 31 Prozent.[49] Ähnliche Befunde wurden bereits in den 1990er Jahren intensiv diskutiert, als das rechtsextreme Einstellungspotenzial, wie im Frühjahr 1998, in den fünf neuen Bundesländern am höchsten eingeschätzt wurde.[50]

Wenig später war es der Hannoveraner Kriminologe Christian Pfeiffer, der mit seiner provokanten »Töpfchenthese« in der »kalten Bildungsdiktatur« DDR mitsamt ihren rigiden Erziehungsmethoden und einem vermeintlichen Mangel an elterlicher, insbesondere mütterlicher Fürsorge die zentralen Gründe für einen hohen Anteil rechtsextremer männlicher Straftaten im Osten zu erkennen glaubte. Mit der Fokussierung auf die Sozialisation erfuhr Pfeiffer gerade im Osten eine starke Ablehnung, stand diese Deutung doch im starken Kontrast zu situationsbedingten Erklärungsmustern, die stärker die existenziellen Unsicherheiten nach 1990, das Gefühl der Unterprivilegierung und des Abgehängt-Seins sowie den Verlust sozialer Sicherheit und Geborgenheit, also einen Mix aus sozialen und soziokulturellen Transformationserfahrungen als Begründung für das Erstarken rechtsextremen Gedankenguts betonten.[51] Eine sächsische Längsschnittstudie hat jene Folgen der Transformationserfahrungen für den Geburtsjahrgang 1973 exemplarisch untersucht und eine emotionale, allerdings nicht politische Verbundenheit mit der DDR nachweisen können. Die vergleichsweise gering entwickelte Zufriedenheit mit repräsentativer Demokratie und mangelndes Vertrauen in demokratische Parteien und Strukturen befördere eine verbreitete systemkritische Haltung und das Entstehen einer Doppelidentität (schon Bundesbürger, aber noch immer DDR-Bürger) mitsamt kapitalismuskritischer

Haltung, die sich aufgrund der Erfahrungen der Massenarbeitslosigkeit und Umbruchsgeschehen ergeben habe.[52]

Neben (post)diktatorischen Nachwirkungen können darüber hinaus auch nicht intendierte Nebenwirkungen eines kulturellen »Aufbau Ost«, nämlich bei der Etablierung politischer Bildungsangebote in den neuen Bundesländern, ausgemacht werden: Die frühen 1990er Jahre fielen mit einer Krise der politischen Bildungsarbeit auch in Westdeutschland zusammen, was eine Anpassung an die ostdeutschen Erfordernisse gewiss erschwert hat. Statt verstärkt ostdeutsche Diktatur- beziehungsweise Umbruchserfahrungen in jene Bildungsangebote einzubeziehen, was deren Akzeptanz vermutlich vergrößert hätte, kam es angesichts dieser Schwierigkeiten häufig zu einer bloßen Ausdehnung politischer Bildungsarbeit – zumal die neue politische Bildungslandschaft zumeist aus westdeutscher Sicht konzipiert, gestaltet und durchgeführt wurde. Auch hier ist das zunächst vorherrschende Leitbild einer »nachholenden Modernisierung« Hauptgrund für die weitgehend unwidersprochene Übertragung westdeutscher Interpretationen politischer und geschichtlicher Inhalte, die erst mit den Jahren einer kritischeren Auseinandersetzung und einer vermehrten Einbeziehung auch ostdeutscher Perspektiven gewichen ist.[53]

Als Ursache für den Mangel an demokratischen Einstellungen wurden häufig auch Defizite in puncto Vereinsarbeit angeführt, die gemeinhin als Entstehungsvoraussetzung für gesellschaftliches Engagement gilt. Die im Osten Deutschlands vergleichsweise schwache Ausprägung zivilgesellschaftlicher Strukturen, allen voran im ländlichen Raum, bot hier schlechte Voraussetzungen, die wiederum durch Arbeitslosigkeit, politische Resignation und Abwanderung verstärkt wurden. Nicht ausgeklammert werden dürfen die überkommenen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten, die ihre Ursprünge teils vor 1989/90 haben. Indes haben einzelne Forscher zu Recht darauf hingewiesen, dass Ehrenamt und Vereinsleben nicht mit demokratischer Orientierung beziehungsweise demokratisierender Wirkung gleichzusetzen sind.[54] Nicht übersehen werden darf darüber hinaus die bislang noch kaum erforschte Rolle der Kirche: Sie war Trägerin sozialer Einrichtungen, agierte dabei jedoch in weitgehend entkirchlichten Räumen.

Inwieweit gegenwärtig zu beobachtende Phänomene auf DDR-Sozialisation, vereinigungsbedingte Verwerfungen in Kombination mit Versäumnissen in der politischen Bildung oder ganz andere Faktoren zurückzuführen sind, lässt sich kaum seriös beantworten: Bei den Kundgebungen vor Flüchtlingsheimen wie 2015 in Freital und Heidenau, den Ausschreitungen gegen Geflüchtete in Clausnitz 2016, den Protesten bei der Grundsteinlegung für eine Moschee 2018 in Erfurt oder den »Wutbürger«-Demonstra-

tionen an der B96 um Bautzen, seit 2020 befeuert durch den Unmut über die Präventionspolitik im Zuge der Corona-Pandemie, wurde jedenfalls nicht allein eine Abwertung des »Fremden« sichtbar, um das »Eigene« zu hofieren, sondern eine – auch in anderen Teilen West- und Osteuropas zu konstatierende – völkisch-rassistisch unterlegte Revitalisierung von Nationalismus. In Gegenden, in denen die freiheitlich-demokratische Grundordnung ohnehin fragil war und ist, machen sich zusehends Populisten die Stimmungslage zunutze: Von vermeintlichen und tatsächlichen Verliererinnen des Einigungsprozesses ausgehend und diffuse Ängste und Sorgen aufgreifend versuchen sie, existierende Viktimisierungsgefühle politisch-strategisch zu instrumentalisieren – all dies scheint kaum neu, vielmehr ist das (zwischenzeitliche) Erstarken links- wie rechtspopulistisch unterlegter Deutungsangebote nach 1990 in Ostdeutschland gewissermaßen eine wiederkehrende Erscheinung, lassen sich doch hier im Vergleich zum Westen ausgeprägtere Akzeptanzprobleme, eine brüchigere Vertrauens- und Legitimationsbasis und eine weniger ausgeprägte Loyalität zum politischen System der Bundesrepublik erkennen.[55]

Seinen konkreten Ausdruck findet dieser Umstand, neben geringerer Wahlbeteiligung, in den Wahlerfolgen von Anti-Establishment-Parteien, die gegen »den Westen«, »das System« oder »die Medien« agieren und sich in geschickter Weise als vermeintliche Repräsentanten »der kleinen Leute« inszenieren, mit denen sie sich gemeinsam auf die Suche nach den Schuldigen einer umfassenden Misere machen. Zu Beginn der 1990er Jahre nahm diese Rolle die PDS ein, die mit ihrem zum charismatischen Medienstar avancierenden Vorsitzenden Gregor Gysi rasch Protestpartei des »ostdeutschen Gewissens« und Auffangbecken sowie Sprachrohr vor allem für solche Menschen werden sollte, die verbittert waren, sich als deklassiert betrachteten und gegen die »Kolonialisierung« des Ostens durch den Westen aufbegehrten. Trotz aller Desintegrationsbemühungen der anderen Parteien, etwa der CDU im Rahmen der »Rote-Socken-Kampagne« (»Zukunft statt Linksfront«) im »Superwahljahr« 1994, für die man gezielt auf die Kalte-Krieger-Rhetorik vergangener Zeiten zurückgriff und somit eine Revitalisierung antikommunistischer Gefühle erreichen wollte, wurde die PDS schon bald zur zweitstärksten politischen Kraft in den neuen Bundesländern. In Sachsen-Anhalt tolerierte sie eine SPD-geführte Minderheitsregierung (»Magdeburger Modell«), in Mecklenburg-Vorpommern war sie 1998 unter dem damaligen Ministerpräsidenten Harald Ringstorff (SPD) erstmals an einer Landesregierung beteiligt: Die PDS hat sich als anpassungsfähige Partei erwiesen – leidenschaftliche Abgrenzungskämpfe mit SPD und Grünen, bestehende Auseinandersetzungen um das historische Erbe und

Beobachtungen einzelner Teile durch den Verfassungsschutz inklusive.[56] Das Wiedererstarken der Nachfolgeparteien beziehungsweise Ableger der früheren politischen Machthaber war zwar ein Trend, der sich für diese Zeit auch in anderen postkommunistischen Ländern wie Polen oder Ungarn beobachten ließ,[57] doch erfuhr die zunehmende Normalisierung und Integration der PDS mit ihrer Expansion nach Westen als »Linkspartei« (seit 2007 »Die Linke«) eine besondere Wendung: 2009 zog die Partei mit beinahe zwölf Prozent der Stimmen (acht Prozent in Westdeutschland) in den Bundestag ein und war ein Jahr später in sieben westdeutschen Landtagen vertreten. Mit dem in Niedersachsen geborenen und in den frühen 1990er Jahren in den Osten gekommenen Gewerkschafter Bodo Ramelow wurde 2015 (und abermals 2019) erstmals ein Politiker der Linken zum Ministerpräsidenten im wiedervereinten Deutschland gewählt.

Heute und im Lichte zunächst der Finanz- und wenige Jahre später einer globalen »Flüchtlingskrise« scheint der »Würdelieferant« (Heinz Bude) nunmehr aber vor allem auf der rechten Seite der politischen Skala zu stehen. Dabei machen sich die entsprechenden Akteure in auffälliger Weise die vereinigungsbedingten Geschehnisse im Zuge einer Re-Aktualisierung und imaginierten Parallelisierung früherer und gegenwärtiger Entwicklungen zunutze: Ist »Pegida« eine vor allem im Osten erfolgreiche Protestbewegung und maßgeblich von »Wende-Enttäuschten«[58] bestimmt, so kann die AfD in den neuen Bundesländern noch umfassender punkten, wie die jüngsten Landtagswahlkämpfe im Jahr 2019 demonstrierten: »Vollende die Wende«, »Der Osten steht auf«, »Wende 2.0«, »Hol Dir Dein Land zurück« oder der Ruf »Wir sind das Volk« in der bewussten Anknüpfung an positive Erfahrungen des kollektiven Gelingens und dabei Re-Interpretation wie Abschottungsformel zugleich: Derartige Analogien und gezielte geschichtsklitternde Vereinnahmungen kreieren emotionale wie mentale Haltepunkte, suggerieren Kompensation und Sicherheit, verheißen Aufwertung, Anerkennung und Respekt und generieren vor dem Hintergrund raschen gesellschaftlichen Wandels Entlastung.

Autoritäre Strukturen, ethnische Homogenität, arbeitszentrierte Sozialstaatlichkeit, ferner die Re-Traditionalisierung von Geschlechterrollen – dass eben genau diese Aspekte die AfD für viele Wähler besonders attraktiv erscheinen lassen, hat ganz verschiedene Ursachen, deutet im Rückblick aber auch eine Fortführung früherer Entwicklungen an: Denn bereits zuvor hatten rechte und rechtsextreme Parteien in verschiedene ostdeutsche Landtage einziehen können, so die DVU in Brandenburg (1999 und 2004) und Sachsen-Anhalt (1998, damals sogar mit 12,9 Prozent) sowie die NPD in Mecklenburg-Vorpommern (2006 und 2011) und Sachsen

(2004 und 2009). Der Fall der AfD, die bei der Bundestagswahl 2017 im Osten jede vierte und bei der Bundestagswahl 2021 jede fünfte Stimme – mit Ausnahme Thüringens und Sachsen, wo es bei jeder vierten Stimme geblieben ist – für sich verbuchen konnte und inzwischen bundesweit in alle Landesparlamente eingezogen ist, scheint etwas anders zu liegen. Vermutlich ergeben sich die Präferenzen an der Wahlurne und das Ausmaß des Erfolges auch aus den Verwerfungen der 1990er Jahre, wobei damalige Erfahrungen der ökonomischen Entsicherung durch Befürchtungen um Wohlstandsverluste infolge der Finanzkrise 2008 oder der »Flüchtlingskrise« 2015 nochmals erneuert wurden. Dabei erscheinen gerade Migrantinnen als personifizierte Bedrohung einer »gerade erst wieder halbwegs zur Ruhe gekommenen Gesellschaft«.[59]

Ökonomische, soziale und emotional-symbolische Faktoren machen Wähler, gerade als Angehörige einer fragilen, eher unteren Mittelschicht und vor allem im ländlichen Raum, anfällig für autoritäres, illiberales Gedankengut – wobei auffällig ist, dass insbesondere die jüngeren Jahrgänge und hier vor allem Männer tendenziell stärker rechtspopulistisch wählen. Ein Schlüssel zum Erfolg der AfD scheint in diesem Zusammenhang das bewusste und offensive Spielen mit einer »Ost-Identität« zu sein, zumal diese national(istisch) aufgeladen daherkommt – beides generiert unabhängig von konkreten politischen Lösungsvorschlägen Authentizität und Glaubwürdigkeit. Die Partei versucht sich als »wahre Interessensvertreterin« zu profilieren und dabei vergangene Verunsicherungserfahrungen mit gegenwärtigen Risikoszenarien zu synchronisieren.

Anfang Februar 2020 waren 37 Prozent aller Deutschen mit der Demokratie in Deutschland sehr zufrieden oder ziemlich zufrieden. Allerdings waren zwischen den westlichen (40 Prozent) und östlichen Bundesländern (22 Prozent) erhebliche Unterschiede zu vermerken.[60] Diese Kluft zwischen West- und Ostdeutschland erscheint bemerkenswert – und folglich ist bei einer größeren Minderheit Ostdeutscher eine deutliche Unzufriedenheit wie Distanziertheit, wenn nicht gar Ablehnung bestehender demokratischer Institutionen und ihrer Repräsentantinnen und Repräsentanten zu konstatieren. Der Ruf »Merkel muss weg« wird von vielen (insbesondere westdeutschen) Außenstehenden kurzerhand und im Verfahren einer selbsterfüllenden Prophezeiung als Rückfall in ältere Verhaltensmuster »des Ostdeutschen« verbucht. In solchen Verkürzungen erlebt der resignative, hörige, nörgelnde, passive und latent unzufriedene »Jammer-Ossi«, dem per se die Demokratiekompatibilität abgesprochen wird, eine eigentümliche Renaissance.[61]

Anhand der Einbeziehung der mentalen und emotionalen Nebenwirkungen des »Aufbau Ost« ist deutlich geworden, dass das unvermittelte

Aufeinanderprallen von Ost und West nach 1990 in vielerlei Hinsicht interkulturelle Konfliktherde hervorbrachte. Abweichende Selbst- und Fremdbilder, unterschiedliche Wertehaushalte, gegenseitige Missverständnisse, dichotome Abgrenzungssymboliken und spezifische Identitätsbildungen: Die kulturell-mentale Differenz war das Resultat unterschiedlicher historischer Entwicklungen einerseits und Ergebnis der Vereinigungspolitik andererseits.[62] Auch wenn die jeweiligen Ursachen und Entstehungshintergründe kaum voneinander getrennt werden können, so scheinen jene symbolpolitischen und kulturell-mentalen Faktoren als Begleiterscheinung des Einigungsgeschehens eine kaum zu unterschätzender Rolle für das Agieren vieler nach 1989/90 gespielt zu haben, erwiesen sie sich doch nicht als Übergangsphänomen, sondern als dauerhaft und folgenreich.

Fraglich ist, wie ein möglicher Endzustand einer »Inneren Einheit« überhaupt aussehen sollte und ob nicht die Existenz unterschiedlicher Mentalitäten, politischer Orientierungen und Wertprägungen dem Prinzip der Pluralität entspricht.[63] Rassistische, antidemokratische, antisemitische und antifreiheitliche Haltungen sollten aber niemanden unberührt lassen. Mit dem Anspruch einer auch generationenübergreifend zu vermittelnden, breit zu verstehenden DDR- und Umbruchserfahrung trat vor einigen Jahren die »Dritte Generation Ost« in Erscheinung. Die Mitglieder waren zumeist gut gebildete Repräsentanten ihrer Alterskohorte, der zwischen Mitte der 1970er und Mitte der 1980er Jahre Geborenen; allesamt Menschen, die einen anderen Umgang mit der ostdeutschen Herkunft im digital-öffentlichen Raum artikulieren wollten.[64] Diese Bemühungen stehen in einem unverkennbaren Kontrast zu dem Befund, dass es eben jene Generationenangehörige waren, die in den vergangenen Wahlen überdurchschnittlich oft für die AfD gestimmt haben,[65] und das, obwohl sie die DDR selbst allenfalls noch als Kleinkinder erlebt haben.

Nach wie vor scheint das Gefühl der Nichtanerkennung und gefühlten Benachteiligung im Osten besonders ausgeprägt zu sein, was sich auch daran zeigt, dass Jugendliche dort anfälliger für populistische Ideen sind als im Westen.[66] Diese markante Auseinanderentwicklung von individuellen wie kollektiven Erfahrungswelten wird derzeit in den Arbeiten jüngerer Journalistinnen wie Valerie Schönian oder Johannes Nichelmann artikuliert – und auch sehr kontrovers diskutiert.[67] In den Identitätsentwürfen von »Nachwendekindern«, die Schweigespiralen, Identitätskrisen und weiteren Effekten einer vergleichbaren, durch homogenisierende Fremdzuschreibungen bestimmten Sozialisation nachspüren möchten, spiegelt sich letztlich auch die Zukunftsoffenheit eines kulturellen »Aufbau Ost«, der vermutlich auch künftig nicht einfach linear verlaufen oder endgültig »abgeschlossen« sein wird.

Anmerkungen

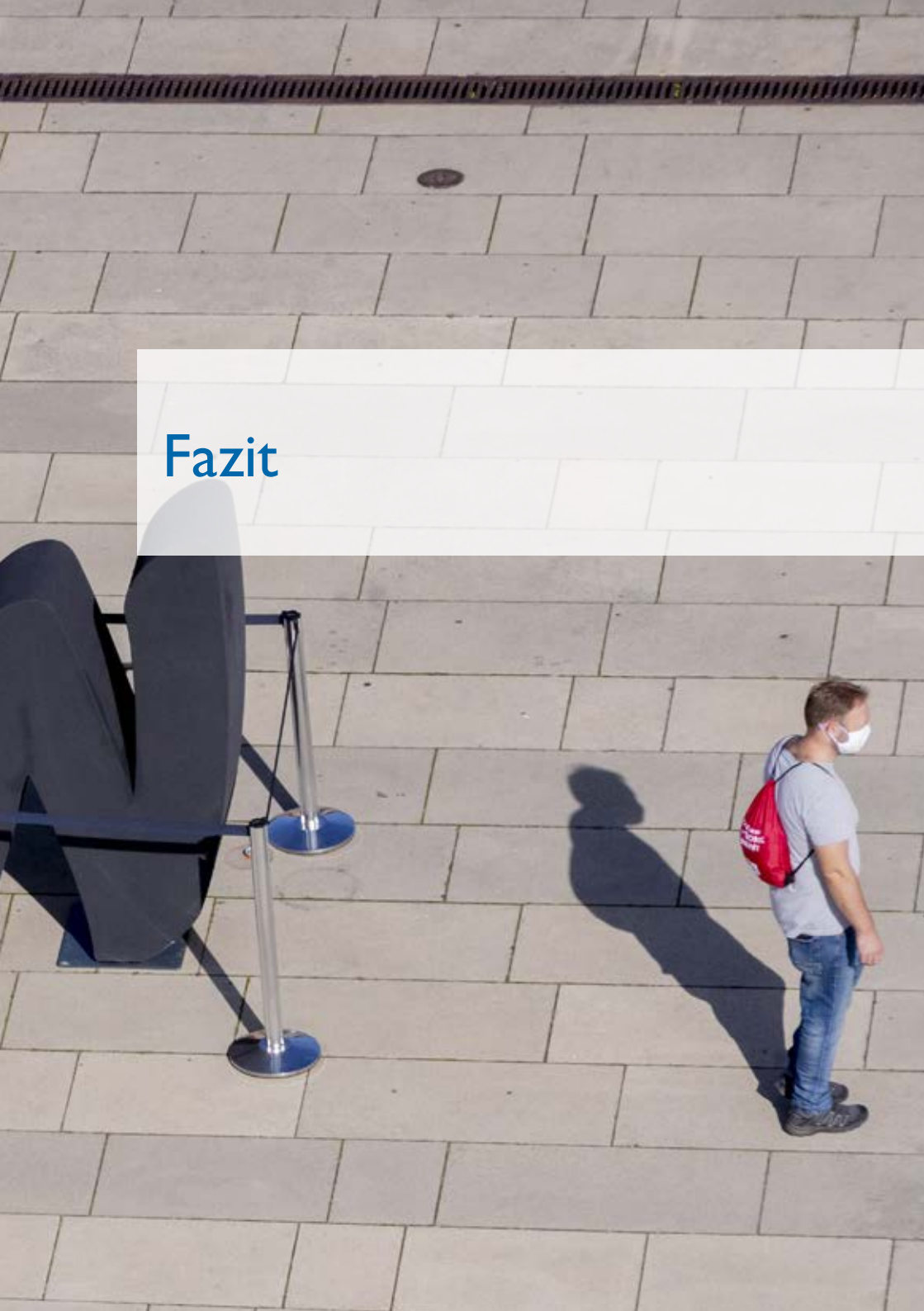
1 Vgl. Rolf Reißig, Transformation Ostdeutschlands und deutsche Vereinigung: Einige Überlegungen und Anmerkungen, in: Lothar Mertens (Hrsg.), Bilanz und Perspektiven des deutschen Vereinigungsprozesses, Berlin 2006, S. 143–154.
2 Thomas Gensicke, Die neuen Bundesbürger. Eine Transformation ohne Integration, Opladen 1998.
3 Vgl. Thomas Kessler/Amélie Mummendey/Andreas Klink, Soziale Identität und relative Deprivation. Determinanten individuellen und kollektiven Verhaltens in Ostdeutschland nach der Vereinigung, in: Manfred Schmitt/Leo Montada (Hrsg.), Gerechtigkeitserleben im wiedervereinigten Deutschland, Opladen 1999, S. 213–258.
4 Nur noch so beliebt wie die Russen. SPIEGEL-Umfrage über die Einstellung der Ost- und Westdeutschen zueinander, in: Der Spiegel, 30/1991, S. 24–29.
5 Wilhelm Heitmeyer, Ein Land, zwei Gesellschaften, in: Die Zeit, 50/2008.
6 Der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer (Hrsg.), Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit, Berlin 2019, S. 13.
7 Wolf Wagner, Kulturschock Deutschland, Hamburg 1996.
8 Elmar Brähler/Horst-Eberhard Richter, Deutsche Befindlichkeiten im Ost-West-Vergleich. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (1995) 40/41, S. 13–20.
9 Arnulf Baring, Deutschland, was nun? Ein Gespräch mit Dirk Rumberg und Wolf Jobst Siedler, Berlin 1991, S. 52–63.
10 Thomas Roethe, Arbeiten wie bei Honecker, leben wie bei Kohl. Ein Plädoyer für das Ende der Schonfrist, Frankfurt/M. 1999, S. 14.
11 Luise Endlich, Neuland. Ganz einfache Geschichten, Berlin 1999. Ihr bürgerlicher Name lautete Gabriela Mendling.
12 Helmut Schmidt wettert gegen Jammer-Ossis, 11.10.2003, www.spiegel.de/politik/deutschland/zum-kotzen-helmut-schmidt-wettert-gegen-jammer-ossis-a-269386.html.
13 Ilko-Sascha Kowalczuk, Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München 2019, S. 151.
14 Vgl. die Beiträge in Rebecca Pates/Maximilian Schochow (Hrsg.), Der »Ossi«. Mikropolitische Studien über einen symbolischen Ausländer, Wiesbaden 2013.
15 Ina Dietzsch, Die Erfindung der Ostdeutschen, in: Eva Schäfer u. a. (Hrsg.), Irritation Ostdeutschland, Münster 2005, S. 92.
16 Frank den Hertog, Minderheit im eigenen Land? Zur gesellschaftlichen Position der Ostdeutschen in der gesamtdeutschen Realität, Frankfurt/M. 2004.
17 Siehe Pates/Schochow (Anm. 14).
18 Wolfgang Thierse, Fremde im eigenen Land. Nach der Einheit die Entfremdung?, in: Warnfried Dettling (Hrsg.), Perspektiven für Deutschland, München 1994, S. 52.
19 Paul Cooke, From Colonization to Nostalgia. Representing East Germany Since Unification, Oxford 2005.
20 Wolfgang Dümcke/Fritz Vilmar (Hrsg.), Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses, Münster 1996.

21 Christiane Wilke, Östlich des Rechtsstaats: Vergangenheitspolitik, Recht und Identitätsbildung, in: Sandra Matthäus/Daniel Kubiak (Hrsg.), Der Osten. Neue sozialwissenschaftliche Perspektiven auf einen Gegenstand jenseits von Verurteilung und Verklärung, Wiesbaden 2016, S. 169–193.
22 Naika Foroutan/Daniel Kubiak, Ausschluss und Abwertung. Was Muslime und Ostdeutsche verbindet, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 63 (2018) 7, S. 93–102.
23 Christian Kolmer, Nachrichten aus einer Krisenregion. Das Bild Ostdeutschlands und der DDR in den Medien 1994–2007, in: Thomas Ahbe/Rainer Gries/Wolfgang Schmale (Hrsg.), Die Ostdeutschen in den Medien: das Bild von den Anderen nach 1990, Leipzig 2009, S. 181–214; Rolf Reißig, Die gespaltene Vereinigungsgesellschaft: Bilanz und Perspektiven der Transformation Ostdeutschlands und der deutschen Vereinigung, Berlin 2000, S. 48.
24 Peter Niedermüller, Der Mythos der Gemeinschaft: Geschichte, Gedächtnis und Politik im heutigen Osteuropa, in: Andrei Corbea-Hoisie u. a. (Hrsg.), Umbruch im östlichen Europa. Die nationale Wende und das kollektive Gedächtnis, Innsbruck 2004, S. 11–26.
25 Siehe etwa Pamela Heß, Geschichte als Politikum. Öffentliche und private Kontroversen um die Deutung der DDR-Vergangenheit, Baden-Baden 2014.
26 Oliver Hollenstein, Das doppelt geteilte Land. Neue Einblicke in die Debatte über Ost- und Westdeutschland, Wiesbaden 2012.
27 Martin Sabrow, Die DDR erinnern, in: Ders. (Hrsg.), Erinnerungsorte der DDR, Berlin 2009, S. 11–29.
28 Der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer (Hrsg.), Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit, Berlin 2020, S. 86 f.
29 Klaus Christoph, »Aufarbeitung der SED-Diktatur« – heute so wie gestern? Essay, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (2013) 42/43, S. 27–33.
30 Unterrichtung durch den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien: Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes. Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefen, Deutscher Bundestag, Drucksache 16/987516, 19.6.2008, S. 1, 9.
31 Robert Hansack, Unrechtsstaat DDR. Zur Genesis des Terminus politicus Unrechtsstaates nach der Transformation 1989: Versuch einer historischen Bestandsaufnahme, Frankfurt/M. 2015.
32 Pamela Heß, Gleichförmig statt vielfältig: Die DDR im öffentlichen Erinnern, in: Matthäus/Kubiak (Anm. 21), S. 99–123.
33 Vgl. Andrew H. Beattie, Playing politics with History. The Bundestag Inquiries into East Germany, New York 2008.
34 Raj Kollmorgen, Subalternisierung. Formen und Mechanismen der Missachtung Ostdeutscher, in: Ders./Frank Thomas Koch/Hans-Liudger Dienel (Hrsg.), Diskurse der deutschen Einheit: Kritik und Alternativen, Wiesbaden 2011, S. 301–360.
35 Regina Bittner, Kulturtechniken der Transformation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (2009) 28, S. 9–15.
36 Vgl. Raj Kollmorgen, Ostdeutschland: Beobachtungen einer Übergangs- und Teilgesellschaft, Wiesbaden 2005, S. 254 f.

37 Dietzsch (Anm. 15); vgl. auch Thomas Ahbe, Die Konstruktion der Ostdeutschen. Diskursive Spannungen, Stereotype und Identitäten seit 1989, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (2004) 41/42, S. 12–22.
38 Kollmorgen (Anm. 36), S. 148–200.
39 Detlef Pollack, Das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung. Der Wandel der Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft in Ostdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (1997) 13, S. 3–14.
40 Katja Neller, DDR-Nostalgie. Dimensionen der Orientierungen der Ostdeutschen gegenüber der ehemaligen DDR, ihre Ursachen und politischen Konnotationen, Wiesbaden 2006.
41 Anna Klein/Wilhelm Heitmeyer, Ost-westdeutsche Integrationsbilanz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (2009) 28, S. 19.
42 Maren Möhring, Mobilität und Migration in und zwischen Ost und West, in: Frank Bösch (Hrsg.), Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000, Göttingen 2015, S. 402.
43 Ulrich Herbert, »Asylpolitik im Rauch der Brandsätze« – der zeitgeschichtliche Kontext, in: Stefan Luft/Peter Schimany (Hrsg.), 20 Jahre Asylkompromiss: Bilanz und Perspektiven, Bielefeld 2004, S. 94.
44 »Lieber sterben als nach Sachsen«, in: Der Spiegel, 40/1991.
45 Vgl. dazu unter anderem Andrea Röpke/Andreas Speit (Hrsg.), Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft, Berlin 2008. Siehe insgesamt auch Alexander Thumfart, Die politische Integration Ostdeutschlands, Frankfurt/M. 2002.
46 Herbert (Anm. 43); Patrice G. Poutrus, Umkämpftes Asyl: Vom Nachkriegsdeutschland bis in die Gegenwart, Berlin 2019, S. 166–172.
47 Migration und Integration: Ausländische Bevölkerung nach Bundesländern, 31.12.2020, www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/auslaendische-bevoelkerung-bundeslaender.html.
48 Stefan Wolle/Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Umbruch Ost. Lebenswelten im Wandel: Eine Ausstellung zur Geschichte der deutschen Einheit, Berlin 2020, S. 59; Andreas Zick u. a., Verlorene Mitte – feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, Bonn 2019, S. 111 f., 135, 221, 280.
49 Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.), Vielfalt der Einheit. Wo Deutschland nach 30 Jahren zusammengewachsen ist, 2020, www.berlin-institut.org/studien-analysen/detail/vielfalt-der-einheit, S. 19.
50 Richard Stöss, Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Berlin 2000, S. 33.
51 Vgl. wiederum die Erklärungen bei Zick (Anm. 48).
52 Hendrik Berth, Einheitslust und Einheitsfrust. Junge Ostdeutsche auf dem Weg vom DDR- zum Bundesbürger. Eine sozialwissenschaftliche Längsschnittstudie von 1987–2006, Gießen 2007, S. 102.
53 Albert Scharenberg, Zustand und Perspektiven der politischen Bildungsarbeit in Ostdeutschland, 4.2.2004, www.bpb.de/apuz/28516/zustand-und-perspektiven-der-politischen-bildungsarbeit-in-ostdeutschland?p=all.
54 Roland Roth, Besonderheiten des bürgerschaftlichen Engagements in den neuen Bundesländern, 26.5.2002, www.bpb.de/apuz/26011/besonderheiten-des-buergerschaftlichen-engagements-in-den-neuen-bundeslaendern?p=all.

55 Hans-J. Misselwitz, Aufbau Ost, zweite Hälfte. Eine neue Agenda für die politische Bildung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (2002) 45, S. 28.
56 Vgl. Thorsten Holzhauser, Die »Nachfolgepartei«. Die Integration der PDS in das politische System der Bundesrepublik Deutschland 1990–2005, Boston–Berlin 2019.
57 Philipp Ther, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin 2014, S. 91.
58 Heinz Bude, Das Gefühl der Welt. Über die Macht von Stimmungen, München 2016.
59 Steffen Mau, Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, Berlin 2019, S. 234.
60 Ost und West weiter unterschiedlich zufrieden mit Demokratie, ZEIT, 7.2.2020, www.zeit.de/news/2020-02/07/demokratiezufriedenheit-in-ost-und-west-sehr-unterschiedlich.
61 Vgl. dazu in längerer Perspektive: Detlef Pollack, Das unzufriedene Volk: Protest und Ressentiment in Ostdeutschland von der friedlichen Revolution bis heute, Bielefeld 2020.
62 Reißig (Anm. 23), S. 97.
63 Marcus Linden, Innere Einheit. Konjunkturen und Defizite einer Debatte, in: Deutschland Archiv, 42 (2009) 2, S. 309.
64 Michael Hacker u. a., Dritte Generation Ost. Wer wir sind, was wir wollen, Berlin 2012.
65 Der Bundeswahlleiter, Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017, www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/e0d2b01f-32ff-40f0-ba9f-50b5f761bb22/btw17_heft4.pdf. Demnach erreichte die AfD bei den 1973 bis 1982 Geborenen deutschlandweit 15,4 Prozent, in den fünf neuen Ländern 26,3 Prozent bei den Zweitstimmen.
66 Wolle (Anm. 48), S. 94. 31 Prozent der Befragten zwischen 12 und 24 Jahren im Westen waren eher populistisch orientiert, 42 Prozent im Osten.
67 Johannes Nichelmann, Nachwendekinder. Die DDR, unsere Eltern und das große Schweigen, Berlin 2019; Valerie Schönian, Ostbewusstsein. Warum Nachwendekinder für den Osten streiten und was das für die Deutsche Einheit bedeutet, München 2020.

Fazit



Der »Aufbau Ost« – das war nicht das von manchen erhoffte kurze Nachspiel im Anschluss an die Herstellung der formal-rechtlichen Einheit. Wie wir in diesem Buch beschrieben haben, handelte es sich um ein umfassendes, offenes wie widersprüchliches politisches, wirtschaftliches, gesellschaftliches und kulturelles Umbauprojekt. Dieses noch immer unabgeschlossene (und vermutlich auch unabschließbare) Vorhaben stand dabei von Anfang an unter keinem guten Stern, wie sich vor allem im zeithistorischen Rückblick offenbart: Die unverhoffte wie rasche Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaats fiel aus dem Rahmen in einer Zeit, die zunehmend von postnationalem Denken, Globalisierung, Europäisierung und Individualisierung geprägt war. Der »Aufbau Ost« kann mithin als ein Versuch betrachtet werden, diese übergeordneten Widersprüche – die Wiederherstellung eines Nationalstaats in Zeiten von marktfreundlicher Staatskritik, zunehmenden transnationalen Verflechtungen und postnationalen Identitäten – zu bearbeiten.

Der »Aufbau Ost« erscheint in der Rückschau als ein gesellschaftliches Modernisierungs- und Nationalisierungsprojekt in postmodernen wie postnationalen Zeiten – also ein überaus paradoxes Unterfangen. Die konkrete Ausgestaltung des wirtschaftlichen, institutionellen, sozialen und mentalen »Vereinigens« beider deutscher Staaten erwies sich – nach durchaus hoffnungsvollem Beginn – in den Folgejahren als überaus komplizierter und konflikthafter, vielerorts schmerzhafter und widerspruchsvoller Prozess. Mehr als 30 Jahre nach der 1989/90 realisierten Erringung von Freiheit und Einheit sind zahlreiche Spuren damaliger Erwartungshaltungen wie Entscheidungsdynamiken bis heute greif- und erlebbar, ja werden sie gegenwärtig durch Fragen der Migration, des demografischen Wandels, der Globalisierung und Digitalisierung oder im Umgang mit einer weltweiten Pandemie erneut herausgefordert und aktualisiert. Der Weg von einer hochgradig restriktiven und diktatorisch verfassten Organisations- zu einer pluralen, aber risikobehafteten Marktgesellschaft schuf – unter horrender Zeitnot – zuvor unbekannte Entscheidungszwänge und führte bei der wirtschafts- und sozialpolitischen Problemlösung und daraus resultierenden Konfliktbewältigungsstrategien sowohl aufseiten der zumeist westdeutschen Gestalter und »Macher« als auch bei einem Großteil der ostdeutschen Bevölkerung zu gegenseitigen Überforderungen und wechselseitigen Enttäuschungen.

Nicht völlig unschuldig daran waren zum einen die damaligen Wohlstandsversprechen, die bei vielen Menschen in West und Ost im politisch hoch bewegten Jahr 1990 allzu optimistische und in Teilen hoffnungslos überfrachtete Erwartungen befeuert hatten. Ziemlich heikel waren zum anderen die mit diesen Erwartungen verknüpften ost- wie westdeutschen

Zielvorstellungen, die sich mit dem vagen Terminus der »Inneren Einheit« verbanden. In der Rückschau wird darüber hinaus immer deutlicher, dass schon 1990 die Erwartungen in West und Ost erheblich auseinanderklafften: Für die Menschen im Westen sollte alles beim Alten bleiben; die Menschen im Osten hingegen sehnten sich nach »Westniveau«, wollten aber auch eigene Erfahrungen berücksichtigt wissen. Beides zugleich passte, so scheint es, schlecht zusammen. Die Sehnsucht nach zügiger »Innerer Einheit« im Sinne von Einheitlichkeit selbst blieb einer der zentralen Stolpersteine des »Aufbau Ost«. Die oft diskutierte »Krise« dieses Projekts war und ist vor allem auch eine Krise der Wahrnehmungsweisen infolge enttäuschter beziehungsweise widersprüchlicher Erwartungshaltungen in Ost und West.

Im Kern zielt diese Schlussfolgerung vor allem auf die gängigen Maßstäbe entsprechender Bilanzierungsversuche, die das Projekt »Aufbau Ost« von Beginn an symptomatisch begleiteten: Erfolg oder Scheitern? Helden oder Opfer? Sieg oder Niederlage? Für die vielfältigen Widersprüchlichkeiten und Zwischentöne im Alltag blieb da lange kaum Platz. Doch woran sollte man Erfolg oder Misserfolg eines derartigen Umbauprojekts überhaupt messen? Eine rasche Einigung, ja Homogenisierung auf sämtlichen Ebenen und somit eine Anpassung des Ostens an westliche Maßstäbe schien bald für die einen der unhintergehbare Fixpunkt der »Modernisierung« oder »Verwestlichung« zu sein, während aber genau diese Vision für andere das Schreckensszenario einer »Übernahme« oder gar »Kolonialisierung« darstellte.

Dabei waren der »Osten« und der »Westen« 1989/90 keineswegs bereits fertige Kategorien, sondern sie entstanden erst infolge des prekären postsozialistischen Nationbuildings und den damit einhergehenden medialen Debatten. Die gegenseitigen kulturellen Zuschreibungen und Schuldzuweisungen vergrößerten letztlich die in Teilen bis heute existierenden Gräben. Wege zum gemeinsamen Brückenbau jenseits von aufwendig geplanten wie mit erheblichen Mitteln finanzierten Autobahnen, Hochgeschwindigkeitstrassen und Wasserstraßen wurden abseits der normativen Vergleichs- und Orientierungsschablone »West« indes nur selten beschritten. Schien es nicht eigentlich selbstverständlich, wo das gemeinsame Ziel lag? Über drei Jahrzehnte später muss man festhalten, dass es 1990 weder einheitliche Erfahrungsräume noch geteilte Erwartungshorizonte gab. Die de facto hochgradig plurale deutsch-deutsche Gesellschaft war gewissermaßen zwischen den Zeiten eingeklemmt – und das nicht nur zwischen den bald allzu selbstverständlichen Kategorien »Ost« und »West«, sondern auch zwischen »Moderne« und »Postmoderne«, »Nationalstaat« und »Entstaatlichung«, »Gemeinschaft« und »Individualisierung«.

Dergestalt schien und scheint der »Aufbau Ost« oftmals ein vor allem ostdeutsches Anpassungsvorhaben zu sein. Doch gleichzeitig unterblieb nach 1990 (und strenggenommen auch schon davor) auf altbundesdeutscher Seite eine kritische Prüfung des eigenen wirtschafts- und sozialpolitischen sowie Institutionensystems weitgehend. Angesichts der kurzfristigen Herausforderungen und knappen Zeitressourcen der deutschen Vereinigung wurden überfällige Reformen zunächst auf unbestimmte Zeit vertagt oder erst, wenn überhaupt, mit erheblicher Verzögerung aufgegriffen, etwa im Bereich der Rentenversicherung, der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik oder auf den Feldern Gleichstellung und Einwanderung. Diese Prozesse in Ost und West – Demokratisierung und »Vermarktlichung« des Ostens inklusive immenser infrastruktureller Investitionen sowie die Anpassungen auch des Westens an die Erfordernisse einer globalisierten und postmodernen Welt – wurden von Philipp Ther treffend als »Ko-Transformation« bezeichnet. Dieser Befund verweist auf gegenseitige Beeinflussungen, wechselseitige und zeitlich versetzte Annäherungen und Adaptionsprozesse, die ihrerseits kaum allein auf die Vereinigung selbst zurückgehen, sondern auch auf die gemeinsame Entwicklung der beiden vereinten Teile in den folgenden gut drei Jahrzehnten.

Die hier entfaltete Geschichte des »Aufbau Ost« hebt sich von bisherigen Zugriffen in vielfältiger Hinsicht ab: von »Bilanz-Bilanzen«, die anhand einer Haben- und Verlustseite dem Vereinigungsgeschehen entweder die Etiketten »Erfolg« oder »Scheitern« aufzukleben versuchen; ebenfalls von sozialwissenschaftlichen Interpretationen im Sinne einer »nachholenden Modernisierung«, mittels der eine gelungene oder gescheiterte Verlaufsgeschichte auf ein vorgegebenes Ziel hin nachgezeichnet werden könnte. Solche Perspektiven bergen die Gefahr, den Blick allzu sehr zu verengen: Entweder sie betonen unter dem Strich den gesellschaftlichen Fortschritt und Wohlstand, wodurch die Gewinne die Verluste der Einheit bei Weitem überträfen, oder sie fokussieren eben umgekehrt vor allem die Rückschläge und Einbußen, das Unerreichbare und Trennende zwischen Ost und West.

Im Gegensatz zu früheren, meist stark normativ überfrachteten Zugängen haben wir versucht, den »Aufbau Ost« als widerspruchsvollen, im Grunde wenig zielgerichteten, vielmehr oftmals überaus defensiven, tastenden und bis heute längst nicht abgeschlossenen Such- und Lernprozess zu charakterisieren und zu historisieren, als einen wechselvollen Vorgang, den von vielen Zeitgenossen im Vorfeld kaum antizipierte Nebenerscheinungen begleiteten, durch den manche Disparitäten zwischen Ost- und Westdeutschland neu entstanden oder sich gar verschärften, während sich

andere abschwächten oder gar gänzlich verschwunden sind. Wie der »Aufbau Ost« keinen Endzustand markiert, ist auch die wiedervereinte deutsche Gesellschaft alles andere als statisch, sondern von permanenter Restrukturierung und Wandel geprägt.

Wir möchten auf diese Weise zugleich dafür plädieren, bestehende Gegensätze nicht überzubetonen und unablässig Abstände, Rückstände und somit vermeintliche Defizite zu quantifizieren, sondern tiefergehend nach den Hintergründen, Formen und Ausprägungen individuellen wie kollektiven Handelns und Fühlens heute wie im historischen Verlauf zu fragen. Das Projekt »Aufbau Ost« samt seiner vielfältigen gesellschaftspolitischen, kulturellen und mentalen Nach- und Nebenwirkungen ruft zu einer genauen Differenzierung auf, war es doch für die einen hoffnungsfroher Aufbruch in Freiheit und Selbstbestimmung, während es für die anderen vor allem Abbruch bekannter Lebenszusammenhänge, sozialer Beziehungen, von Institutionen und Vertrautheit bedeutete; und für wiederum andere Gruppen lag das Erleben irgendwo zwischen diesen Polen, wurden die Folgen und Effekte der Vereinigung kurz-, mittel- oder langfristig unterschiedlich bewertet und erinnert.

Wichtig erscheint uns, Dynamiken und Verlaufskurven sowie Wandlungen des individuellen oder kollektiven Erlebens und Bewertens dieser Entwicklungen in künftigen Reflexionen zu nuancieren und sich außerdem von einer auf die beiden Teilstaaten fixierten statischen Vorstellung zu lösen und vermeintliche Homogenitätsansprüche in Ost- und Westdeutschland zu verabschieden – in der zeithistorischen Analyse ebenso wie in aktuellen Auseinandersetzungen. Hierfür ist eine angemessene Differenzierung nötig, denn in »Ost« und »West« herrschten weder vor noch nach 1989/90 einheitliche Lebenslagen, sondern allerhand lokale und regionale, bildungs-, herkunfts-, generations- und geschlechterspezifische Besonderheiten mit unterschiedlichen Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten und -grenzen. Ein solcher auf Schattierungen und Abstufungen zielender Ansatz könnte dabei helfen, im historischen Wissen um die Wechselhaftigkeit, Kontingenz und Komplexität des ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Umbruchs nach 1990 auch jene künftig zu erwartenden Konfliktlinien einerseits mit angemessener (Selbst-)Reflexion und Ernsthaftigkeit, andererseits aber auch mit der nötigen zeithistorischen Distanz wie Gelassenheit zu begleiten.

Ausgewählte Literatur zum Thema

Die vollständigen Angaben zu Literatur und Quellen, die im Buch verwendet wurden, finden sich in den Anmerkungen am Ende jedes Kapitels.

Abelshauser, Werner, Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München 2004.

Ahbe, Thomas, Ostalgie. Zu ostdeutschen Erfahrungen und Reaktionen nach dem Umbruch, Erfurt 2016.

Ahbe, Thomas/Rainer Gries/Wolfgang Schmale (Hrsg.), Die Ostdeutschen in den Medien: das Bild von den Anderen nach 1990, Leipzig 2009.

Beattie, Andrew H., Playing politics with History. The Bundestag Inquiries into East Germany, New York 2008.

Berth, Hendrik, Einheitslust und Einheitsfrust. Junge Ostdeutsche auf dem Weg vom DDR- zum Bundesbürger. Eine sozialwissenschaftliche Längsschnittstudie von 1987–2006, Gießen 2007.

Best, Heinrich/Everhard Holtmann (Hrsg.), Aufbruch der entsicherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung, Frankfurt/M.–New York 2012.

Best, Heinrich/Hanjo Gergs/Raj Kollmorgen, Zehn Jahre Wiedervereinigung. Analysen und Deutungen, Bonn 2000.

Bingen, Dieter/Maria Jarosz/Peter Oliver Loew (Hrsg.), Legitimation und Protest. Gesellschaftliche Unruhe in Polen, Ostdeutschland und anderen Transformationsländern nach 1989, Wiesbaden 2011.

Böick, Marcus, Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung. 1990–1994, Göttingen 2018.

Bösch, Frank (Hrsg.), Geteilte Geschichte: Ost- und Westdeutschland 1970–2000, Göttingen 2015.

Busch, Ulrich/Michael Thomas (Hrsg.), Ein Vierteljahrhundert Deutsche Einheit. Facetten einer unvollendeten Integration, Berlin 2015.

Conze, Eckart, Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009.

Cooke, Paul, From Colonization to Nostalgia. Representing East Germany Since Unification, Oxford 2005.

Dalos, György, Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa, München 2009.

Decker, Markus, Zweite Heimat: Westdeutsche im Osten, Berlin 2014.
Danyel, Jürgen/Doris Müller-Toovey, Alltag Einheit: Porträt einer Übergangsgesellschaft, Berlin 2015.
Dorn, Raphael Emanuel, Alle in Bewegung. Räumliche Mobilität in der Bundesrepublik Deutschland 1980–2010, Göttingen 2018.
Dreke, Claudia, Der fremde Osten. Formen der Verarbeitung von Fremdheit in der Ost-West-Migration nach 1990 am Beispiel von Verwaltungsangestellten, Berlin 2003.
Engler, Wolfgang/Jana Hensel, Wer wir sind. Die Erfahrung, ostdeutsch zu sein, Berlin 2018.
Esser, Hartmut (Hrsg.), Der Wandel nach der Wende: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik in Ostdeutschland, Wiesbaden 2000.
Fink, Sebastian/Olaf Jacobs, So leben wir. Eine Bestandsaufnahme in Ostdeutschland, Bonn 2014.
Giesen, Bernd/Claus Leggewie (Hrsg.), Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch, Berlin 1991.
Glaeßner, Gert-Joachim (Hrsg.), Der lange Weg der Einheit, Berlin 1993.
Görtemaker, Manfred, Die Berliner Republik: Wiedervereinigung und Neuorientierung, Berlin 2009.
Großbölting, Thomas, Wiedervereinigungsgesellschaft. Aufbruch und Entgrenzung in Deutschland seit 1989/90, Bonn 2020.
Großbölting, Thomas/Christoph Lorke (Hrsg.), Deutschland seit 1990: Wege in die Vereinigungsgesellschaft, Stuttgart 2017.
Hacker, Michael u. a., Dritte Generation Ost. Wer wir sind, was wir wollen, Berlin 2012.
Hansack, Robert, Unrechtsstaat DDR. Zur Genesis des Terminus politicus Unrechtsstaates nach der Transformation 1989: Versuch einer historischen Bestandsaufnahme, Frankfurt/M. 2015.
Henke, Klaus-Dietmar (Hrsg.), Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2019.
Herbert, Ulrich, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, Berlin 2014.
den Hertog, Frank, Minderheit im eigenen Land? Zur gesellschaftlichen Position der Ostdeutschen in der gesamtdeutschen Realität, Frankfurt/M. 2004.
Heß, Pamela, Geschichte als Politikum. Öffentliche und private Kontroversen um die Deutung der DDR-Vergangenheit, Baden-Baden 2014.
Hollenstein, Oliver, Das doppelt geteilte Land. Neue Einblicke in die Debatte über Ost- und Westdeutschland, Wiesbaden 2012.
Holzhauser, Thorsten, Die »Nachfolgepartei«. Die Integration der PDS in das politische System der Bundesrepublik Deutschland 1990–2005, Boston–Berlin 2019.

Kocka, Jürgen/Corina Weber/Jörg von Bilavsky (Hrsg.), Wissenschaft und Wiedervereinigung. Bilanz und offene Fragen, Berlin 2009.
Kollmorgen, Raj, Ostdeutschland: Beobachtungen einer Übergangs- und Teilgesellschaft, Wiesbaden 2005.
Kollmorgen, Raj/Frank Thomas Koch/Hans-Liudger Dienel (Hrsg.), Diskurse der deutschen Einheit: Kritik und Alternativen, Wiesbaden 2011.
Köpping, Petra, »Integriert doch erstmal uns!« Eine Streitschrift für den Osten, Berlin 2018.
Kowalczuk, Ilko-Sascha, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009.
Kowalczuk, Ilko-Sascha, Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München 2019.
Krastev, Ivan, Europadämmerung. Ein Essay, Berlin 2017.
Krastev, Ivan/Stephen Holmes, Das Licht, das erlosch, Berlin 2019.
Krause, Peter (Hrsg.), Leben in Ost- und Westdeutschland. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990–2010, Frankfurt/M.–New York 2010.
Lorenz, Astrid (Hrsg.), Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. Bilanz und Perspektiven 20 Jahre nach der Wiedervereinigung, Opladen u. a. 2011.
Ludewig, Johannes, Unternehmen Wiedervereinigung. Von Planern, Machern, Visionären, Hamburg 2015.
Luft, Stefan/Peter Schimany (Hrsg.), 20 Jahre Asylkompromiss: Bilanz und Perspektiven, Bielefeld 2004.
Maier, Charles, Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus, Frankfurt/M. 1999.
Manow, Philip, (Ent-)Demokratisierung der Demokratie. Ein Essay, Berlin 2020.
Matthäus, Sandra/Daniel Kubiak (Hrsg.), Der Osten. Neue sozialwissenschaftliche Perspektiven auf einen Gegenstand jenseits von Verurteilung und Verklärung, Wiesbaden 2016.
Mau, Steffen, Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, Berlin 2019.
Mertens, Lothar (Hrsg.), Bilanz und Perspektiven des deutschen Vereinigungsprozesses, Berlin 2006.
Müller, Uwe, Supergau Deutsche Einheit, Berlin 2005[2].
Neller, Katja, DDR-Nostalgie. Dimensionen der Orientierungen der Ostdeutschen gegenüber der ehemaligen DDR, ihre Ursachen und politischen Konnotationen, Wiesbaden 2006.
Nichelmann, Johannes, Nachwendekinder. Die DDR, unsere Eltern und das große Schweigen, Berlin 2019.

Noll, Heinz-Herbert/Roland Habich (Hrsg.), Vom Zusammenwachsen einer Gesellschaft: Analysen zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland, Frankfurt/M. 2000.
Paqué, Karl-Heinz, Die Bilanz. Eine wirtschaftliche Analyse der deutschen Einheit, Bonn 2010.
Paqué, Karl-Heinz/Richard Schröder, Gespaltene Nation? Einspruch! 30 Jahre deutsche Einheit, Basel 2020.
Pates, Rebecca/Maximilian Schochow (Hrsg.), Der »Ossi«. Mikropolitische Studien über einen symbolischen Ausländer, Wiesbaden 2013.
Priewe, Jan/Rudolf Hickel, Der Preis der Einheit. Bilanz und Perspektiven der deutschen Vereinigung, Frankfurt/M. 1992.
Pollack, Detlef, Das unzufriedene Volk: Protest und Ressentiment in Ostdeutschland von der friedlichen Revolution bis heute, Bielefeld 2020.
Poutrus, Patrice G., Umkämpftes Asyl: Vom Nachkriegsdeutschland bis in die Gegenwart, Berlin 2019.
Reißig, Rolf, Die gespaltene Vereinigungsgesellschaft: Bilanz und Perspektiven der Transformation Ostdeutschlands und der deutschen Vereinigung, Berlin 2000.
Reckwitz, Andreas, Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Berlin 2020.
Ritter, Gerhard A., Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats, München 2006.
Ritter, Gerhard A. (Hrsg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 11: Bundesrepublik Deutschland 1989–1994. Sozialpolitik im Zeichen der Vereinigung, Baden-Baden 2007.
Rödder, Andreas, Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009.
Rödder, Andreas, 21.0. Eine kurze Geschichte der Gegenwart, München 2015.
Rödder, Andreas, Wer hat Angst vor Deutschland? Geschichte eines europäischen Problems, Frankfurt/M. 2018.
Rohnstock, Katrin (Hrsg.), Mein letzter Arbeitstag. Abgewickelt nach 89/90. Ostdeutsche Lebensläufe, Berlin 2014.
Röpke, Andrea/Andreas Speit (Hrsg.), Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft, Berlin 2008.
Sabrow, Martin (Hrsg.), Erinnerungsorte der DDR, Berlin 2009.
Sabrow, Martin (Hrsg.) Auf dem Weg nach Weimar? Demokratie und Krise, Leipzig 2020.
Schäfer, Eva u. a. (Hrsg.), Irritation Ostdeutschland, Münster 2005.
Schäffler, Eva, Paarbeziehungen in Ostdeutschland. Auf dem Weg vom Real- zum Postsozialismus, Wiesbaden 2017.

Schluchter, Wolfgang/Peter E. Quint (Hrsg.), Der Vereinigungsschock. Vergleichende Betrachtungen zehn Jahre danach, Weilerswist 2001.
Schmitt, Mafred/Leo Montada (Hrsg.), Gerechtigkeitserleben im wiedervereinigten Deutschland, Opladen 1999.
Schönian, Valerie, Ostbewusstsein. Warum Nachwendekinder für den Osten streiten und was das für die Deutsche Einheit bedeutet, München 2020.
Seibel, Wolfgang, Verwaltete Illusionen. Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt und ihre Nachfolger 1990–2000, Frankfurt/M. 2005.
Steiner, André, Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004.
Stöss, Richard, Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Berlin 2000.
Ther, Philipp, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin 2014.
Thierse, Wolfgang, Zukunft Ost. Perspektiven für Ostdeutschland in der Mitte Europas, Berlin 2001.
Thumfart, Alexander, Die politische Integration Ostdeutschlands, Frankfurt/M. 2002.
Weingarz, Stephan, Laboratorium Deutschland? Der ostdeutsche Transformationsprozeß als Herausforderung für die deutschen Sozialwissenschaften, Münster–Hamburg 2003.
Weber, Petra, Getrennt und doch vereint. Deutsch-deutsche Geschichte 1949–1989/90, Berlin 2020.
Willisch, Andreas (Hrsg.), Wittenberge ist überall. Überleben in schrumpfenden Regionen, Berlin 2012.
Wolle, Stefan/Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Umbruch Ost. Lebenswelten im Wandel: Eine Ausstellung zur Geschichte der deutschen Einheit, Berlin 2020.
Zick, Andreas u. a., Verlorene Mitte – feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, Bonn 2019.
Zoll, Rainer (Hrsg.), Ostdeutsche Biographien. Lebenswelt im Umbruch, Frankfurt/M. 1999.

Autoren

Marcus Böick
ist Akademischer Rat auf Zeit an der Professur für Zeitgeschichte der Ruhr-Universität Bochum und zurzeit Joint Visiting Postdoctoral Research Fellow am Institute of Advanced Studies des University-College London und am German Historical Institute London.
marcus.boeick@rub.de

Christoph Lorke
ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte (19.–21. Jahrhundert) am Historischen Seminar der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster
christoph.lorke@uni-muenster.de

Schlagbaum hoch: Aufschwung Ost! Einblicke in das Videospiel »Aufschwung Ost«

von Thilo Niewöhner

Die erste Entscheidung im Spiel: das Szenario.

Aufschwung Ost reiht sich für mich ein in eine Serie von interessanten und komplexen Aufbau- oder Wirtschaftssimulationen. Für mich war es das vierte oder fünfte Spiel, das ich intensiv gespielt habe, nachdem mich Titel wie SimCity, Civilization und Railroad Tycoon geprägt hatten.

Das Spiel beginnt mit einem raschen Überblick über die Geschichte der Teilung Deutschlands und der politischen Entwicklungen, die letztlich zur Wiedervereinigung geführt haben. Alles beginnt beim Sieg der Alliierten 1945, fortgeführt über die Entstehung der DDR und den Aufstieg der SED. Dann der Mauerbau 1961, weiter über Kennedy und Kohl bis hin zum Durchbruch – im wahrsten Sinne des Wortes – in Berlin 1989. Die Grenze ist offen, der Wiederaufbau nach 40 Jahren Sozialismus kann beginnen.

Aufschwung Ost kennt keinen Sandbox-Modus, sondern entwickelt sich von 7 verschiedenen Szenarien aus. Das Einsteigerszenario dürfte den besten Überblick über das Spiel geben.

Berlin im Stadtbildschirm, das Baumenü.

Die Übersichtskarte zeigt aktuelle Problemstellen.

Gera im Stadtbildschirm, Zuordnung der Gelder zu Ressorts.

Der Einstieg in das eigentliche Spiel erfolgt mit Blick auf Berlin in der mittleren Zoomstufe, die wohl am ehesten an Railroad Tycoon erinnert. Von hier aus direkt erst mal der Klick auf die Deutschlandkarte, die sich klar auf die neuen Bundesländer konzentriert.

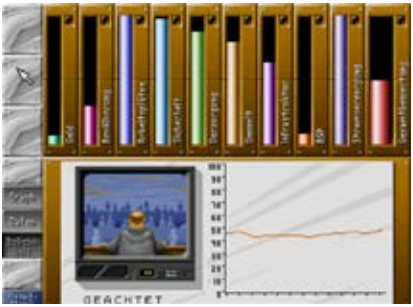
Hier erkennt man dann auch die akuten Problemstellen: Blinkende Punkte signalisieren, wo Straßen löchrig, Eisenbahnverbindungen unterbrochen oder Umweltschäden zu sanieren sind. Die Anzeige für Strom, Wasser und Müllentsorgung zeigen, wo neue Infrastruktur nötig ist. Alles, was erforderlich ist, um die Bedürfnisse der Bürger zu befriedigen.

Diese Ebene der Instandsetzung erfolgt wieder in der mittleren Zoomstufe. Hier können Verkehrswege repariert oder komplett neu verlegt werden, übrigens auch um die sporadisch eintrudelnden Aufträge zu erledigen.

Natürlich ist die eher makroökonomische Korrektur nur eine Seite der Medaille. Die Städte an sich haben natürlich auch ihre Sorgen. Fehlender Wohnraum, hohe Arbeitslosigkeit und steigende Kriminalität werden angemahnt, oft sogar per Videotelefonat von Beratern der Polizei oder anderer Behörden. Dann hilft es nur, die Stadt aus der Nähe anzuschauen. Wer sich hier an SimCity erinnert fühlt, liegt sicher nicht falsch. Nach ähnlichem Muster gilt es hier, den Sorgen der Bürger gezielt mit den richtigen

Die regelmäßige Auswertung zeigt dem Spieler die Bilanz seines Wirtschaftens.

Die Städte im Überblick, mit Bewertung der Hautptaufgabengebiete.



Die Beliebtheit des Spielers.

Gebäuden zu begegnen. Polizeistationen, Krankenhäuser, Unis, Büro- und Wohngebäude – Hier tobt sich dann das Mikromanagement aus. 25 Städte können auf diese Weise in den grünen Bereich gebracht werden, auch wenn man sicher mit den Städten anfängt, die in ihrer Statistik rote Flecken aufweisen.

Mit dem Geld (natürlich der Deutschen Mark, wie in dem Setting auch nicht anders zu erwarten) muss gehaushaltet werden. Die Verteilung der Mittel erfolgt einmal auf Bundesebene durch Steuersätze und Infrastrukturausgaben (natürlich inklusive der schon bei SimCity gefürchteten Möglichkeit zur Reduktion der Instandhaltungskosten unter Inkaufnahme der daraus folgenden Kosten für den Wiederaufbau), auf Stadtebene durch Verteilung auf die Sektoren und Ausbau der Gebäude. Alles bezogen auf die verschiedenen Ressorts und Budgets, und immer in Abwägung zwischen Langfristentwicklung des Landes und Wählerstimmengewinnung mit Kurzfristfokus.

Interessant dabei ist übrigens, dass natürlich im Sinne des Bundeshaushaltes auch nach Bodenschätzen gesucht werden kann, die dann gefördert und verarbeitet werden. Und bei der Infrastruktur gilt es wieder einmal, auch wichtige Entscheidungen zu treffen: Bleiben wir bei der zuverlässigen und bewährten Kraftwerkstechnik? Oder überwiegt das grüne Gewissen und wir bauen Solar- und Windenergie aus? Und was machen wir mit den Ostseefischern? Und natürlich möchten die Bürger

die neu gewonnene Reisefreiheit auch ausnutzen und sich auf Autobahnen und Eisenbahnstrecken durchs Land bewegen. Wo Bedarf ist, erfährt man durch gesonderte Aufträge oder lotet die Lücken auf der Übersichtskarte aus.

Natürlich wird der Spieler als Staatsoberhaupt auch regelmäßig bewertet. Neben den Bürgerbedürfnissen spielt auch die Beliebtheit eine große Rolle. Schließlich will man ja auch wiedergewählt werden, oder?

So arbeitet man sich denn durch die Infrastruktur der sechs Bundesländer, um immer weiter in Stand zu setzen, zu modernisieren oder neu zu erschaffen, was die Bürger benötigen.

Der Beitrag ist eine gekürzte Version von: Thilo Niewöhner, Schlagbaum hoch: Aufschwung Ost!, 17.6.2017, www.videospielgeschichten.de.

»Videospielgeschichten« ist eine offene Plattform für Hobbyautoren und Journalisten. Die Webseite wurde 2009 gegründet, um es jedem Menschen, unabhängig von seiner Profession, zu ermöglichen, persönlich, authentisch und unabhängig über Videospiele zu schreiben.

Bildnachweise

Einleitung S. 8/9: picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild/Stephan Schulz

Kapitel 1 S. 22/23: Bundesregierung, B 145 Bild-00002741, Fotograf: Christian Stutterheim

Kapitel 2 S. 60/61: Bundesregierung, B 145 Bild-00180716, Fotograf(in): o. Ang.

Kapitel 3: S. 92/93: Bundesregierung, B 145 Bild-00048124, Fotograf(in): o. Ang.

Fazit S. 124/125: picture alliance/dpa/Christoph Soeder

Schlagbaum hoch: Aufschwung Ost! S. 136-139, alle Bilder: Sunflowers

Zwischen Aufschwung und Anpassung

Der »Aufbau Ost« – das war nicht das von manchen erhoffte kurze Nachspiel im Anschluss an die Herstellung der formal-rechtlichen Einheit. Mit dem Auslaufen des Solidarpaktes II 2019 kam das umfassende politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Umbauprojekt offiziell zu einem Ende, doch erweist es sich als unabschließbar. Marcus Böick und Christoph Lorke zeichnen den „Aufbau Ost“ als einen widerspruchsvollen, wenig zielgerichteten, oftmals überaus defensiven, tastenden und bis heute fortdauernden Such- und Lernprozess nach.

bpb:
Bundeszentrale für
politische Bildung